

Kommune 21

E-Government, Internet und Informationstechnik

Beschaffung

Digitale Bestellung



E-Government

- **Change Management:**
Hierarchische Führung
verhindert Digitalisierung

Titel

- **Beschaffung:**
Cockpit für Lieferanten aus
dem OZG-Labor

Informationstechnik

- **Software-Design:**
Optimale Gestaltung der
Mensch-Maschine-Schnittstelle

Praxis

- **Wuppertal:**
Intelligente Software entlastet
die Poststelle

Spezial

- **Finanzwesen:**
Kommunale Gesamtbilanz
inklusive der Eigenbetriebe



Ihr Rathaus ist jetzt rund um die Uhr geöffnet



NOLIS | Rathausdirekt

Wir begleiten Sie bei der Umsetzung des OZG.

www.nolis-rathausdirekt.de | info@nolis.de | 0 50 21 - 88 77 555



Liebe Leserinnen und Leser,

für rund 300 Milliarden Euro im Jahr kaufen Bund, Länder und Kommunen Waren und Dienstleistungen ein. Mindestens ebenso hoch wie diese Summe ist die Erwartung, dass sich durch automatisierte Prozesse enorme Einsparungen erzielen lassen. Viele Beschaffungsstellen nutzen zwar elektronische Katalogsysteme und E-Vergabe-Plattformen. Flächendeckend sind sie aber noch nicht im Einsatz.

Lösungen für elektronische Einkaufsprozesse entwickeln Bund, Länder und die Koordinierungsstelle für IT-Standards (KoSIT) jetzt im Vorhaben „Digitalisierung der Beschaffung“. Der erste Meilenstein des Kooperationsprojekts wurde in diesem Jahr erreicht: Seit März liegt ein Planungs- und Architekturkonzept vor. Damit soll es möglich werden, die Beschaffungsprozesse zwischen Unternehmen und öffentlichen Auftraggebern zu automatisieren und durchgängig medienbruchfrei zu gestalten. In einem OZG-Projekt wurde zudem ein so genanntes Lieferantencockpit konzipiert. Es handelt sich um ein Front End, mit dem Unternehmen die Einkaufssysteme der Verwaltung nutzen können. (Seite 16).

Für die Wirtschaft ist es jetzt schon einfacher, mit Behörden zu kommunizieren. Anfang Juni ist das bundeseinheitliche Unternehmenskonto gestartet. Mit ihrer ELSTER-ID können sich Firmen bei Online-Diensten der Verwaltung anmelden, Anträge ausfüllen und Bescheide über ein zentrales Postfach empfangen. Ein Schritt in Richtung Entbürokratisierung, immerhin haben Unternehmen im Schnitt rund 200 Behördenkontakte im Jahr.

Ihr



Alexander Schaeff



ALLRIS

**Modernisieren Sie jetzt
die Verwaltungsarbeit !**

- **Gremieninformationssystem**
- **Sitzungsdienst in der Cloud**
- **Online-Abstimmung**
- **Sitzungsgeld**
- **Bürgerinformation**

E-Government

- Change Management:
Hierarchisches Führen brems
die Digitalisierung aus 10
- Studie: Kommunen müssen sich
um ihre Daten kümmern 12
- Open Data: Download-Infos schaf-
fen Vertrauen 14

Titel

- Beschaffung: Digitalisierung
soll den öffentlichen Einkauf
erleichtern 16
- Recht: Welche Informations-
übermittlung ist zulässig? 18
- Plattformen: Die richtige
Wahl treffen 20
- Strategie: Kommunale
Beschaffungsstellen sind nicht
nur Bestellabwickler 22
- Kellmünz: Einkauf via Amazon
Business 23

Informationstechnik

- Interview: FITKO-Leiter Jörg
Kremer stellt das föderale
IT-Architekturboard vor 24
- Software-Design:
Optimale Gestaltung der Mensch-
Maschine-Schnittstelle 26
- Interview: Stefan Beering
und Marco Wojke von Axians
Infoma sprechen über das
BIM-Modell im Gebäude-
Management 28
- Ratsinformationssysteme:
Medienbruchfreie Gesamtlösung
in Bruchsal 30
- Prutting: Ratssitzungen
funktionieren papierlos 32

Bad Hönningen:

- Reibungslose Abläufe sparen
Zeit 34

- Taunusstein: Neue Formen der
Zusammenarbeit 36

- Straubenhardt: Nachhaltig und zu-
kunftsorientiert tagen 38

- Branchen-News:
GKD Paderborn, KDO, DATEV,
Ceyoniq, KRZN, hannIT 39

- Fachverfahren: Lösung für ein
automatisiertes Forderungs-
management 40

Praxis

- Wuppertal: Zentraldruck zahlt
sich aus 42

Spezial

- Finanzwesen: Business-
Intelligence-Technologie
erleichtert die Integration der
Eigenbetriebe 44

- Interview: hallobtfl-Geschäfts-
führer Matthias Breitenfelder
erläutert die Aussagekraft des
Gesamtabschlusses 46

- Ennigerloh: Finanzverfahren sorgt
für eine effiziente, digitale Ar-
beitswelt 48

Rubriken:

- Editorial 3
- News 6
- IT-Guide 50
- Vorschau, Impressum 58



Einfach beschaffen?

Behördenbedarf mal eben im Onlineshop besorgen? Zum Teil ist das bereits möglich – etwa über behördeneigene Einkaufssysteme. Sie erleichtern das Prozedere, gleichzeitig werden erforderliche Rahmenbedingungen eingehalten. Wie aber können hier Anbieter inserieren?

ab Seite 16

Responsive Webdesign

BITV-konform, ganz individuell oder mit flexiblen Layoutvorlagen

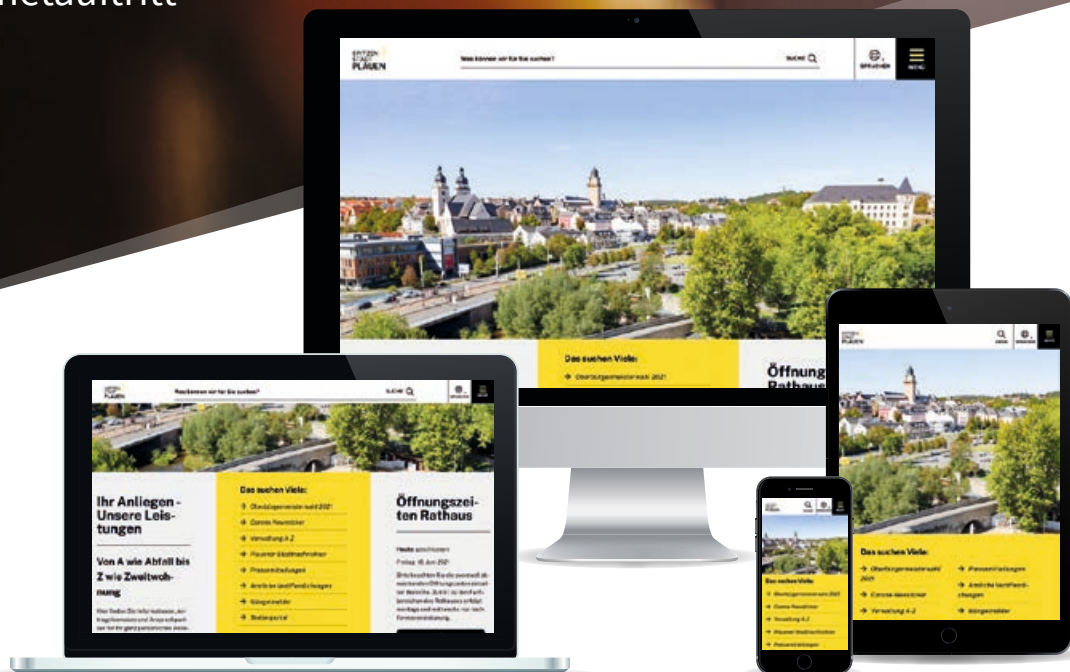
Content-Management-System

Für Internet und Intranet, leicht zu bedienen und mit integriertem Bürgerserviceportal

Zertifiziertes Rechenzentrum

Höchste Sicherheit und Verfügbarkeit für Ihren kommunalen Internetauftritt

✓ BITV
✓ OZG





twitter.com/k21news

ALG II: Online-Antrag kommt gut an

Mehr als 12.000 Anträge wurden im ersten Jahr seit der Inbetriebnahme des Online-Dienstes für das Arbeitslosengeld II vollständig digital eingereicht.

- www.arbeitsagentur.de

Hessen: Freigabe von Geobasis-Daten

Ein im hessischen Landtag eingebrachter Gesetzentwurf sieht vor, die amtlichen Geobasis-Daten des Landes kostenfrei zur Verfügung zu stellen.

- <https://hvb.g.hessen.de>

Kreis Ludwigsburg: Gemeinsam für LoRaWAN

Im Kreis Ludwigsburg wird ein LoRaWAN-Netz installiert. Partner sind der Zweckverband KBL, die Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim und Netze BW.

- www.landkreis-ludwigsburg.de

Dataport: IT-Services auch für kleine Ämter

In vier Ämtern in Schleswig-Holstein wurde das Pilotprojekt für das modulare IT-Service-Paket Dataport kommunal in den Regelbetrieb überführt.

- www.dataport-kommunal.de

Digitale Souveränität

Nord-Süd-Verbund

Die bayerische Landeshauptstadt München, die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) und der norddeutsche IT-Dienstleister Dataport haben einen Kooperationsvertrag geschlossen. Demnach wollen Stadt und IT-Dienstleister beim Thema digitale Souveränität künftig intensiv zusammenarbeiten. Wie die Partner mitteilen, wollen sie sich noch stärker im Open-Source-Umfeld engagieren und in die kommunale Digitalisierung investieren. Dataport werde sich mit seinem Projekt Phoenix und dem so genannten Arbeitsplatz der Zukunft – einem zentralen Bestandteil von Phoenix – in die länderübergreifende Kooperation einbringen. Der Arbeitsplatz der Zukunft wird auf Open-Source-Basis entwickelt und soll sowohl mit marktüblichen Angeboten kompatibel als auch für das mobile sowie das Arbeiten im Homeoffice optimiert sein.

www.akdb.de

www.dataport.de

www.muenchen.de

Sachsen

Wohngeld online beantragen

Erste Landkreise in Sachsen bieten ein digitales Wohngeldverfahren an: Ab sofort können Antragsberechtigte in den Kreisen Görlitz und Nordsachsen ihren Erstantrag auf Wohngeld direkt online über das Serviceportal stellen. Für den Online-Wohngeldantrag wurde die bisherige Papiervariante vollständig überarbeitet. Abgefragt werden nur die tatsächlich für die Antragsbearbeitung notwendigen Daten. Auch erforderliche Unterlagen können online eingereicht werden. Um das neue Verfahren zu nutzen, benötigen die Antragsteller ein Amt24-Servicekonto. Dieses können sie selbst erstellen und künftig für weitere Online-Verfahren verwenden.

www.amt24.sachsen.de

Hochsauerlandkreis

Digitales Bauamt

Die Bauaufsicht des Hochsauerlandkreises startet jetzt ein digitales Baugenehmigungsverfahren. Wie der nordrhein-westfälische Kreis mitteilt, ist für die Gemeinden Bestwig und Eslohe sowie für die Städte Hallenberg, Marsberg, Medebach, Olsberg und Winterberg eine solche Antragstellung über das kreiseigene Serviceportal möglich. Ziel sei die medienbruchfreie, digitalisierte und rechtsverbindliche Gestaltung des Baugenehmigungsprozesses. Verwaltungsabläufe werden in einem vollständig elektronischem Workflow abgewickelt. Die Bearbeitung gestaltet sich dadurch effizienter und die Wege aller im Prozess Involvierten würden verkürzt.

www.hochsauerlandkreis.de

Hessen

Digitalstrategie 2030

Die Hessische Landesregierung hat ihre Strategiefortschreibung „Digitales Hessen – Wo Zukunft zuhause ist“ verabschiedet. Die Strategie beschreibt für alle Handlungsfelder hessischer Digitalpolitik Ziele und Handlungsansätze für eine erfolgreiche Digitalisierung. Zentrale Fragestellung dabei sei, wie Entwicklungen bei den Netzkapazitäten, der Datenverfügbarkeit sowie Zukunftstechnologien wie der Künstlichen Intelligenz (KI) in sinnvolle Anwendungen und gesellschaftlichen Mehrwert gebracht werden können. Mit dem Hessischen Kompetenzzentrum für Künstliche Intelligenz, hessian.AI, sowie dem Zentrum verantwortungsbewusste Digitalisierung ZEVEDI seien bereits zwei Leuch-

türme geschaffen worden, die das Land zu einem „der führenden Forschungsstandorte digitaler Innovationen“ machen, erläutert Kristina Sinemus. Die Digitalministerin betonte, Digitalisierung und Nachhaltigkeit würden „zusammen gedacht“ – ob in der Förderung energieeffizienter Rechenzentren und Green IT oder dem ressourcenschonendem Wirtschaften und Leben in smarten Städten und Regionen. Geplant sei, überall in Hessen smarte Regionen entstehen zu lassen. Die digitale Verwaltung solle auf allen politischen Ebenen modern, bürgernah, serviceorientiert und effizient werden. Dazu habe CIO Patrick Burghardt mit der Teilstrategie Digitale Verwaltung Hessen 4.0 eine Zukunftsagenda vorgelegt.

www.hessen.de

A man and a woman are sitting at a desk in an office, looking at a laptop. The woman is smiling and wearing glasses. There is a red box overlaid on the image containing text.

Kompetent an jedem Punkt.

Ihr Login zur Digitalisierung.

Starten Sie mit uns in die Zukunft Ihrer Verwaltung. Wir planen und realisieren intelligente Informations- und Kommunikationslösungen für Gemeinden, Städte, Landkreise und Verbände. Wir machen aus Digitalisierung Bürgernähe und intelligente Verbindungen, die die Verwaltungsarbeit beschleunigen. Durch unsere einzigartige Bündelung von Leistungen und Services sorgen wir vom Anfang bis zum Rechenzentrum für vernetzte Prozesse und Sicherheit. Weitere Informationen unter: www.ekom21.de



Bamberger Beteiligungsplattform.

Bamberg

Bürger reden mit

Neue Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung bietet jetzt die Stadt Bamberg an. Über eine Online-Plattform können sich Interessierte künftig zu Projekten der Stadtgestaltung äußern. Aktuell steht auf dem E-Partizipationsportal der Verkehrsentwicklungsplan 2030 zur Diskussion. Außerdem kann debattiert werden, wie Bamberg zu einer Smart City wird.

www.bamberg-gestalten.de

Hessen

Projekt zur Bürgerbeteiligung

Die Hessische Staatskanzlei und die Universität Kassel haben als gemeinsames Pilotprojekt eine Online-Beteiligungsplattform für Städte und Gemeinden gestartet. Jede Kommune, die Themen wie Ideensammlungen, Standortplanungen und Initiativen mit den Bürgern beraten und diskutieren möchte, kann die Plattform kostenlos in nur drei Schritten realisieren. Das gab jetzt die Hessische Staatskanzlei bekannt. Über die digitale Plattform „(M)ein Projekt für alle, alle für (m)ein Projekt!“ können Bürger der teilnehmenden Kommunen eigene Vorschläge und Projekte einbringen. Diese können dann beispielsweise von anderen Nutzern geteilt und bewertet werden. Die Plattform führt die Nutzer schrittweise durch den Prozess.

www.digitalebürgerbeteiligung.de

Herrenberg

Mängelmelder landesweit

Der Herrenberger Melder für Mängel und Ideen ist jetzt landesweit über das Portal service-bw verfügbar. Wie die baden-württembergische Stadt mitteilt, hat sie den Schadens- und Ideenmelder bereits im September 2018 eingeführt und seither 3.000 Meldungen bearbeitet. Die Bürgerinnen und Bürger nutzen den Service nach Angaben der Stadt vor allem dazu, Schlaglöcher, kaputte Straßenlampen, beschädigte Gullydeckel oder liegengebliebenen Müll in der Natur zu melden. Auch Anregungen und Verbesserungsvorschläge gehen darüber ein. In Zusammenarbeit mit BIT-BW, dem IT-Dienstleister der Landesverwaltung, wurde der Mängelmelder nun in das Portal service-bw integriert.

www.service-bw.de

Nordrhein-Westfalen

OZG-Lösung für Wohngeld

An der OZG-konformen Digitalisierung der Sozialleistungen arbeiten in Nordrhein-Westfalen Land und Kommunen mit Unterstützung des Dachverbands kommunaler IT-Dienstleister (KDN). In NRW kann das Wohngeld bereits seit März 2020 online beantragt werden. Jetzt geht das Land den nächsten Schritt und ersetzt die individuelle Landeslösung durch den nach bundesweit einheitlichen Standards entwickelten digitalen OZG-Dienst. Mit dem Einsatz dieser Einer-für-Alle-Lösung nutze das Land den Vorteil eines zentral für alle Bundesländer betriebenen Dienstes und spare damit teure Steuergelder, informiert der KDN.

www.kdn.de

Einheitliches Unternehmenskonto

Startschuss ist gefallen

Am 1. Juni 2021 ist der Startschuss für das bundeseinheitliche Unternehmenskonto gefallen. Laut dem Bayerischen Staatsministerium für Digitales (StMD) sollen damit Unternehmen in ganz Deutschland einen zentralen Einstiegspunkt in die Kommunikation mit Behörden erhalten. „Mit dem einheitlichen Unternehmenskonto machen wir einen Quantensprung bei der Kommunikation zwischen Betrieben und Behörden“, sagt Judith Gerlach, Staatsministerin im StMD. „Gerade für Unternehmen, die durchschnittlich rund 200 Behördenkontakte im Jahr haben, ist eine möglichst einfache Kommuni-

kation ein Riesenvorteil.“ Bremens Finanzstaatsrat Martin Hagen ergänzt: „Unser Leitspruch lautet: Users first. Deshalb freuen wir uns, dass Unternehmen sich ab jetzt mit ihrer ELSTER-ID an unserem Unternehmenskonto anmelden können.“ Das Konto basiere auf der bayerischen ELSTER-Technologie, die sich in der Steuerverwaltung seit Jahrzehnten bewährt habe, so das StMD Bayern weiter. Mithilfe ihrer ELSTER-Zertifikate können sich Unternehmen bei Online-Diensten anmelden, Anträge authentifiziert ausfüllen, absenden sowie Bescheide der angebundenen Verwaltungsleistungen über ein zentrales Postfach empfangen.

<https://mein-unternehmensportal.de>

Baden-Württemberg

Bildungsplattform erweitert

Mit dem Lern-Management-System itslearning ist ein weiterer Baustein der Digitalen Bildungsplattform des Landes Baden-Württemberg an den Start gegangen. Es verfügt laut Kultusministerium über viele Funktionen, mit denen ein digital gestützter Unterricht durchgeführt, vor- und nachbereitet werden kann. Weitere Elemente der Bildungsplattform seien die Open-Source-Lösung Moodle, das Videokonferenztool BigBlueButton sowie der Messenger Threema. Man biete bewusst zwei Lern-Management-Systeme an, damit Schulen die Wahl haben, erklärte dazu Baden-Württembergs Kultusministerin Theresa Schopper.

<https://km-bw.de>

Resilienz

Stresstest Corona

Die Ergebnisse der „Potenzialanalyse Resilienz“ hat das Unternehmen Sopra Steria vorgelegt. Im zweiten Pandemiejahr kämpfen in Deutschland demnach drei von vier öffentlichen Verwaltungen weiterhin mit der digitalen Arbeitsweise, wie etwa dem Homeoffice. Laut Sopra Steria hat ein erheblicher Teil der Verwaltungen in Deutschland den Stresstest Corona jedoch bestanden. Unterschiede zeigen sich auf den föderalen Ebenen: Bis Ende 2020 konnten auf Bundesebene 67 Prozent der Beschäftigten ins Homeoffice wechseln, auf Landesebene waren es 55 Prozent und auf kommunaler Ebene 37 Prozent.

www.soprasteria.de

Studie

AKDB zahlt sich aus

Eine Studie von IW Consult über den Public Value der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) zeigt: Im Freistaat generiert die AKDB jährlich insgesamt 148 Millionen Euro Wertschöpfung und sichert zahlreiche Arbeitsplätze. Die Wirkung reicht über Bayern hinaus: Durch Produktivitäts- und Effizienzvorteile digitaler AKDB-Tools konnten deutschlandweit im Jahr 2020 mehr als 360 Millionen Euro eingespart werden. Diese Summe setzte sich zusammen aus 225 Millionen Euro Effizienzgewinnen auf Verwaltungsseite, 87 Millionen auf Bürgerseite und 49 Millionen auf Unternehmensseite.

www.akdb.de

Anzeige

KGSt®-FORUM DIGITAL

06.10. bis 08.10.2021 LIVE aus dem WCCB



Seien Sie dabei!

Das KGSt®-FORUM 2021 bietet ein breites Spektrum an kommunalen Inhalten, wie Sie es auf keiner anderen Veranstaltung finden werden. Freuen Sie sich auf drei spannende Kongresstage mit zahlreichen Neuheiten:

Ganz bequem von Zuhause!

Keine Anreise und im eigenen Bett schlafen. Schalten Sie sich digital zum KGSt®-FORUM 2021 dazu.

Und dennoch live dabei!

Verfolgen Sie ausgewählte Veranstaltungen im Stream live aus Bonn und kommen Sie in den Genuss exklusiver Digitalformate.

Auch digital mittendrin!

Ob vor dem Bildschirm oder in Bonn: Wir bieten Ihnen die Möglichkeit, sich aktiv an Ihren Veranstaltungen zu beteiligen.

**Mittwoch, 6. Oktober
bis Freitag, 8. Oktober LIVE
aus dem WCCB in Bonn**

KGSt®-Mitglieder profitieren besonders!

Als KGSt®-Mitglied wird pro Verwaltung nur ein Beitrag fällig, unabhängig davon, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teilnehmen.

Jetzt anmelden:
[www.kgst.de/
forumsanmeldung](http://www.kgst.de/forumsanmeldung)

Schachspieler oder Gärtner

Marcus Ketschau

Eine hierarchische Führung verhindert Digitalisierung, weil sie die Wirkungen fürchtet: transparente Wissens- und Entscheidungsstrukturen. Wer die moderne Verwaltung wirklich will, muss das persönliche und organisationale Mindset ändern.

Der Druck auf Ämter und Behörden nach schnellerem und effektiverem Verwaltungshandeln steigt nicht nur in der aktuellen Pandemie-Situation. Die Erhöhung des Digitalisierungsgrads wird auch durch das Onlinezugangsgesetz (OZG) und mehr virtuelle Kommunikation zwischen Bürgern, Wirtschaft und Verwaltung verlangt. Die Zeiten kafkaesken Eigenlebens einer Behörde sind damit endgültig vorbei. Die Verwaltung ist in der Gesellschaft angekommen und diese ändert sich immer schneller. Entsprechend muss sich die Verwaltung anpassen, sie muss schneller und beweglicher werden.

Diese Agilität wird durch Digitalisierung ermöglicht. Schnelligkeit ist der zentrale Nutzen und der Grund für Digitalisierung. Schnelligkeit und Beweglichkeit meint konkret, dass dort entschieden wird, wo die Kompetenz und die Wirkungsmacht am größten sind und wo am wenigsten kommunikative Komplexität erzeugt wird. Das ist im politischen Feld nicht immer ganz einfach, sollte aber angestrebt werden.

Digitalisierung ist immer ein Change-Projekt, das die gesamte Organisation umfasst. Deshalb

muss es für die Anwender und User (Sachbearbeiter) mit einem nachvollziehbaren, plausiblen Grund und auch mit einem für sie persönlich attraktiven Ziel verbunden sein – etwa weniger langweilige Aufgaben oder mehr Handlungsspielräume. Dies ist für den Erfolg eines Digitalisierungsprojekts entscheidend. Des Weiteren sollte ein solches Vorhaben einen organisatorischen und prozessualen Rahmen haben.

Bevor auch nur ein Tool oder ein ERP-System implementiert wird, sollten einige Fragen geklärt werden:

- Welche Ziele verfolgen wir mit der Digitalisierung und warum wollen wir diese erreichen?
- Welche Auswirkungen hat die Digitalisierung auf die Führung und die Organisation?
- Welches berufliche Selbstverständnis, welches Mindset ist für die Digitalisierung förderlich, welches eher hinderlich?
- Wie setzen wir die Digitalisierung um?
- Welches Design müsste ein Umsetzungsprojekt haben?

Die Organisation eines Digitalisierungsprojekts hat im Fall der öffentlichen Verwaltung eine Top-Down-Struktur mit einem Steuer-

kreis, der aus den Führungskräften der Verwaltung zusammengesetzt sein sollte. Dieser hat primär die Aufgabe, die obigen Fragen zu bearbeiten, für den Change-Prozess ein geeignetes Prozessdesign zu wählen, die jeweils relevanten internen und externen User und Stakeholder einzubinden und den gesamten Prozess zu moderieren.

Prinzipiell zeigen sich in einer Verwaltung zwei große Digitalisierungsfelder: Einmal die Verwaltung selbst, also die Optimierung und Automatisierung von Verwaltungsprozessen, zum anderen die Digitalisierung des öffentlichen Raums und die Kommunikation mit den Bürgern über Plattformen oder Apps. Ein wichtiges Feld sind zudem Datensicherheit und Datenschutz. Es stellen sich weitere Fragen:

- Was ist der Verwaltung bezüglich der Optimierung ihrer internen und externen Prozesse wichtig?
- Sollen repetitive Tätigkeiten nur automatisiert oder auch eine KI-gestützte intelligente Verarbeitung der Daten gewährleistet werden, um schneller und besser abgesicherte Entscheidungen treffen zu können?
- In welchen Bereichen soll der digitale Austausch mit Bürgern verstärkt werden und wie sind die

diesbezüglichen Bedürfnisse der Bürger zu beurteilen?

- In welchen anderen Zukunftsprojekten kann Digitalisierung dabei helfen, schneller zu werden?

Diese Fragen nach dem Ziel und Zweck der Digitalisierung müssen geklärt werden, bevor mit der eigentlichen Digitalisierung begonnen werden kann.

Das Mindset in einer Organisation, also die Denkweisen, Überzeugungen und Verhaltensmuster, beschreibt das Selbstverständnis der Mitglieder in ihrer jeweiligen Rolle und es verdeutlicht die Normativität – was ist wichtig, richtig oder falsch. Das Mindset bestimmt auch das soziale Handeln in Bezug auf Führung und Kommunikation in einer Organisation. Wer Digitalisierung wirklich will, muss sich verabschieden von einem Führungsverständnis, wonach der Chef das meiste entscheiden und kontrollieren muss. Eine umfassende Digitalisierung als Voraussetzung von E-Government wäre der natürliche Gegenspieler eines organisationalen Mindsets, das mehr von Status, Macht, Kontrolle und Sicherheit als von Vertrauen, Sachorientierung, Unterstützung und Veränderung geprägt ist. Hier muss sich jede Verwaltung entscheiden, was sie will: Digitalisierung oder Macht und Kontrolle. Beides geht nicht.

Digitalisierung schafft transparente Wissens- und Entscheidungsstrukturen, ermöglicht selbstverant-

Link-Tipp

Mehr zum Thema Personal- und Organisationsentwicklung auf:

- www.prosolvis.de



Eine auf Kontrolle basierende Führungskultur ist hinderlich für die Digitalisierung.

wortliches Handeln und bricht Informationssilos, Asymmetrien und damit auch Macht auf, weil digitalisierte Informationen prinzipiell jedem, für den sie relevant sein können, zugänglich wären – und dies unabhängig von machtpolitischen und persönlichen Beziehungen. Sie liegen nicht mehr beim Chef oder beim Kollegen, sondern sie liegen auf einem Server auf den jeder Beschäftigte qua Funktion Zugriff hat. Eine hierarchische, auf Macht und Position basierende Kontroll- und Führungskultur verhindert Digitalisierung, weil sie eben genau das nicht will, was Digitalisierung bewirkt: Transparenz und den Abbau von Asymmetrien. Außerdem verträgt sich eine solche Kultur nicht mit einem agilen, selbstorganisierten und selbstverantwortlichen sowie auf Vertrauen basierenden aufgaben-, abteilungs- und sektorenübergreifenden Arbeiten.

Wer Digitalisierung wirklich will, sollte sich die Frage nach dem Selbstverständnis und dem persönlichen Mindset stellen. Für Führungskräfte heißt das: Will ich ein Schachspieler sein, der seine Figuren nach seinem Plan hin und her zieht oder will ich ein Gärtner sein, der

die Pflanzen begießt und den Garten zum Blühen bringt? Will ich dienen oder herrschen? Will ich kontrollieren oder vertrauen? Will ich moderieren oder bestimmen? Will ich eine Fehlerkultur oder ein Vermeidungsverhalten? Für den Beschäftigten: Will ich Verantwortung übernehmen oder diese eher abgeben? Will ich kooperieren oder mein eigenes Ding machen?

Je nachdem wie diese Fragen beantwortet werden, entsteht ein entsprechendes organisationales Mindset, das auch die individuellen Denkweisen prägt. Ansetzen muss man in jedem Fall immer am individuellen Mindset, vor allem an jenem der Führungskräfte. Dieses ist verhaltensprägend und damit auch bestimmend für den Erfolg der Digitalisierung. Am besten startet man hier mit einem Werte- und Kultur-Workshop: Was ist uns wichtig, wie handeln und kommunizieren wir tatsächlich, wie können wir unser Handeln verändern, welche Bedingungen müssten wir dazu verändern und was können wir selbst hierfür tun?

Marcus Ketschau ist Coach, Organisations-, Change- und Kulturberater.

Zukunft mit Daten gestalten

Helmut Dedy

Die Stadt der Zukunft ist auf Daten gebaut. Diese sollten gemeinwohlorientiert eingesetzt und fair verteilt werden. Wie das gelingt, hat der Deutsche Städtetag in einer Studie mit PD – Berater der öffentlichen Hand untersucht.

Haben Sie sich abends einmal bewusst gemacht, wie viele Daten Sie seit Tagesbeginn produziert haben? Abfahrtszeiten checken, Öffnungszeiten googeln, online shoppen oder schnell etwas bei Wikipedia nachschauen: Wir alle produzieren ständig Daten. Unternehmen machen sich das längst zunutze.

Auch Städte müssen sich um ihre Daten kümmern. Das war das Fazit des Papiers Kommunale Daten, das der Hauptausschuss des Deutschen Städtetags im Januar 2020 beschlossen hat. Wie aber nähert man sich diesem komplexen Handlungsfeld? Antworten darauf hat der kommunale Spitzenverband in einem Projekt mit PD – Berater der öffentlichen Hand gesucht. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus den Mitgliedsstädten des kommunalen Spitzenverbands wurden in Workshops und Einzelinterviews die technischen, rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen beleuchtet. Ergebnis ist die Studie „Die Stadt der Zukunft mit Daten gestalten“, die praktische Hinweise und Handlungsempfehlungen umfasst.

Digitalisierung betrifft die Städte in allen Bereichen. Die digitale Transformation verändert, wie wir

uns fortbewegen, wie wir arbeiten und wohnen und auch, wie wir kommunizieren und konsumieren. Daten sind Fundament und Treiber dieser Transformation. Der Umgang mit ihnen muss uns deshalb alle beschäftigen. „Städte für Menschen“ ist ein Leitmotiv des Deutschen Städtetags. Dazu gehört auch, den Fokus auf die gemeinwohlorientierte Datennutzung zu legen, statt Google und Co. das Feld zu überlassen. Vielmehr sollen Daten dazu eingesetzt werden, Städte nachhaltiger und lebenswerter zu gestalten. Werden Daten aus verschiedenen Sektoren vernetzt, lässt sich ein echter Mehrwert für die Menschen schaffen. Nicht zuletzt in der Corona-Pandemie zeigt sich, dass gute politische Entscheidungen oft von guten Daten und deren intelligenter Anwendung abhängen.

Daten in den Städten im Sinne der Menschen zu nutzen, setzt neben rechtlichen, technischen und organisatorischen Rahmenbedingungen vor allem eine gewisse Haltung voraus. Es handelt sich um ein

strategisches und politisches Steuerungsthema, kein technisches Randthema. Es ist Sache der Chefinnen und Chefs in den Rathäusern. Dabei gilt es, ein gemeinsames Verständnis zu entwickeln – sowohl in der Verwaltung als auch in der Gesellschaft. Welche Daten wollen wir wie nutzen? Wie können uns diese bei der Stadtentwicklung helfen und wie können wir gezielter auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der einzelnen Bürger eingehen? Daten können beispielsweise Antworten darauf geben, wo es einen Fahrradweg braucht oder wie Schulbezirke klug zugeschnitten werden sollten. Ebenso können sie helfen, Lösungen dafür zu finden, dass ältere Menschen länger selbstbestimmt leben können. Das Potenzial ist enorm, viele Möglichkeiten kennen wir noch gar nicht.

Der Umgang mit Daten wirft aber auch viele Fragen auf. Gerade deshalb braucht es eine breite Diskussion. Welche Daten wie genutzt werden, hat eine ausgeprägte ethische Komponente. Daten sind nicht

Link-Tipp

Das Diskussionspapier „Kommunale Daten“ zum Download:

- www.staedtetag.de/diskussionspapier-kommunale-daten

Zur Studie „Stadt der Zukunft mit Daten gestalten“:

- www.staedtetag.de/stadt-der-zukunft-mit-daten

neutral. Wir müssen bedacht mit ihnen umgehen und abwägen, wie wir sie für die Gemeinschaft nutzen wollen. Soll etwa auf Grundlage von Daten automatisch über den Zugang zu Sozialleistungen entschieden werden? Werden bei der Jobsuche ein Bewerber oder eine Bewerberin aufgrund bestimmter Merkmale vom Algorithmus direkt ausgeschlossen? Ungewollte Auswirkungen und ethische Aspekte müssen erörtert werden. Denn es geht nicht nur um eine Infrastruktur für die Datennutzung, sondern auch um ein gemeinsames Leitbild der Stadt.

Die mit PD – Berater der öffentlichen Hand erarbeitete Studie zeigt: Um mit Daten umfassend die Stadt der Zukunft gestalten zu können, sind verschiedene Maßnahmen nötig. Zum einen braucht es die entsprechende Infrastruktur. Diese muss offen gestaltet sein, damit Daten auch über Stadtgrenzen hinaus genutzt werden können. Städte sollten konsequent auf offene Standards und Schnittstellen setzen, um Unabhängigkeit und Anschlussfähigkeit zu sichern.

Nötig sind zum anderen umfassende Kompetenzen in der Kommunalverwaltung. Datensouveränität betrifft nicht nur infrastrukturelle

und rechtliche Bereiche. Es braucht auch entsprechend geschulte Mitarbeiter in der Verwaltung, die mit den Daten in der notwendigen Breite und Tiefe umgehen können. Zudem werden Fachkräfte für das Daten-Management benötigt. Das gilt umso mehr im Hinblick auf den sich verschärfenden Fachkräftemangel in der öffentlichen Verwaltung. Um datenaffinen Nachwuchs zu gewinnen, sollten kreative Wege gegangen werden. Fellowships und Projekte können hier eine Lösung sein. Nötig ist aber auch die richtige Haltung: Wenn Daten quer über verschiedene Sektoren genutzt werden sollen, dann braucht es auch ein fachübergreifendes Denken und Handeln. Für die versäulte Struktur der Verwaltung ist dies eine Herausforderung.

Da der Umgang mit Daten ein Thema der ganzen Stadtgesellschaft ist, müssen Kooperation und Transparenz im Mittelpunkt stehen. Politik, Kommunalverwaltung, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft sollten gemeinsam Antworten auf die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft finden. Nur so können ein kollektives Verständnis der Datennutzung und ein Leitbild der Stadt der Zukunft entstehen.

Dabei gilt es, den Datenschatz zwar gemeinwohlorientiert zu nutzen, gleichzeitig aber negative Auswirkungen zu verhindern. Dafür braucht es entsprechende Regelungen zum Datenaustausch. Das gilt insbesondere im Zusammenspiel zwischen öffentlichem und privatem Sektor. Wenn sich private Wettbewerber aufgrund der Datengrundlage der kommunalen Unternehmen die Kuchenstücke der Daseinsvorsorge herauspicken, dann bleibt diesen nur das Minusgeschäft. Das kann zum Beispiel im Mobilitätsbereich passieren, wenn private Anbieter auf profitablen Strecken in Konkurrenz zu den kommunal getragenen Verkehrsunternehmen treten.

Die Stadt der Zukunft ist vernetzt. Eine Smart City, die nicht auf Technologie fixiert ist, sondern diese als Mittel zum Zweck begreift. Eine Smart City, in der die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt stehen und Ausgangspunkt politischen Handelns sind. Für diese Stadt der Zukunft bildet die gemeinwohlorientierte Datennutzung das Fundament.

Helmut Dedy ist Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags.

Anzeige

Mit starkem Partner in Richtung Verwaltungsdigitalisierung.

„Die OZG-Lösung, die FIM-Dienste auf die Straße bringt.“

Frank-Olaf Wilhelm,
Geschäftsführer Verwaltungsdigitalisierung & Verlag
Form-Solutions GmbH



Form[®]
Solutions

www.form-solutions.de

Quelle angeben

Bernhard Krabina / Lisa Schmidhuber / Jurgen Willems

Eine österreichische Studie hat untersucht, wie sich Angaben zu Quellen und Download-Möglichkeiten von Rohdaten auf die Glaubwürdigkeit von Kommunen auswirken.

Zentrales Element von Open Government sind offene Verwaltungsdaten. Um als Open Government Data zu gelten, müssen die Daten nicht nur wiederverwendbar sein, sondern auch so zur Verfügung gestellt werden, dass externe Anspruchsgruppen sie zur Überprüfung der Verwaltung und für eigene Zwecke nutzen können.

In der Diskussion um die Auswirkungen solch offener Verwaltungsdaten wird der Blick häufig auf deren Nutzung und Wiederverwendung gelenkt. Wenig weiß man hingegen über die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an Datenquellen und -verfügbarkeit.

Frühere Studien haben gezeigt, dass die Bürger vollständige und genaue Daten von der Verwaltung erwarten. Zudem sind sie zufriedener mit der Qualität der Verwaltungsleistungen, wenn offene Daten verfügbar sind. Eine aktuelle Studie aus Österreich zeigt nun, wie sich die Angaben zu Datenquellen und Download-Möglichkeiten der Rohdaten auf die Glaubwürdigkeit der Informationen über kommunale Leistungen auswirken. Damit leistet die Untersuchung auch einen wesentlichen Beitrag zur Diskussion um den Nutzen offener Verwaltungsdaten.

Durchgeführt wurde dazu eine experimentelle Befragung. Sie fand im Zuge einer Mehrthemenumfrage mit 3.192 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt. Ihnen wurden verschiedene beispielhafte Performance-Indikatoren von Städten gezeigt: die Pünktlichkeit städtischer Linienbusse in Wien, die durchschnittlichen Wartezeiten in den Meldeservicestellen der Magistratischen Bezirksämter der Stadt Wien, die Anzahl der Störungen der Straßenbeleuchtungen der Stadt Klagenfurt sowie die durchschnittlichen Mietpreise in der Stadt Salzburg. Allen Probanden wurden die gleichen Performance-Indikatoren angezeigt. Variiert wurden aber die Angaben zur Datenquelle. Auch wurden unterschiedliche Angaben zur Datenverfügbarkeit gemacht. Es wurde beispielsweise angezeigt, dass ein Daten-Download „nicht verfügbar“, „auf Anfrage“ – mit angedeutetem Link – oder als PDF- und Excel-Datei – angedeutet mit dem entsprechenden Icon – möglich ist. Der Kontrollgruppe wurden keine Angaben zu Datenquelle und -verfügbarkeit gezeigt.

Die Reihenfolge der Fragen setzte sich zufallsgesteuert zusammen. Mittels Kontrollfragen wurden außerdem Teilnehmende ausgeschlossen, bei denen vermutet werden musste, dass sie die wesentlichen

Angaben zu Quelle und Daten-Download übersehen haben.

Laut der Studie ist das Vertrauen in die öffentlichen Informationen dann am höchsten, wenn als Datenquelle die Stadt selbst angegeben und ein Download der Rohdaten angeboten wird. Überraschend war das Ergebnis mit Blick auf die Angaben zum Daten-Download. Denn selbst wenn dieser als „nicht verfügbar“ beschrieben wurde, führte das zu signifikant besseren Ergebnissen als das Fehlen jeglicher Angabe. Demnach sollte die öffentliche Verwaltung für publizierte Informationen unbedingt Angaben zum Daten-Download machen – im Idealfall per Link zu den veröffentlichten Rohdaten. Im zweitbesten Fall sollte sie eine Anfragemöglichkeit anbieten. Aber auch bei Nicht-Verfügbarkeit der Rohdaten sollte dies angegeben werden.

Kommunalverwaltungen können so ihre zur Verfügung gestellten Informationen ansprechender gestalten und dazu beitragen, dass diese tatsächlich weiterverwendet werden.

Bernhard Krabina forscht am KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung in Wien, Lisa Schmidhuber und Professor Jurgen Willems am Institut für Public Management and Governance der Wirtschaftsuniversität Wien.

beteiligungsbericht.nrw

Doppik-al-dente![®] - Konzernreporting

Eine neue Herausforderung für die NRW-Kommunen:
das **verbindliche Muster** für den Beteiligungsbericht.

Mit *Doppik-al-dente!*-Konzernreporting erstellen Sie
den Beteiligungsbericht mit geringstmöglichem Auf-
wand und so, wie ihn das MHKBG vorschreibt.

Erleben Sie
Doppik-al-dente!-Konzernreporting
in einer Online-Präsentation.

Anmeldung unter
www.doppik-al-dente.de

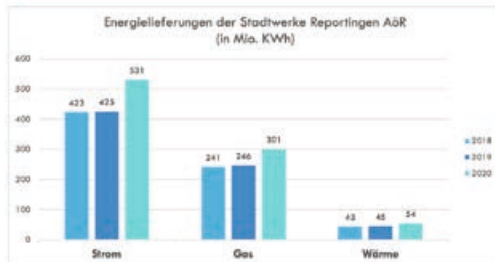
KonDed (02.00 | 18001 - 01.06.2021)

Administrator **Eigentumsverhältnisse** 10.05.2021 18:23:41

Mandant: RPT

Eigent	Betrieb	Art	Bezeichnung	Anteil	Anteil am Stammkapital	Anzahl S
10000	ALTEN	K	Alternative Energien Kommunal AG	0.63000 %		88.0
10000	EGBAU	K	Eigenbetrieb Städtischer Bauhof	100.00000 %	25.000.00	0
10000	EGGEB	K	Eigenbetrieb Gebäudemanagement	100.00000 %	100.000.00	0
10000	KLINI	K	Klinikum Reporting AG	80.00000 %	1.000.000.00	0
10000	MARKE	K	Stadtmarketing und Tourismus GmbH	100.00000 %	25.000.00	0
10000	MEDVZ	K	Zw			
10000	SOZPF	K	So			
10000	STADT	K	St			
10000	STVRP	K	St			
10000	STVRP	K	St			
10000	WFOE	K	Wi			
10000	WOBAN	K	Wi			
GRNHS	MEDVZ	K	Zw			
MARKE	KULKO	K	Ku			
HB	KLINI	K	Kli			
HB	MEDVZ	K	Zw			
NBAN	IMSAN	K	Im			
URBAN	KLINI	K	Kli			

Wasserversorgung		2020	2019	2018
Reinnetz	km	192	161	155
Wasserbezug gesamt	Tsd. m³	1.722	1.439	1.382
Wasserlieferung/-abgabe an Endkunden	Tsd. m³	1.622	1.359	1.302
Höchster Monatsbedarf	Tsd. m³	195	164	157
Heizanschlüsse		4.955	4.172	3.980
Zähler		5.355	4.520	4.303



Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung	
Waller, Friedhelm	Vorsitzende*r
Bursche, Achim	Geschäftsführer*in

3.5 Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Finanz- und Leistungsbeziehungen in TEURO	gegenüber	Stadt Reporting AG	Stadtwerke Reporting AG	Wohnungsbaugesellschaft	Verkehrsbetriebe GmbH	andere
Stadt Reporting AG	Forderungen		17,3	8,1	17,3	24,4
	Verbindlichkeiten		23,4	17,3	33,6	2,0
	Erträge		24,4	78,3	18,3	7,1
	Aufwendungen		198,4	223,9	266,3	
Stadtwerke Reporting AG	Forderungen	23,4		36,6	1.271,9	239,1
	Verbindlichkeiten	17,3		4,1	27,5	8,1
	Erträge	198,4		270,2	12,2	37,6

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Woh	Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2020	2019	Veränderung 2020 zu 2019		2020	2019	Veränderung 2020 zu 2019	
Verk	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO	
ande	Anlagevermögen	71.025	68.610	2.415	Eigenkapital	3.294	3.078	215
	Umlaufvermögen	1.195	1.804	-609	Sonderposten	12.131	12.537	-405
					Rückstellungen	3.423	2.287	1.137
					Verbindlichkeiten	53.362	52.498	864
	Aktive Rechnungsabgrenzungen	-10	-15	5	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
	Bilanzsumme	72.220	70.399	1.811	Bilanzsumme	70.399	72.220	-1.811

arbeitssparend

intuitiv

aussagestark

Bald durchgängig digital

Gleich mehrere Projekte beschäftigen sich mit der Digitalisierung des öffentlichen Einkaufs. So wurde in einem OZG-Digitalisierungslabor ein Lieferant Cockpit konzipiert, darüber hinaus werden Blaupausen für medienbruchfreie Beschaffungsprozesse erarbeitet.

Wie kommen eigentlich die Kreide an die Schultafel, Papier in polizeiliche Kopierer oder Möbel in die Bürgerämter? Der Einkauf in einem Supermarkt oder per Klick in einem Onlineshop sind der öffentlichen Verwaltung nicht ohne Weiteres möglich. Sie muss die von ihr benötigten Produkte und Dienstleistungen vielmehr über festgelegte Verfahren, mittels Ausschreibungen, Vergaben und über Rahmenverträge beschaffen. Dazu werden teilweise eigene Online-Einkaufssysteme genutzt, die ähnlich funktionieren wie die Onlineshops für Privatpersonen. Wie aber können Unternehmen ihre Produkte und Dienstleistungen nach erfolgreicher Ausschreibung über die Shop-Systeme anbieten, beraten und verkaufen?

Diese Problematik wurde im Digitalisierungslabor Elektronischer Bestellprozess/Lieferant Cockpit im Kontext des OZG-Themenfelds Unternehmensführung und -entwicklung bearbeitet. Die Federführung lag bei der Freien und Hansestadt Hamburg sowie beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi). Die fachliche Verantwortung für das Digitalisierungslabor trug die Freie Hansestadt Bremen, vertreten durch den



Elektronisches Einkaufen erleichtern.

Senator für Finanzen. Darüber hinaus waren das Beschaffungsamt des Bundesinnenministeriums (BMI), Immobilien Bremen, der Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen, IT-Dienstleister Dataport sowie die Koordinierungsstelle für IT-Standards (KoSIT) an dem Projekt beteiligt.

Für Unternehmen ist es wichtig, dass die Einkaufssysteme der Verwaltung gut bedienbar sind, da sie hier ihre Produkte und Dienstleistungen präsentieren sowie Bestel-

lungen empfangen und bearbeiten. Dazu wurde im Rahmen des Digitalisierungslabors ein so genanntes Lieferant Cockpit konzipiert. „Die Unternehmen bedienen dann vereinfacht gesagt ein einziges Front End, mit dem alle einkaufsbezogenen Funktionen nutzbar sind, also insbesondere die Einstellungs- und Pflegeprozesse der Produkte sowie die Beratungen zu diesen Produkten“, erklärt Albrecht Schulz, Projektleiter im Referat 45 „Digitalisierung von Verwaltungsleistungen für Unternehmen“ des Senators für Finanzen Bremen. „Das ist vergleich-

Link-Tipp

Informationen zum Beteiligungsprozess beim Projekt „Digitalisierung der Beschaffung“ sowie das Konzept sind zu finden unter:

- www.xoev.de/de/beschaffung

bar mit kommerziellen Shop-Systemen, bei denen Privatpersonen Produkte anbieten.“

Ziel ist es, aus den bisher eingesetzten Systemen ein einheitliches Lieferantencockpit zu gestalten, bei dem die Bedarfe der Unternehmen im Fokus stehen – so, wie es die im Onlinezugangsgesetz (OZG) formulierte Nutzerperspektive vorsieht. Dazu gehören insbesondere die Einbindung eines Unternehmenskontos zur einfachen Anmeldung und Authentifizierung, das einfache Einstellen und Pflegen der Produkte sowie bessere Möglichkeiten zur Beratung über das Lieferantencockpit.

Mit Abschluss des Digitalisierungslabors ist laut Bundesinnenministerium der erste Schritt zur Umsetzung dieser Ziele geschafft. Geplant sei, noch in diesem Jahr so genannte Minimum Viable Products (MVP) für das einheitliche Lieferantencockpit zu entwickeln.

Auch beim Kooperationsprojekt „Digitalisierung der Beschaffung“ ist mit Veröffentlichung des Planungs- und Architekturkonzepts der erste Meilenstein erreicht. Ziel des Vorhabens, an dem neben dem Bund die Länder Bremen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sowie die KoSIT beteiligt sind, ist die Schaffung von europaweit nutzbaren, standardkonformen und praxistauglichen Lösungen für die deutsche Verwaltung und ihre Partner. Vergleichbar mit dem Ansatz zur Entwicklung des Standards XRechnung, mit dem in den vergangenen Jahren bereits ein zentraler Teil des öffentlichen Einkaufs erfolgreich digitalisiert werden konnte, wurden dabei bestehende (Peppol-)Standards und Infrastrukturen

geprüft, profiliert und bei Bedarf fortgeschrieben.

Entstehen sollen Blaupausen für einen möglichst durchgängig medienbruchfreien, digitalisierten und automatisierten Beschaffungsprozess aufseiten der öffentlichen Auftraggeber. Das soll die Basis für den strategischen Einkauf schaffen und Unternehmen den Zugang zur digitalen Beschaffung erleichtern. Einzelne Komponenten – beispielsweise für den Bereich der digitalen Bestellung (XBestellung) – sollen noch zur Laufzeit des Projekts, also bis Ende des Jahres 2022, in Zusammenarbeit mit ausgewählten Lieferanten pilotiert werden. „Die lückenlose Digitalisierung der Beschaffungsprozesse in Bund, Ländern und Kommunen ist ein wichtiger Beitrag zur Steigerung der Innovationskraft und Wirtschaftlichkeit der öffentlichen Verwaltung“, erklärte dazu Bremens Finanzstaatsrat Martin Hagen.

Innerhalb des Kooperationsprojekts werden die einzelnen Teilprozesse von der Bedarfserhebung bis hin zur Zahlungsanweisung einer Rechnung betrachtet. Dabei werden alle zentralen Prozessbausteine für eine standardbasierte digitale Beschaffung erarbeitet und im Hinblick auf die Interaktionspunkte zwischen der öffentlichen Stelle und dem Unternehmen dargestellt. Angestrebt wird ein vollständig IT-gestützter Gesamtprozess. Da das Peppol-Netzwerk mit seinen Komponenten eine wesentliche Rolle im Kooperationsprojekt zur Digitalisierung der Beschaffung spielt, sollen alle Ergebnisse hiermit kompatibel sein, soweit dies rechtlich verbindlich und/oder aus übergeordneten informationstechnischen oder sons-

tigen Erwägungen im Sinne eines gesamtprozessübergreifenden medienbruchfreien Lösungsansatzes zielführend ist.

Wie die Freie Hansestadt Bremen weiter mitteilt, wird das Architekturkonzept stetig fortgeschrieben und um jeweils neue Erkenntnisse ergänzt. Die fachspezifische Diskussion sei bereits eröffnet: Auf Basis des jeweils aktuellen Stands des Dokuments werden Konsultationen mit der interessierten Fachöffentlichkeit durchgeführt. Das soll bei allen Stakeholdern die Akzeptanz für die Projektergebnisse fördern und gleichzeitig deren Qualität verbessern. Hierzu werden regelmäßig strukturierte Rückmeldungen eingeholt, die in die weitere Arbeit des Kooperationsprojekts einfließen. Für Kommentare und Vorschläge steht ein Formular zur Verfügung. Martin Hagen: „Ihre Meinung ist uns wichtig – über eine große Beteiligung würden wir uns freuen.“

Bettina Schömig



**Folgen Sie
Kommune21
auf Twitter:**

twitter.com/kommune21

Hochladen erlaubt?

Norbert Dippel

Ist es rechtlich zulässig, wenn Behörden Mitteilungen an Bieter versenden, indem sie die entsprechenden Informationen auf ihre E-Vergabepattform hochladen? Die Vergabekammern Südbayern und des Saarlands kommen hier zu unterschiedlichen Bewertungen.

Wohl keine Entscheidung hat in der Vergangenheit sowohl die Nutzer von E-Vergabesystemen als auch deren Betreiber so verunsichert wie der Beschluss der Vergabekammer (VK) Südbayern vom 29. März 2019 (Az: Z3-3-3194-1-07-03/19). Die VK Südbayern stellte darin fest, dass der Versand von Mitteilungen nach Paragraph 134 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) über Projekt Räume der E-Vergabepattform – also das Hochladen der Mitteilungen – unzulässig sei. Im Kern hatte die Vergabekammer ausgeführt: „Die Mitteilung nach Paragraph 134 GWB kann nicht dadurch erfolgen, dass die Informationen (...) lediglich in einem internen Bieterbereich auf einer Vergabepattform eingestellt werden, wo der Bieter diese abrufen kann.“

Ganz anders hat die Vergabekammer des Saarlands entschieden (Beschluss vom 22. März 2021, Az.: 1 VK 06/2020). Sie hat die Rechtskonformität einer so erfolgten elektronischen Übermittlung unter bestimmten Voraussetzungen jüngst bestätigt.

Sachlicher Hintergrund beider Fälle war das Absenden von Informationen seitens der Vergabestel-



Wann ist die digitale Übermittlung von Informationen rechtskonform?

len an die Bieter über E-Vergabepattformen. Dies erfolgt zumeist, indem die Informationen in verfahrensindividuellen Bereichen oder so genannten Projekträumen eingestellt werden. Bewerber oder Bieter können die Informationen dort einsehen und gegebenenfalls herunterladen. Bewährte Vorteile sind unter anderem, dass nicht nur der Zugriff der Bieter dokumentiert werden kann, sondern auch die Datenintegrität und Vertraulichkeit sichergestellt sind.

Gegen diese Praxis hat die VK Südbayern grundlegend zwei Kernargumente vorgebracht, die nunmehr von der VK Saarland widerlegt wurden: Nach Ansicht der VK Südbayern kann das in Paragraph 134 GWB geforderte „Absenden“ der Information nicht durch ein Hochladen erfolgen, weil die Vergabepattform nicht als Machtbereich des Bieters angesehen werden kann.

Ein „Absenden“ sei nur dann zu bejahen, wenn die Information den Machtbereich des Absenders verlasse und in denjenigen des Empfängers übergehe.

Dies sah die VK Saarland anders: Als Ausgangspunkt der Überlegungen stellte die Vergabekammer zunächst auf das althergebrachte Begriffsverständnis ab. Demnach werde unter „Versenden“ ein Entäußern aus dem eigenen Machtbereich derart verstanden, dass bei regelgerechtem Verlauf mit dem ordnungsgemäßen Zugang beim Empfänger zu rechnen sei – unter Hinweis auf den Beschluss des Bundesgerichtshofs (BGH) vom 09. Februar 2004-X ZB 44/03. Werde das Vergabeverfahren über eine Vergabepattform vollständig digital abgewickelt, könne das „Versenden“ auf elektronischem Weg im Sinne des Paragraphen 134 Abs. 2 Satz 2 und 3 GWB nicht ausschließlich auf das Absen-

den einer E-Mail oder eines Faxes beschränkt werden. Denn Paragraph 134 GWB sei nach Wortlaut, dem Willen des Gesetzgebers sowie Sinn und Zweck der Norm technikoffen und nach Maßgabe der Bedeutung des Begriffs der Textform auszulegen.

Aus Sicht der VK Südbayern lässt sich mit einer im Internet hochgeladenen Information die Textform gemäß Paragraph 126b Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) allerdings nicht wahren. Bei Erklärungen, die in das Internet eingestellt, dem Empfänger aber nicht übermittelt werden, sei dies allenfalls dann der Fall, wenn es tatsächlich zum Download komme. Da die Rechtswirksamkeit einer Information nach Paragraph 134 GWB aber nicht von der Zufälligkeit abhängen könne, dass ein Bieter sie herunterlade, könne das bloße Freischalten der Mitteilung auf der Vergabeplattform den Anforderungen des Paragraphen 134 GWB nicht genügen.

Nach Meinung der VK Saarland ist die Textform unter bestimmten Voraussetzungen dennoch gewahrt, wenn die maßgebliche Information in einem nur dem Empfänger persönlich zugänglichen Raum (Onlinekonto) eingestellt wird. Im Unterschied zum bloßen Bereitstellen auf einer Plattform gelange das Schreiben durch das Einstellen in das persönliche Nutzerkonto, auf das mittels Zugangsdaten nur der Empfänger allein Zugriff hat, allein in dessen Machtbereich. Dabei hat die VK Saarland sich vertieft mit der technischen Funktionsweise der Software auseinandergesetzt und ausgeführt: Mit dem Einstellen der Nachricht in den persönlichen Nutzerbereich wird der Vorgang der

Informationsbereitstellung softwareseitig revisionssicher gespeichert. Damit sei ausgeschlossen, dass die Vergabestelle die abgesendeten Dateien in irgendeiner Form verändern, löschen oder in sonstiger Weise manipulieren könne. Gleiches gelte für den Bewerber oder Bieter.

Vor diesem Hintergrund hat die VK Saarland das Vorliegen der Textform bejaht. Abschließend hat die Vergabekammer ihre Ausführungen wie folgt zusammengefasst: Der Fristlauf werde durch elektronisches Versenden entsprechend den Anforderungen des Paragraphen 134 Abs. 2 GWB in Gang gesetzt, wenn die elektronische Information den Machtbereich des Sendenden derart verlassen hat, dass sie von diesem nicht mehr gelöscht, verändert oder zurückgerufen werden kann, in Textform, mithin speicherbar und für eine angemessene Dauer verfügbar ist, und in einem nur dem Empfänger zuzurechnenden sicheren Bereich vergleichbar einem Postfach eingelegt wird, über das die gesamte Verfahrenskommunikation abgewickelt wird.

Abschließend lässt sich folgende Bewertung ziehen: Die VK Südbayern hat die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zur Informationsübermittlung in Textform via Internet-Bekanntmachung herangezogen, jedoch nicht bis zum Ende verfolgt. Denn der BGH setzt bei der Annahme der Textform voraus, dass ein dauerhafter Datenträger verwendet wird. Als solcher wird jedes Medium bezeichnet, das es dem Empfänger gestattet, an ihn persönlich gerichtete Informationen derart zu speichern, dass er sie in der Folge für eine dem Zweck der Informatio-

nen angemessene Dauer einsehen kann, und welches die unveränderte Wiedergabe der gespeicherten Informationen ermöglicht – beispielsweise Disketten, CD-Roms oder DVDs. In Bezug auf Internet-Portale verweist der BGH wiederum auf ein Urteil des EFTA-Gerichtshofs vom 27. Januar 2010 (E-4/09, VersR 2010, 793 Tz. 65 f. – Inconsult). Demnach kann auch eine Website ein dauerhaftes Medium in dem aufgezeigten Sinne sein, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- Das Medium muss es dem Empfänger ermöglichen, an ihn persönlich gerichtete Informationen zu speichern.
- Das fragliche Medium muss es dem Empfänger ermöglichen, die für ihn bereitgestellten Informationen so zu speichern, dass diese während eines dem Informationszweck angemessenen Zeitraums abgerufen werden können.
- Das Medium muss die unveränderte Wiedergabe der gespeicherten Daten ermöglichen.

Ob diese Voraussetzungen bei den unterschiedlichen E-Vergabeplattformen gegeben sind, ist eine Frage der konkreten technischen Ausgestaltung. Damit kommt es auf die jeweilige technische Spezifikation der Plattform an. Im Fall der VK Saarland waren die Voraussetzungen jedenfalls zu bejahen. Aus Sicht der E-Vergabe herrscht damit – zumindest was die Möglichkeit der ganzheitlichen Abwicklung eines Vergabeverfahrens über eine E-Vergabeplattform anbelangt –, Rechtssicherheit.

Norbert Dippel ist Rechtsanwalt für Vergaberecht und Öffentliches Wirtschaftsrecht bei Roos Nelskamp Schumacher & Partner, Bonn.

Auf Details kommt es an

Lucas Spänhoff

Vergabeplattformen sind kein homogenes Gut, sie unterscheiden sich sowohl hinsichtlich der technischen Umsetzung rechtlicher Vorgaben als auch bei Anwenderfreundlichkeit und Funktionsumfang. Worauf öffentliche Auftraggeber bei der Auswahl achten sollten.

Nicht nur die Vergabepaxis, sondern zunehmend auch die Spruchpraxis von Vergabekammern (VK) und Gerichten zeigt, dass sich die verschiedenen E-Vergabeplattformen sowohl in puncto Anwenderfreundlichkeit und Funktionsumfang als auch hinsichtlich der Rechtssicherheit unterscheiden. Das bestätigt, dass Vergabeplattformen keine homogenen und ohne weiteres vergleichbaren Lösungen darstellen.

Für öffentliche Auftraggeber ist es auf den ersten Blick mitunter schwer, die scheinbar funktional ähnlichen Angebote zu vergleichen. Wie im gesamten Vergaberecht kommt es hier auf die Details an. Das machen nicht zuletzt die Entscheidungen verschiedener Vergabekammern zu ein und demselben Kontext deutlich. So hatte die VK Südbayern vor zwei Jahren im Rahmen eines Beschlusses (Az: Z3-3-3194-1-07-03/19) entschieden, dass die reine Bereitstellung einer Mitteilung über die verwendete Vergabeplattform nicht den Anforderungen an das Versenden einer Information in Textform im Sinne des Paragraphen 134 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) genügt. Die VK Saarland hat hingegen mit Blick auf das

Deutsche Vergabeportal (DTVP) jüngst die Rechtskonformität einer so erfolgten elektronischen Übermittlung bestätigt und entschied, dass ein über die Plattform eingestelltes Schreiben als versendet im Sinne des Paragraphen 134 GWB gilt (siehe auch Seite 18).

Es sind demnach Kleinigkeiten bei der technischen Umsetzung rechtlicher Vorgaben, die im Einzelfall einen erheblichen Unterschied machen können. Beispiele dieser Art können in der Praxis schnell zur Verunsicherung im Umgang mit E-Vergabelösungen führen, welche den Beschaffungsprozess doch eigentlich vereinfachen sollen.

Gerade in Zeiten des Homeoffice ist es besonders wichtig, dass E-Vergabeportale dem Nutzer die Sicherheit vermitteln, schnell und eigenständig mit dem System arbeiten zu können. Ebenso müssen die Plattformen die Zusammenarbeit im Team von getrennten Rechnern und Standorten aus ermöglichen und die interne Kommunikation vereinfachen. Bei der (Weiter-) Entwicklung ihrer Lösungen sollten Anbieter daher nicht nur ein Augenmerk auf vergaberechtliche Entwicklungen sowie die allgemeine Rechtsprechung legen, sondern auch Änderungen im Blick behal-

ten, die das Arbeitsumfeld betreffen. So können sie Auftraggebern und -nehmern jederzeit das bestmögliche Arbeiten mit ihrem System ermöglichen.

Eine solche Veränderung trat im Zuge der Corona-Pandemie ein. Unter anderem durch die allgemeinen Abstandsregelungen und die Pflicht zum Homeoffice war eine Angebotsöffnung im Vier-Augen-Prinzip teilweise nicht mehr möglich. Zudem war es nicht wünschenswert, dass zwei Personen gemeinsam an einem Rechner sitzen, um sich zu authentifizieren. Dadurch empfahl es sich, innerhalb kurzer Zeit eine Funktion bereitzustellen, die sicherheitstechnische und Compliance-Aspekte berücksichtigt, die Angebotsöffnung von verschiedenen Rechnern aus ermöglicht, und dabei weiterhin das Vier-Augen-Prinzip wahrt.

Eine Neuerung im Bereich des öffentlichen Auftragswesens stellt zudem das Inkrafttreten der Verga-

Link-Tipp

Weitere Informationen zum Deutschen Vergabeportal und den angebotenen Webinaren unter:

• www.termine.dtv.de

bestatistikverordnung (VergStat-VO) zum 1. Oktober 2020 dar. Diese verpflichtet alle öffentlichen Auftraggeber, Daten über die von ihnen vergebenen Aufträge oder Konzessionen an das Statistische Bundesamt (Destatis) zu melden. Damit aufseiten des Statistischen Bundesamts keine aufwendige händische Eingabe aller Daten vonnöten ist, hat ein Gros der E-Vergabeanbieter eine Schnittstelle zu Destatis implementiert. Über diese können die Daten über die Auftragsvergabe direkt aus dem entsprechenden System, in dem das Verfahren durchgeführt wurde, an Destatis übermittelt werden. Dabei erfolgt bei Einsatz des Deutschen Vergabeportals sowie weiterer Plattformen auf Basis des cosinex Vergabemarktplatzes zum Beispiel auch eine Datenübernahme aus dem vorangegangenen Vergabeverfahren. Der Aufwand der Übermittlung wird im Vergleich zur manuellen Eingabe bei Destatis somit deutlich reduziert.

Neben der vereinfachten Übermittlung von Meldungen zur Vergabestatistik bieten E-Vergabeportale weitere Vorteile, die dazu führen, dass sich nun insbesondere kleinere Gemeinden mit der Einführung einer solchen Lösung beschäftigen oder kürzlich auf eine solche umgestiegen sind. Gerade die unkomplizierte Einbindung externer Dienstleister und Zulieferer – genannt seien etwa Architekten oder Ingenieure – sind für kleine Kommunen ein wichtiger Faktor. Wesentlich zu dieser Entwicklung beigetragen hat die Erkenntnis, dass sich nicht alle Prozesse beim Einsatz elektronischer Mittel ändern. Systeme wie das Deutsche Vergabeportal helfen vielmehr, bereits bestehende Pro-

zesse digital abzubilden und gegebenenfalls zu vereinfachen. Durch den intuitiven Aufbau der Lösung ist darüber hinaus ein schulungsfreier und unkomplizierter Ein- und Umstieg möglich.

Wenn es bei einem Vergabeverfahren Entwicklungen gibt, die über das Standardprozedere hinausgehen – etwa die Rückversetzung eines Vergabeverfahrens oder die Durchführung mehrstufiger Verfahren –, sind Anwender häufig auf die Unterstützung des Anbieters angewiesen. Bereits im Auswahlprozess der E-Vergabelösung sollten Auftraggeber insofern nicht nur das Standardverfahren berücksichtigen, sondern auch ein Augenmerk auf ihnen bekannte, abweichende Fragestellungen legen.

Um Vergabestellen in einer kontaktarmen Zeit nicht mit praktischen Anwendungsfragen allein zu lassen, haben viele Anbieter neben der telefonischen Kundenbetreuung digitale Schulungsangebote in Form von Webinaren oder Schulungsvideos in ihren Service integriert. Auch bietenden Unternehmen werden solche Schulungen, Webinare und Anleitungen angeboten, um die reibungslose Abgabe elektronischer Angebote zu ermöglichen.

Um einen möglichst breiten Pool potenzieller Bewerber zu adressieren und das wirtschaftlichste Angebot zu erhalten, sollte die Registrierung und Teilnahme an Vergabeverfahren für Bieter im Idealfall kostenfrei möglich sein. Monetäre Hürden, etwa ein so genanntes Cost per Click zur Einsicht von Bekanntmachungen, wirken auf einige Bewerber erfahrungsgemäß abschreckend, da zu diesem Zeitpunkt eine

mögliche Teilnahme am Verfahren noch nicht seriös eingeschätzt werden kann. Vergabestellen sollten sich daher als Auftraggeber bewusst mit der Entscheidung befassen, ob mögliche Kosten für die Durchführung ihrer Verfahren auf die teilnehmenden Unternehmen umgelenkt werden sollen, soweit nicht bereits ohnehin vergaberechtliche Aspekte gegen Kosten für die Teilnahme an Vergaben sprechen.

DTVP unterstützt als einer der führenden Anbieter einer E-Vergabepattform zahlreiche Vergabestellen bei der Durchführung ihrer Verfahren. Durch stetige Weiterentwicklungen bietet das Unternehmen seinen Kunden eine umfassende E-Vergabelösung, die neben der Erfüllung vergaberechtlicher und sicherheitstechnischer Aspekte insbesondere durch ihre intuitive Bedienbarkeit einen einfachen und unkomplizierten Ein- und Umstieg ermöglicht.

Um die Lösung kennenzulernen oder sich tiefer mit der Arbeit im System zu befassen, bietet das Deutsche Vergabeportal sowohl den über 3.000 Vergabe- und Beschaffungsstellen, die bereits mit der Basistechnologie des cosinex Vergabemarktplatzes arbeiten, als auch interessierten Organisationen verschiedene Webinare an. So wird beispielsweise seit Anfang dieses Jahres wöchentlich ein individuelles Einführungs-Webinar angeboten, in dem die Durchführung eines Vergabeverfahrens anhand verschiedener Vergabeordnungen demonstriert wird.

Lucas Spänhoff ist Team-Leiter Produktberatung Vergabestellen bei der DTVP Deutsches Vergabeportal GmbH.

Umdenken erforderlich

Maximiliano Lombardi

Die öffentliche Beschaffung muss sich moderner aufstellen. Notwendig sind eine digitale Strategie, integrierte Workflows und eine sinnvolle Datennutzung.

Der öffentliche Einkauf befindet sich seit Jahren im Wandel – die digitalen Schwächen zeigen sich in der momentanen Pandemie allerdings deutlich. Kommunale Beschaffungsstellen werden immer noch überwiegend als operativ tätige Bestellabwickler verstanden. Strategisch aufgestellte Einkaufsorganisationen sind weiterhin die Ausnahme. Neue Technologien, ein verändertes Vergaberecht und Nachhaltigkeitsanforderungen gepaart mit einem immer anspruchsvolleren und dynamischen Markt erfordern jedoch ein Umdenken.

Im Einkauf 4.0 werden künstliche Intelligenz und Applikationen die Prozesse automatisieren. Hierdurch werden Mitarbeiter entlastet und gleichzeitig in die Lage versetzt, komplexe und zeitaufwendige Abläufe, wie Bedarfsermittlung, Vergaben oder den operativen Einkauf, digital abzuwickeln. Um Abläufe wirksam zu optimieren, gehören E-Lösungen bereits heute zum Arsenal der modernen öffentlichen Beschaffung. Gleichwohl ist der Stand ihrer Implementierung und Nutzung in den Kommunen noch sehr unterschiedlich. Zu oft dominieren Insellösungen. Es fehlt an integrierten Workflows und vor allem eine Digitalstrategie für den kommunalen Einkauf.

Eine medienbruchfreie Beschaffung – von der Bedarfsentstehung bis hin zum elektronischen Rechnungseingang – ist das vielgesteckte Ziel. Man sollte allerdings noch weiter denken: Denn die im Prozess entstehenden Daten werden häufig stiefmütterlich behandelt. Viele Entscheider agieren nach dem Motto: Viele Daten sind gut, noch mehr Daten sind besser. Vorab sollten aber besser zwei entscheidende Fragen beantwortet werden: Welche Daten brauche ich? Und was fange ich damit an? Solange das nicht geklärt ist, wird mit dem Einsatz von Big Data nur Zeit und Energie verschwendet. Das Problem ist durchaus verbreitet: So bezweifelt etwa ein Drittel der Kommunen die Exaktheit der eigenen Datenanalysen.

Doch wie kann eine Kommune aus ihren Daten Optimierungsansätze gewinnen? Ein Beispiel ist das Thema Nachhaltigkeit: Jedes Produkt hat eine einmalige Produktnummer, die dem Käufer Auskunft geben kann, ob die Kriterien der Nachhaltigkeit erfüllt werden oder nicht. Mithilfe dieser Nummer (= Daten) kann jede Kommune am Ende des Jahres bewerten, wie viele nachhaltige Produkte eingekauft wurden und das auch protokollieren. Auf diese Weise kann Nachhaltigkeit messbar gemacht werden.

Eine sinnvolle Nutzung von Daten bietet sich zudem im Bereich Lieferantenqualität: Das Abschieken einer Bestellung und die Buchung eines Wareneingangs werden mit einem entsprechenden Zeitstempel ausgelesen und auf einem mehrachsigen Zeitstrahl dargestellt. Somit wird plastisch sichtbar, welche Bestellung vom Auslösen bis hin zum Wareneingang eine besonders kurze Durchlaufzeit hatte, welcher Lieferant besonders lange für die Zustellung einer Auftragsbestätigung braucht oder bei welchem Artikel die Bestellung erst nach Erhalt der Rechnung geschrieben wurde. Die Ergebnisse können in Lieferantenaudits einfließen, die eine Bewertung und Qualität ermöglichen.

Dass die Beschaffung in Kommunen transparenter, digitaler und nachhaltiger werden muss, ist während der Corona-Pandemie deutlich geworden. Man sollte deshalb nicht die Investitionen scheuen, die es bedarf, um eine digitale Beschaffung umzusetzen – denn jeder investierte Euro wird im Ergebnis durch schlankere Prozesse eingespart.

Maximiliano Lombardi ist bei der SIT GmbH unter anderem zuständig für die Weiterentwicklung des Beschaffungstools citkoMarket.

Online-Einkauf via Amazon

Florian Böhme

Die Gemeinde Kellmünz hat ihren Einkauf digitalisiert und wickelt diesen nun unter anderem über Amazon Business ab. Das bringt gleich mehrere Vorteile mit sich.

Ein durchgängig digitalisierter, medienbruchfreier und ressortübergreifender Einkaufsprozess bietet Kommunen viele Vorteile. Michael Obst, Bürgermeister der bayerischen Gemeinde Kellmünz rechts der Iller, ist diesen Schritt schon gegangen. Anstelle von papierbasierten Rechnungen und Bestellungen via Fax und Telefon, beschafft er online. Von der Bedarfsermittlung über die Beschaffung bis hin zur Rechnungsstellung den gesamten Einkauf zu digitalisieren, war eine große Aufgabe für die 1.400-Seelen-Gemeinde, die sich mit Altenstadt und Osterberg zur Verwaltungsgemeinschaft Altenstadt zusammengetan hat. Die Bayern haben sich Anfang 2020 entschieden, ihren Einkauf vorwiegend online abzuwickeln, unter anderem über Amazon Business.

Gänzlich verändert hat der digitale Einkauf zum Beispiel die Produkt-Recherche in der Gemeinde. Heute nutzt Michael Obst eine Online-Suchfunktion, um drei Angebote zu erhalten, vergleicht diese direkt und wählt das Beste aus. Die Preisrecherche ist transparent: Ein Screenshot des Suchergebnisses genügt als Beleg dafür, warum Obst und seine Kollegen sich für ein bestimmtes Produkt entschieden haben. Das hat der Gemeinde gerade zum Jahresende aus der Klemme

geholfen: Bis zum 31. Dezember 2020 konnten Beamer für die Schule angeschafft werden – ad hoc standen Fördermittel aus dem DigitalPakt Schule bereit. Obst hat nicht nur seine Marktrecherche dokumentiert, sondern auch die pünktliche Rechnungstellung gewährleistet und den Verwendungszweck nachgewiesen – trotz der Kürze der Zeit. Alle Käufe konnten vergabekonform durchgeführt werden, die Bezahlung erfolgte per Rechnung.

Die Flexibilität und Autonomie für die Mitarbeiter, ohne den Überblick über Ausgaben und Rechnungen zu verlieren, das schätzt Bürgermeister Obst am Online-Einkauf. Er kann einzelnen Nutzern oder Gruppen Berechtigungen für Produktgruppen und Höchstbeträge zuweisen, etwa für den Kindergarten, die Feuerwehr und die Mittagsbetreuung in der Schule. So können Schwellen, zum Beispiel 1.000 Euro bei Direktkäufen, nicht überschritten werden. In diesem Rahmen erledigen die Verantwortlichen die Einkäufe individuell, ohne zeitraubende Freigabeprozesse und mit minimalem Abstimmungsaufwand. Mit dem monatlichen Reporting kann die Kämmerei die Käufe auswerten und hat volle Transparenz und Kostenkontrolle. Die Möglichkeit, E-Rechnungen zu erhalten, verkürzt Durchlaufzeiten, sorgt für eine schnellere



Bürgermeister Obst: E-Einkauf überzeugt.

Bearbeitung und spart Zeit und Kosten für Druck, Papier und Porto.

Bürgermeister Obst achtet darauf, dass er bei kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) aus der Region einkauft. Auch die selbstgesteckten Beschaffungsziele im Bereich Nachhaltigkeit sind über einen transparenten, digitalen Einkauf zu erreichen, indem gezielt Produkte ausgewählt werden, welche mit Labels wie Energy Star, EPEAT oder Compact by Design zertifiziert sind. In der eigenen Beschaffungsanalyse kann Bürgermeister Obst transparent evaluieren, wie groß der Anteil an nachhaltigen Produkten im Einkauf seiner Gemeinde ist – und was Kellmünz damit Gutes für die Umwelt tut.

Florian Böhme ist bei Amazon Business Country Manager DACH-/CEE-Region.

Digitale Leitplanken

Die Verwaltungsdigitalisierung braucht eine gemeinsame IT-Architektur und einheitliche Standards. Dafür soll das IT-Architekturboard bei der Föderalen IT-Kooperation, kurz FITKO, sorgen. Kommune21 sprach mit dessen Leiter Jörg Kremer über die Aufgaben des Gremiums.

Herr Kremer, zum 1. Mai 2021 ist das föderale IT-Architekturboard zur FITKO übergegangen. Es ist als neues Steuerungsgremium des IT-Planungsrats errichtet worden. Was sind die Aufgaben des Boards?

Zunächst: Das Architekturboard hat bereits Ende Februar seine Arbeit aufgenommen. Es leistet begleitende und beratende Unterstützung bei der Verwaltungsdigitalisierung und hat Entscheidungsfunktionen hinsichtlich von Richtlinien. Es geht vor allem darum, strategische und langfristige Architekturrichtlinien zu bestimmen, mit denen bestimmte Leitplanken für die Verwaltungsdigitalisierung eingeschlagen werden. Das können Datenaustauschformate und Standards sein. Ausgehend von diesen Architekturrichtlinien legen wir auch spezialisierte Vorgaben für bestimmte Domänen fest. Wenn neue Infrastrukturelemente gebaut oder neue Standards verabschiedet werden, können wir so sichergehen, dass diese grundsätzlich die Architekturrichtlinien erfüllen. Darüber hinaus ist es Aufgabe des Boards, sich neue Vorhaben anzuschauen und zu beurteilen, ob sie in die Architektur passen. Das Board begleitet auch aktiv Projekte und beobachtet, ob alles richtig läuft oder unter Umständen noch etwas

angeglichen werden muss. Außerdem beraten wir den IT-Planungsrat und die Abteilungsleiterrunde darüber, was sie sich in den nächsten Jahren an Themen vornehmen sollten.

Wer sitzt in dem elfköpfigen Gremium?

Im Gremium sitzen Vertreter des Bundesinnenministeriums, der FITKO sowie Vertreter mehrerer Bundesländer. Unter uns ist sogar ein CIO, ansonsten haben wir von Anfang an darauf gedrängt, dass wir Fachexperten und -expertinnen in diesem Gremium haben – eine gute Mischung also aus Management- und Arbeitsebene. Die FITKO führt den Vorsitz, und befristet bis Ende 2022 hat das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat den Co-Vorsitz inne.

Was machte die Gründung dieses neuen Gremiums notwendig?

Im Zuge der Corona-Krise haben wir festgestellt, dass es eigentlich eine föderale Architektur noch gar nicht gibt. Das Thema hat in den vergangenen Jahren keine besondere Aufmerksamkeit erfahren, und nun fällt uns das auf die Füße. Wir mussten feststellen, wie schwierig es ist, Daten zwischen den Ländern



Jörg Kremer

und auch zwischen Bund und Ländern auszutauschen. Ein Architektur-Management soll uns dabei helfen, genau diese Infrastrukturen so aufzustellen, dass wir schneller auf Veränderungen reagieren und Neuerungen besser managen und steuern können.

Was funktioniert denn aus Ihrer Sicht momentan nicht gut?

Wir haben auf allen föderalen Ebenen eine große Inhomogenität. Grundsätzlich verfügen die Länder intern zwar über eine gute Infrastruktur. Handlungsbedarf gibt es allerdings beim Datenaustausch über Landesgrenzen und auch über Bundesgrenzen hinaus. Damit Daten von Hamburg nach Berlin laufen können, muss es eine entsprechend gute Infrastruktur und ein-

heitliche Standards geben. Vereinzelt sind diese Infrastrukturen vorhanden, aber nicht in allen Fachdomänen. Gerade bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) zeigen sich Lücken, wie etwa das Routing von Antragsdaten an zuständige Behörden.

Auf Ihrer Agenda steht das Stichwort Komplexitätsreduktion. Was ist darunter zu verstehen?

Eine Komplexitätsreduktion erreicht man schon dadurch, dass anhand der Architektur klar wird, wer in Bezug auf den föderalen Datenaustausch konkret welche Aufgabe hat. Welche Aufgaben

reich der Standardisierung gibt es sicherlich Aufgaben, die gelöst werden müssen. Wenn man allerdings strategische Vorgaben wie eine Digitale Souveränität betrachtet und sich aus dieser Perspektive die Architektur anschaut, dann gibt es schon noch einige Aspekte, an denen gearbeitet werden muss. Das betrifft etwa die Themen Cloud Computing und Open Source, die sich in der Ist-Architektur nicht in ausreichendem Maß wiederfinden und Teil der Soll-Architektur wären.

Woran arbeiten Sie derzeit konkret?

Wir arbeiten im Board derzeit unter anderem an den Architektur-

ummelden kann, dann muss das System für Hamburg wissen, dass dort ein zusätzliches Datenfeld angeboten werden muss. Ein weiteres Beispiel für Parametrisierung ist die Bezahlung. Welche Bezahldienste werden wo verwendet und müssen aufgerufen werden, wenn man sich etwa in München anmelden möchte?

Der Normenkontrollrat (NKR) hat im aktuellen Monitor Digitale Verwaltung eine systematische Bündelung von Plattformansätzen und eine Gesamtarchitektur angeregt.

Man muss sich eingestehen, dass wir im Moment keine Gesamtarchi-

„Es geht vor allem darum, strategische und langfristige Architekturrichtlinien zu bestimmen.“

liegen beim Bund, welche beim Land und wo sind die Netzübergabepunkte, sodass sich eine Kommune nicht mehr damit befassen muss? Das betrifft beispielsweise die Einer-für-Alle-Dienste. Worum sich Kommunen allerdings weiter kümmern müssen, ist, wie sie ihre Fachverfahren an einen EfA-Dienst anschließen. Das alles lässt sich mithilfe einer Architektur darstellen, aus der sich Aufgaben ableiten. Und es hilft, auf kommunaler Ebene die Komplexität zu reduzieren und die Konzentration auf die wesentlichen Aufgaben zu richten.

Bei der strategischen Ausrichtung ist immer von Ist- und Soll-Architektur die Rede. Wie weit liegen die auseinander?

Das kommt auf die Betrachtungsweise an. Wir haben eine Infrastruktur, die funktioniert. Im Be-

richtlinien. Die strategischen Architekturrichtlinien befinden sich im finalen Review und werden vermutlich bis Mitte Juni veröffentlicht. Darüber hinaus beschäftigt sich ein Team mit der Parametrisierung von EfA-Diensten. Dabei geht es um die Fragen, wie bestimmte Besonderheiten in Ländern abgebildet werden können.

Was ist darunter zu verstehen?

Es kann sein, dass bei einem EfA-Dienst, der für ganz Deutschland ein Antragsverfahren abbildet, in den Ländern unterschiedliche Daten abgefragt werden. Ein Beispiel: Im Meldewesen hat Hamburg ein zusätzliches Datenfeld, dort muss nämlich der Beruf angegeben werden. Alle anderen Bundesländer verlangen das nicht. Wenn man nun einen Dienst in ganz Deutschland hat, über den man sich an- oder

tektur verfügbar haben, der Weg dorthin ist aber nicht allzu weit. Wenn man die Ziele konsequent umsetzt, wäre der Plattformansatz durchaus in fünf Jahren erreichbar. Sicher nicht abschließend, aber gute Grundlagen wären geschaffen.

Der NKR spricht sich auch für eine Digitalisierungsagentur mit mehreren hundert Mitarbeitern aus. Ist die FITKO stark genug aufgestellt?

Grundsätzlich begrüße ich den Ansatz des Normenkontrollrats, ob es allerdings ein paar hundert Mitarbeiter sein müssen, darüber lässt sich streiten. Im Bereich Architektur-Management haben wir bei der FITKO augenblicklich zwei Personen. Fakt ist also, dass wir, gemessen an den Aufgaben, tatsächlich unterbesetzt sind.

Interview: Helmut Merschmann

Passend interagieren

Ralf-Rainer Piesold

Ein anthropozentriertes E-Government zielt auf die optimale Gestaltung der Mensch-Maschine-Schnittstelle ab. Um die Bürgerfreundlichkeit digitaler Services zu erhöhen, werden etwa unterschiedliche Eigenschaften und Interessen der Nutzer berücksichtigt.

Drei Dimensionen gilt es bei der Entwicklung von E-Government-Systemen zu kombinieren. Das ist erstens die Verwaltung, in der zahlreiche Leistungen entwickelt und angeboten werden. Zweitens ist das der Bereich der Computertechnologie mit leistungsstärkeren und vielfältigeren Hard- und Software-Systemen. Dritte und wichtigste Dimension ist schließlich der Mensch, der als Bürger die Services der Verwaltung mittels IT-Techniken in Anspruch nimmt. E-Government stellt somit die Schnittstelle zwischen Mensch, Maschine und Verwaltung dar.

Bei der Optimierung von E-Government-Systemen sind alle drei Dimensionen zu beachten. Empfehlungen zur Steigerung der Effizienz in der Verwaltung wurden insbesondere durch das New Public Management und die darauf aufbauenden Reformvorschläge ausgesprochen. Optimierungsverfahren bezüglich der technischen Dimension Maschine/Computer, vor allem in Hinblick auf deren Programmierung, sind ebenfalls zahlreich vorhanden. Beispielhaft ist die Methode des Business Process Model and Notation (BPMN) zu nennen, bei der nach Visualisierung eines Prozesses der Workflow optimiert werden kann. Dieser kann nach



E-Government-Design: Attribute der Nutzer einbeziehen.

Effizienzkriterien, wie Kosten, Zeit oder Programmschritten untersucht, aber auch hinsichtlich der Ressourcen, Mitarbeiter oder Bürger analysiert werden. Da die dritte Dimension – der Mensch – schon einbezogen wird, kann der Frage nachgegangen werden, ob ein Programm nicht nur effizient, sondern auch effektiv gemessen am Ergebnis ist.

Sollen E-Government-Systeme bürgerfreundlich und nutzerorientiert gestaltet sein, wie es im Onlinezugangsgesetz (OZG) gefordert wird, muss die Mensch-Maschine-Interaktion optimiert werden, damit den Bürgern der Nutzen aus der digitalen Anwendung überhaupt ersichtlich wird. Genau darin liegt der Ansatz des anthropozentrierten E-Governments. Schon vor mehr als 50 Jahren haben Computerpioniere wie Doug Engelbart auf die Zweck-

mäßigkeit einer optimalen Gestaltung der Mensch-Maschine-Schnittstelle hingewiesen und wegweisende Vorschläge dazu gemacht, die mittlerweile selbstverständlich sind – etwa Maus oder Piktogramme. Auch die natürliche Spracheingabe oder KI-basierte Übersetzungsprogramme sind heutzutage keine Science Fiction mehr. Will man jedoch die Priorisierung der Nutzerorientierung bei E-Government-Systemen aufrechterhalten, wird man nicht umhinkommen, die Benutzer stärker zu analysieren. Der Stakeholder-Value-Ansatz bietet sich als geeignetes Mittel an. Denn mit ihm werden interne und externe Stakeholder definiert und deren unterschiedliche Eigenschaften und Interessen ermittelt. Am Beispiel der Stadt Frankfurt am Main lässt sich die Notwendigkeit leicht erläutern. Die größte Gruppe der externen Stakeholder sind hier die über

750.000 Einwohner, die aus über 100 Nationen stammen. Auch die mehr als 60.000 Unternehmen mit internationaler Ausprägung stellen eine große externe Stakeholder-Gruppe dar. Größte interne Stakeholder-Gruppe sind die circa 10.000 Mitarbeiter der Stadtverwaltung – diese ist in sich zwar etwas homogener zusammengesetzt, generell dürfte trotzdem ersichtlich sein, dass die meisten externen und internen Gruppen eher heterogen sind.

Ein anthropozentriertes Software-Design setzt hier an, da es sich mit Besonderheiten der menschlichen Kommunikation mit Computern beschäftigt. Der Forschungsbereich Mensch-Maschine-Interaktion oder Human Computer Interaction untersucht die unterschiedlichen Dimensionen innerhalb des Beziehungsgeflechts Mensch-Maschine. Zwar verfügen die meisten Menschen über die gleichen Sinne, kombinieren diese jedoch teilweise anders. Bei einer näheren Betrachtung der Mensch-Maschine-Interaktion wird man deshalb schnell auf Unterschiede stoßen.

Um diese genauer beschreiben zu können, werden bei einem anthropozentrierten Software-Design kognitionswissenschaftliche, psychologische oder soziologische Aspekte ebenso analysiert wie ethnologische und kulturalanthropologische. Relativ schnell als kultureller Unterschied wahrgenommen wird die Sprache. Auf die Interaktion zwischen Mensch und Computer haben aber zahlreiche weitere Faktoren Einfluss, weshalb die Reduktion auf die relativ leicht zu digitalisierenden audiovisuellen Sinne zu kurz greift. Für eine genauere Betrachtung sollten alle Sinne untersucht werden.

Auch Faktoren wie Zeit und Verbindlichkeit sind in das Kommunikationsverhalten einzubeziehen. Der Kulturalanthropologe Edward Hall hat ermittelt, dass mehr als 80 Prozent der Kommunikation nonverbal erfolgt. Stellt man etwa das Kommunikationsverhalten von Personen, die in Brasilien aufgewachsen sind, demjenigen von Personen aus Japan oder Korea gegenüber, werden erneut Unterschiede sichtbar.

Für ein anthropozentriertes Software-Design gibt es mehrere Verfahren. So hat die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) in ihrem Bericht Nr. 5/2020 ein Methodenpaket zur Entwicklung von E-Government-Prozessen vorgestellt. Das als Servicedesign bezeichnete Verfahren ähnelt dem etwas älteren Design Thinking, das die drei Dimensionen Team, Raum und Prozess näher betrachtet. Der Raum unterteilt sich dabei in einen Problem- und einen Lösungsraum. Die Dimension Team ist deshalb wichtig, da die Designentwicklung nur in Team-Arbeit gelöst werden kann, wobei die Teams aus Personen unterschiedlicher Disziplinen und Fachbereiche bestehen. Während im Problemraum die Schritte Verstehen, Beobachten und Synthese vollzogen werden, besteht der Lösungsraum aus Ideenfindung, Prototyping und Testen. Sowohl beim Design Thinking als auch beim Servicedesign wird dem Faktor Mensch eine hohe Aufmerksamkeit zugestanden.

Mittels so genannter Personas – idealtypischen Personen – werden etwa beim Servicedesign Attribute der Nutzer ermittelt und näher beschrieben. Das ist wesentlich einfacher als eine Analyse der Zielgrup-

pen durch herkömmliche Cluster-Analysen, in Form einer repräsentativen Teil- oder Vollerhebung. Die in Teams entwickelten Personas beschreiben eine überschaubare Anzahl eng abgegrenzter Benutzertypen für einen Prozess. Dabei werden neben Alter, Beruf, Geschlecht oder Familienstand auch kulturelle Unterschiede, wie Sprache, Religion oder Nationalität einbezogen. Der Unterschied zwischen der Definition von Zielgruppen und der Persona ist, dass es sich um einen fiktiven, repräsentativen Charakter einer Zielgruppe handelt.

Die Vielfalt einer Stakeholder-Gruppe wird so auf eine überschaubare Menge an potenziellen Nutzern reduziert. Am Beispiel des Prozesses „Gefährliche Hunde, Antrag auf Haltung“ lässt sich beispielhaft zeigen, dass nicht alle 750.000 Einwohner der Stadt Frankfurt am Main jemals einen solchen Antrag stellen werden.

Die Frage, ob kulturelle Unterschiede in der Mensch-Maschine-Interaktion bei der Entwicklung von E-Government-Systemen berücksichtigt werden sollten, bedarf noch der Klärung. Beantworten lässt sie sich, indem man untersucht, ob sich E-Government-Systeme in verschiedenen Ländern mit kulturellen Unterschieden unterschiedlich entwickelt haben. Unstrittig ist, dass nur E-Government-Systeme, die von den Nutzern akzeptiert werden, das Kriterium der Wirtschaftlichkeit erreichen. Denn nur diese sind effektiv und effizient zugleich.

Ralf-Rainer Piesold ist Stadtrat a. D. und Professor für Public Administration an der Frankfurt University of Applied Sciences.

BIM ist kein Hexenwerk

Noch ist das Thema Building Information Modeling (BIM) im kommunalen Bereich wenig verbreitet. Über die Vorteile des BIM-Modells für das kommunale Gebäude-Management sprach Kommune21 mit Stefan Beering und Marco Wojke von Axians Infoma.

Herr Beering, Herr Wojke, die Digitalisierung nimmt in allen Bereichen immer mehr Fahrt auf. Wie macht sich das im Gebäude-Management bemerkbar?

Stefan Beering: Die Bedeutung der Digitalisierung beim Liegenschafts- und Gebäude-Management nimmt zu. Es kommen beispielsweise mobile Anwendungen zum Einsatz, die es etwa dem Hausmeister oder Facility Manager erlauben, bestimmte Vorgänge per Smartphone oder Tablet anzustoßen. So fließen relevante Informationen viel schneller und zielgerichteter. Auch die elektronische Aktenführung setzt sich im Facility Management immer mehr durch. Über unsere Software für das kommunale Liegenschafts- und Gebäudemanagement können wir Dokumente direkt über eine Schnittstelle an ein Archivsystem übergeben. Gerade bei den Themen Betreiberverantwortung und Verkehrssicherheit einer Immobilie stellt eine solche automatische Dokumentation einen großen Pluspunkt dar. So kann man etwa im Rahmen von Nachweispflichten sehr schnell auf die Dokumente zugreifen. Und natürlich ist in unserem Verfahren die elektronische Rechnungsstellung integriert.

Marco Wojke: Man muss hinzufügen, dass die Digitalisierung auch im



Stefan Beering

Gebäudebereich mit den Menschen steht und fällt. Wenn man einen innovativen Hausmeister hat, geht es schneller voran. Aber nicht alle laufen mit Tablet oder Smartphone herum, einige arbeiten lieber noch traditionell mit Papier und Stift.

Ein kommendes Thema ist Building Information Modeling, kurz BIM. Was versteht man darunter?

Wojke: Meist denkt man bei BIM an dreidimensionale Modelle von Gebäuden. Aber es geht um mehr, nämlich eine Methodik zur digitalen, vernetzten und kollaborativen Planung und Konstruktion sowie Bewirtschaftung von Gebäuden. Hierbei werden alle relevanten Bauwerksdaten digital erfasst, modelliert und kombiniert. Als Ergebnis erhält man ein BIM-Modell, also



Marco Wojke

quasi einen digitalen Zwilling des Gebäudes. In einer Datenbank sind alle wesentlichen Informationen hinterlegt, die 3D-Daten sind dabei nur ein Teil des Ganzen. Technische Basis ist eine cloudbasierte Kollaborationsplattform. Das BIM-Modell bildet so eine gemeinsame Wissensbasis für Architekten, Tragwerksplaner, Handwerker und die Betreiber. So können alle Prozesse laufend über den gesamten Lebenszyklus eines Gebäudes hinweg geführt werden – von Konzeption, Planung und Bau über den Betrieb bis hin zu Renovierung oder Abriss.

Wie sieht es mit Bestandsgebäuden aus, kann auch hier ein digitaler Zwilling erstellt werden?

Wojke: Die Möglichkeiten, ein Bestandsgebäude in ein BIM-Modell

zu überführen, haben sich in den vergangenen Jahren rasant weiterentwickelt. Spezialisierte Firmen können komplette Gebäude mit Lasertechnik vermessen. So können mehrgeschossige Immobilien im laufenden Betrieb in wenigen Tagen digitalisiert werden. Aus diesen Daten lassen sich dann 3D-Modelle berechnen. Damit ist die Basis für das BIM-Modell gelegt, das nun mit weiteren Daten angereichert werden kann.

Axians Infoma hat sich des Themas bereits angenommen und im Fachverfahren für das Liegenschafts- und Gebäude-

ist möglich. Über die BIM-Schnittstelle können auch das gesamte Gebäude, die einzelnen Räume sowie technische Anlagen in einem 3D-Modell visualisiert werden. Mit unserem browserbasierten Modern Client kann das Modell vor Ort verwendet werden. Man hat also den digitalen Zwilling immer dabei.

Welche Herausforderungen gibt es beim Einsatz von BIM im kommunalen Liegenschafts- und Gebäude-Management?

Wojke: Eine Herausforderung ist, dass die Kommunen über sehr viele

Beering: In unserer Lösung für das Liegenschafts- und Gebäudemanagement gibt es das Modul Energiemanagement. Damit können wir die energetische Situation eines Gebäudes transparent und den CO₂-Fußabdruck sichtbar machen. Aufbauend auf diesen Informationen können dann energetische Verbesserungen geplant und umgesetzt werden.

Wie schätzen Sie Entwicklung und Chancen von Building Information Modeling in Verbindung mit dem kommunalen Liegenschafts- und Gebäude-Management ein?

„Das Thema BIM sollte Teil der Digitalisierungsstrategie jeder Kommune sein.“

management eine Schnittstelle zum Building Information Modeling entwickelt. Wie wird die Lösung dadurch ergänzt?

Beering: In unserem CAFM-Verfahren (Computer Aided Facility Management) bilden wir die klassischen drei Säulen ab, also das technische, infrastrukturelle und kaufmännische Gebäude-Management. Für bestimmte Prozesse, beispielsweise das Reinigungsmanagement, benötigen wir detaillierte Daten. Die Frage lautet nun, wie die Informationen in das System gelangen. Mit der Schnittstelle können wir die Daten aus dem BIM-Modell in unser Verfahren übernehmen. Ein anderes Beispiel: Im Rahmen der Betreiberverantwortung müssen wir Wartungen und Planungen dokumentieren. Auch diese Informationen werden aus dem BIM-Modell eingelesen, die entsprechenden Prozesse laufen dann in unserem CAFM-System ab. Aber nicht nur die Datenübernahme

Bestandsgebäude verfügen. Neubauprojekte, bei denen Building Information Modeling ein Thema ist, kommen nicht so häufig vor. Entsprechende Modelle sind im kommunalen Bereich deshalb bislang nicht flächendeckend verfügbar. Und es gibt einen großen Informationsbedarf, denn die Vorteile der BIM-Methode haben sich noch nicht überall herumgesprochen. Das gilt übrigens auch für die Baubranche, wo ebenfalls viel Halbwissen vorhanden ist. Fehlende IT- und Prozesskenntnisse sind ja generell der Grund dafür, dass die Digitalisierung im öffentlichen Sektor nur langsam vorankommt. Ich bin der Überzeugung, dass das Thema BIM Teil der Digitalisierungsstrategie jeder Kommune sein sollte.

Beim Klimaschutz spielen die Gebäude eine wichtige Rolle. Wie kann ein CAFM-System mit BIM-Anbindung zu einem CO₂-neutralen Gebäudebestand beitragen?

Beering: Wir sind fest davon überzeugt, dass sich Building Information Modeling in den Kommunen durchsetzen wird, weil die Vorteile extrem groß sind. Verwaltungen sind ja nicht immer Vorreiter bei neuen Technologien, aber es wird sich zeigen, dass die Hürden gar nicht so groß sind. BIM ist kein Hexenwerk, es ist sogar relativ einfach umsetzbar.

Wojke: Der Digitalisierungsdruck in den Kommunen ist gestiegen. Im Zuge der Corona-Pandemie hat sich ja deutlich gezeigt, welche Vorteile beispielsweise digitale Baubesprechungen bieten, bei denen jeder Zugriff auf die aktuellen Daten hat. Wenn diese Vorteile für die Städte greifbar werden, kommt ein richtiger Schub. Denn über die theoretische Großartigkeit eines BIM-Modells gibt es keine zwei Meinungen.

Interview: Alexander Schaeff

Vollständig integriert

Wolfgang Müller

Deutliche Zeitersparnis durch einen vollständig integrierten Sitzungsdienst – davon profitiert die Stadt Bruchsal, seit sie auf die digitale Gremienarbeit umgestellt hat. Die Kommune setzt auf medienbruchfreie Prozesse und vermeidet Insellösungen.

Mit einer vollintegrierten Kombination aus Dokumenten-Management-System (DMS), Sitzungsdienst und Ratsinformationssystem (RIS) arbeitet die Verwaltung der Stadt Bruchsal. Dadurch vermeidet die baden-württembergische Kommune Insellösungen und setzt auf medienbruchfreie Geschäftsprozesse – ein Gewinn für alle Beteiligten.

Bruchsal ist die größte Stadt des Landkreises Karlsruhe und ein Mittelzentrum für die umliegenden Gemeinden. Wie alle Städte und Gemeinden muss sich auch Bruchsal den Anforderungen der Digitalisierung stellen. Im Rahmen des Kulturwandels wurde bereits vor einigen Jahren die Dokumenten-Management-Lösung regisafe eingeführt, um analoge Verfahren durch digitale Prozesse zu ersetzen. Vor allem das Hauptamt sowie das Personal- und Organisationsamt haben sich rasch in die neue Anwendung eingearbeitet und konnten spürbare Effizienzvorteile nutzen.

Sukzessive zogen weitere Abteilungen nach, sodass das DMS schließlich in der gesamten Verwaltung ausgerollt wurde. In puncto Digitalisierung hatte Bruchsal damit ein solides Fundament für den weiteren Ausbau gelegt. Der in der



Bruchsal kombiniert DMS, Sitzungsdienst und RIS.

Verwaltung eingesetzte Sitzungsdienst samt dem daran angeschlossenen Ratsinformationssystem war zunächst nicht in das DMS integriert. Im Zuge der kontinuierlichen Sitzungsverwaltung zeigten sich im Laufe der Zeit aber die Herausforderungen, welche die Arbeit in unterschiedlichen Systemen mit sich bringt.

Die Kopplung beider Lösungen war technisch anspruchsvoll und führte zu komplexen Anwendungsstrukturen. Denn die Bearbeitung sitzungsrelevanter Vorgänge erforderte Arbeitsschritte in beiden Systemen mit jeweils unterschiedlich aufgebauten Oberflächen und war aus Anwendersicht mit einem entsprechenden Mehraufwand verbun-

den. Auch auf die Datenpflege hatte die doppelte Bedienung Auswirkungen: Adressdaten, Updates und Berechtigungen wurden jeweils in beiden Systemen verwaltet und bei Änderungen entsprechend aktualisiert. Gleiches galt für die erforderlichen Datensicherungen. Entsprechend groß war der zeitliche Aufwand. Zudem verhinderten die technischen Rahmenbedingungen eine vollständig elektronische Aktenführung im DMS, da Sitzungsunterlagen im Sitzungsdienst verblieben.

So reifte der Entschluss, einen integrierten Ansatz zu etablieren. Mit der Einführung des Sitzungsdienstes des DMS-Anbieters comundus regisafe gelang die Ergänzung des bestehenden Systems: Das

direkt an den regisafe-Sitzungsdienst angebundene RIS ermöglicht die digitale Gremienarbeit und stellt den Gemeinderäten alle benötigten Dokumente sowie sitzungsrelevante Unterlagen online zur Verfügung – ein wichtiger Baustein des integrierten Gesamtkonzepts, das medienbruchfreie Geschäftsprozesse ermöglicht.

Alle Bruchsaler Ämter profitieren heute von den Synergien der Kombination aus DMS, integriertem Sitzungsdienst und dem direkt daran angeschlossenen Ratsinformationssystem. Ein Mehrwert dieser Lösung ist, dass die digitalen Funktionen des DMS vollständig im Sitzungsdienst zur Verfügung stehen. Personen, Gremien und Sitzungen werden nur einmal – im Sitzungsdienst des DMS – angelegt und direkt ins Ratsinformationssystem übernommen. Das mehrstufige Sicherheitskonzept des DMS und die

damit verbundene rechtskonforme Ablage sind für alle sitzungsrelevanten Vorgänge verfügbar.

Große Vorteile ergeben sich außerdem in zeitlicher Hinsicht und bezüglich der Aktenvollständigkeit. Davon profitieren sowohl die Geschäftsstelle als auch die einzelnen Ämter. Die Geschäftsstelle dient als zentraler Anlaufpunkt und hat damit eine Schlüsselfunktion innerhalb der Verwaltung inne. In der Fachakte erstellte Sitzungsvorlagen gelangen in Bruchsal nun automatisch via Workflow zur Geschäftsstelle und die entsprechenden Beschlüsse fließen durch den regisafe-Sitzungsdienst direkt in die richtige Akte zurück – ohne langes Suchen oder händisches Verschieben der Dokumente.

Die Akten sind damit stets vollständig und auf dem aktuellen Stand. Ein Zeitgewinn ergibt sich auch, wenn Tagesordnungen für bevorstehende Sitzungen erstellt, Einladungen verschickt oder sachbezogene Beschlüsse dokumentiert werden müssen. Aus den einzelnen

Beschlüssen lässt sich rasch die erforderliche Gesamtniederschrift generieren. Andrea Holler, Mitarbeiterin der Geschäftsstelle Gemeinderat/Ortschaftsräte bei der Stadt Bruchsal freut sich über die beschleunigten Abläufe: „Bei den Ausfertigungen ergibt sich eine Zeitersparnis von 50 Prozent und somit eine große Entlastung für die zuständigen Kollegen und Kolleginnen.“

Ein weiterer Pluspunkt ist das ganzheitliche Erscheinungsbild. Optisch fügt sich das Ratsinformationssystem in den Online-Auftritt der Stadt ein, da das Design an das Erscheinungsbild des Bruchsaler Internet-Auftritts angepasst wurde. Die zusätzlich eingesetzte App des Ratsinformationssystems ermöglicht den Mitgliedern des Gemeinderats zudem ein mobiles Arbeiten – das stellt nicht zuletzt während der Corona-Pandemie eine sinnvolle Unterstützung dar.

Wolfgang Müller ist Fachbereichsleiter Bürger, Steuerung und Innere Verwaltung bei der Stadt Bruchsal.

Link-Tipp

Zum RIS-Portal der Stadt Bruchsal:

- <https://bruchsal.ris-portal.de>

Anzeige



Gestern: Kopfstand...

Moderner tagen

Claudia v. d. Brüggen

Der Bürgermeister der Gemeinde Prutting im Landkreis Rosenheim hat große Pläne. Dazu gehört die konsequente Digitalisierung der Verwaltung inklusive eines komplett digitalisierten Ratsinformationssystems.

Zwischen 1988 und 2019 hat sich die Einwohnerzahl der oberbayerischen Gemeinde Prutting im Kreis Rosenheim auf knapp 3.000 verdoppelt. Und der Trend ist ungebrochen. Doch der Bevölkerungszuwachs hat seinen Preis. „Wir stellen allmählich fest, dass vom Kindergarten über den Friedhof bis hin zur Schule alles zu klein wird“, erklärt Bürgermeister Johannes Thusbaß.



Die Ratsmitglieder der Gemeinde Prutting arbeiten mit digitalen Unterlagen.

Der 32-Jährige ist seit dem Jahr 2020 im Amt und hat große Pläne: noch mehr wachsen, die Infrastruktur und den öffentlichen Nahverkehr ausbauen, ein Seniorenheim realisieren und nicht zuletzt die Verwaltung digitalisieren. „Dazu müssen wir aber viele thematische Baustellen aus der Vergangenheit beseitigen und die hohen Schulden abbauen“, sagt er. Dafür braucht Thusbaß sowohl die Unterstützung der Bevölkerung als auch die der Ratsmitglieder, die mit ihm die Entscheidungen tragen. Alle drei Wochen treffen sie sich im Dorfstadl, manchmal auch öfter, wenn es Sondersitzungen gibt. Drei oder mehr Stunden pro Sitzung sind keine Ausnahme.

Die Ratssitzungen finden auf Wunsch der Beteiligten ausschließlich als Präsenzveranstaltungen

statt. Dafür verlaufen Vorbereitung und Dokumentation vollumfänglich digital. „In meinem vorherigen Job in der Versicherung haben wir komplett papierlos gearbeitet. Das wollte ich auch für unsere Gemeindearbeit einführen“, berichtet der Bürgermeister. Dank der Sitzungsmanagement-Lösung Session und der App Mandatos von Anbieter Somacos, welche die AKDB-Tochter digitalfabriX in Prutting implementiert hat, sparen die Ratsmitglieder nicht nur Papier, sondern können schneller fundierte Entscheidungen treffen.

Zwei Wochen vor der Ratssitzung werden die Tagesordnungspunkte in die Gremien-Software Session eingegeben und die Einladungen per E-Mail an die Ratsmitglieder verschickt. Spätestens eine Woche

vor der Sitzung müssen sämtliche Unterlagen ebenfalls hochgeladen werden. „Das sind zwischen 50 und 70 Dokumente, etwa Planwerk oder alte Beschlüsse sowie Briefe von Bürgern. Dank der Vorlagenerstellung in Session kann ich Deckblätter anfertigen. Dann erkennt jedes Ratsmitglied schon am Deckblatt, ob das Dokument für sie oder ihn interessant ist“, erklärt Thusbaß.

Vor der Sitzung laden die Gremienmitglieder die Unterlagen herunter. „Sie arbeiten mit der Mandatos-App. Dadurch haben sie einen einfachen Zugang zu den stets aktuellen, sitzungsbezogenen Dokumenten. Und zwar an jedem Ort – auch offline“, informiert der Pruttinger Bürgermeister. „Ob auf dem Handy oder auf dem Tablet: Die Ratsmitglieder können die Unterlagen öffnen, mit

dem Apple Pencil markieren oder kommentieren. So zu arbeiten macht einfach Spaß.“ Die Digitalisierung der Gremienarbeit bietet eine zusätzliche Sicherheit: Jeder, der ein Dokument öffnet, wird vom System registriert. Außerdem ist es möglich, das Ausdrucken zu unterbinden, damit vertrauliche Dokumente nicht in Umlauf gebracht werden.

Auch die Sitzungen selbst verlaufen ganz ohne Papier. Johannes Thusbaß bringt nur ein Tablet mit. Kein Schleppen von Ordnern, kein Blättern und Wälzen von Papierakten mehr. Er koppelt sein Tablet an einen Beamer und kann damit die gesamte Sitzung so moderieren und Dokumente für alle sichtbar machen. „Auch die Entscheidungsfindung geht so schneller“, findet der Bürgermeister. „Die Ratsmitglieder haben im Vorfeld deutlich mehr Informationen, inklusive der Stellungnahme des jeweiligen Amtes zu den einzelnen Themen, die besprochen werden.“

Als Nebeneffekt ist der Papierverbrauch dramatisch gesunken. „Ich

habe mal gezählt, wie viel Blatt Papier wir in den vergangenen sechs Jahren allein bei Gremiensitzungen produziert haben – es waren über 100.000. Das alles fällt weg“, freut sich Thusbaß. Seit Anfang Februar dieses Jahres benutzt die Gemeindeverwaltung außerdem das Dokumenten-Management-System komXwork und die E-Akte. Durch die Digitalisierung verbraucht die gesamte Verwaltung 28 Prozent weniger Papier als früher.

Die Digitalisierungsvorhaben des Bürgermeisters gehen aber noch weiter. Cloud-Telefonie, E-Rechnung und Microsoft Teams für Videokonferenzen wurden im vergangenen Jahr eingeführt. „Alle Mitarbeiter können in der Corona-Pandemie aus dem Homeoffice heraus arbeiten, jeder ist mit einem Laptop ausgestattet worden. Die Bauverwaltung arbeitet mit Tablets, auf denen Daten aus dem Geo-Informationssystem visualisiert werden“, berichtet Thusbaß. Auch der Winterdienst profitiert mittlerweile von digitalen Tools. „Dank einer App, die GPS-Koordinaten erfasst, kann

der Bauhof nachverfolgen, welches Schneeräumfahrzeug unterwegs ist, welche Straße bereits geräumt wurde und wie viel Salz auf welcher Breite ausgebracht wurde. Nichts braucht mehr händisch auf Papier dokumentiert werden. Es ist alles digital abgespeichert.“

Der junge Bürgermeister fährt fort: „Ich möchte in Zukunft das Einwohnermeldeamt vollkommen digitalisieren. Das Bürgerbüro soll dann zunächst mobil werden. Am Montag könnte es im Rathaus sein, am Dienstag dagegen im Seniorenzentrum und so weiter. Vor Ort möchten wir den Bürgern zeigen, wie man sich ins Bürgerservice-Portal einloggt und die Online-Dienste nutzt. Wir wollen die Älteren dabei nicht allein lassen.“ Noch gibt es kein solches Bürgerservice-Portal, das soll sich allerdings bald ändern. „Sobald ich die Förderung ‚digitales Rathaus‘ vom Freistaat bewilligt bekomme, geht es los“, erklärt Thusbaß.

Claudia v. d. Brüggen arbeitet im Marketing der AKDB.

Anzeige



TeVIS [suite]

Kommunix
Software für Kommunen

Heute: Besucherleitsystem!

Besser informiert

Nadja Müller

Um Sitzungen papierlos abzuhalten und Abläufe reibungslos und strukturiert zu gestalten, hat die Verbandsgemeinde Bad Hönningen ein digitales Sitzungsmanagement eingeführt. Die Kommune spart damit Zeit und Ressourcen.

Die Digitalisierung von Rats- und Ausschusssitzungen ist in den Kommunen ein großes Thema. In Rheinland-Pfalz setzen deshalb mehrere Gemeinden auf more! rubin, das digitale Sitzungsmanagement mit Rats- und Bürgerinformationssystem von Anbieter more! software. Damit können alle Arbeiten von der Vor- bis zur Nachbereitung der Zusammenkünfte vereinfacht und gleichzeitig der Informationsfluss breit gestreut werden. Die Kommunen sparen Zeit und Ressourcen, die Bürger profitieren von einem besseren Service.

Die Verbandsgemeinde Bad Hönningen im Naturpark Rhein-Westerwald hat über 12.000 Einwohner. Zu ihr gehören die Stadt Bad Hönningen sowie die Gemeinden Hammerstein, Leutesdorf und Rheinbrohl. Die Angelegenheiten der Verbandsgemeinde, der Gemeinden sowie des zugehörigen Kindergartenverbands werden in mehreren Rats- und Ausschusssitzungen im Monat besprochen und beschlossen. Seit dem Jahr 2020 hat die Verbandsgemeindeverwaltung dafür das Rats- und Bürgerinformationssystem more! rubin im Einsatz.

Zuvor nutzte die Kommune kein professionelles Sitzungsmanage-



Papierstapel gehören in der VG Bad Hönningen der Vergangenheit an.

ment-System. Die für die Sitzungen von Rat und Ausschüssen notwendigen Dokumente wurden von den zuständigen Fachabteilungen auf Papier gefertigt und über die Hauspost zum Sitzungsdienst gegeben. Alle Ratsmitglieder erhielten die Unterlagen ebenfalls in Papierform.

Bad Hönningen wollte nun die Vor- und Nachbereitung der Sitzungen neu gestalten. Die Nachbargemeinden, mit denen ein steter Austausch besteht, setzten bereits ein Tool für das Sitzungsmanagement ein – sie konnten von guten Erfahrungen mit der Software more! rubin berichten und die Lö-

sung weiterempfehlen. Die Bestellung der Software in der VG Bad Hönningen erfolgte im Oktober 2019, die Implementierung war Anfang Januar 2020 abgeschlossen. Gemeinsam mit dem Hersteller wurden das Layout des Ratsinformationssystems festgelegt, die gewünschten Textbausteine erstellt und die generelle Sitzungsdienst-Software inklusive der gewünschten Zusatzmodule installiert.

Dem schlossen sich Schulungen für die Mitarbeiter in Funktionen wie Stammdatenpflege, Hauptprogramm und Ratsinfo an. Die erste Schulung im März 2020 musste

aufgrund der Corona-Pandemie ausfallen und wurde im Mai 2020 im Online-Format nachgeholt. Gruppen mit zehn Personen wurden jeweils gemeinsam in das neue System eingeführt. „Das hat sehr gut funktioniert“, erinnert sich Matthias Braasch, bei der Verbandsgemeinde Bad Hönningen Verantwortlicher für den Sitzungsdienst. Durch die kleine Gruppengröße hatte jeder Mitarbeiter die Möglichkeit, Fragen zu stellen.

Nach umfänglichen Vorbereitungen wurde das Tool bis Mitte des vergangenen Jahres vollständig eingerichtet. Nach der Sommerpause fiel auch der Startschuss in den Gremien. „Mit unserem Zeitplan sind wir sehr gut gefahren. Wir haben uns genügend Zeit für die Einrichtung, die Mitarbeiterschulungen und die Kommunikation in den Räten genommen und das ganze Projekt breit aufgestellt. Das Tool ist sehr gut angelaufen“, berichtet Braasch weiter.

Ziel der Verbandsgemeindeverwaltung war es, die Sitzungen möglichst papierlos und die Abläufe noch reibungsloser und strukturierter zu gestalten. Von der Sachbearbeiterin oder dem Sachbearbeiter über das Ratsmitglied bis hin zu den Bürgerinnen und Bürgern sollten die Informationen bestmöglich fließen.

Das Prozedere beginnt auf der Sachbearbeiter-Ebene, wo Beschlussvorlagen für eine Sitzung des Rats oder Ausschusses erarbeitet werden. Die Vorlagen beinhalten eine Problembeschreibung und Anlagen wie zum Beispiel Pläne mit Zahlen, Daten und Fakten. Die Unterlagen gelangen über die Abtei-

lungs- und Verwaltungsleitung zum Sitzungsdienst. Dieser trägt alle notwendigen Informationen zusammen, bereitet die Sitzungen vor und versendet schließlich alle Unterlagen an die Mitglieder der tagenden Gremien und betroffenen Stellen. Darüber hinaus werden alle Sitzungsunterlagen auf die Plattform more! rubin hochgeladen. Dort loggen sich die Ratsmitglieder über ihre privaten Endgeräte – Handy, Tablet oder Laptop – ein und haben Zugriff auf alle relevanten Informationen. Die Räte müssen keine Papierunterlagen mehr mit sich herumtragen und es bleiben auch keine Informationen auf der Strecke. Alles läuft digital.

„In den Fachbereichen der Verbandsgemeinde nutzen zwölf Sachbearbeiter das Tool, außerdem die fünf Protokollführer der Sitzungen und rund 150 Mandatsträger“, fasst Braasch zusammen. „Dazu kommen die Bürgerinnen und Bürger, die sich über die Plattform einfach online und ohne einen Registrierungsvorgang über Sitzungseinladungen und -niederschriften informieren können.“ Ausschuss- und Ratsmitgliedern steht im geschützten Bereich ein erweiterter Zugriff, zum Beispiel auf nicht öffentliche Inhalte, zur Verfügung.

Die Verwaltung ist mit der Software more! rubin sehr zufrieden. Ihre Bedienbarkeit wird als einfach, strukturiert und übersichtlich eingeschätzt. Vor der Einführung des digitalen Sitzungsmanagements nutzten die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter in den Ämtern in erster Linie die Office-Anwendung Microsoft Word, um die Vorlagen für die Sitzungen zusammenzustellen. Heute vereinfachen in

more! rubin hinterlegte Eingabefelder und zahlreiche Textbausteine die Arbeit. Auch die neue Stammdatenpflege spart Zeit und Ressourcen, weil alle notwendigen Daten zu Rats- und Verwaltungsmitgliedern stets im System hinterlegt sind und einfach geändert werden können. Durch die Umstellung konnte die Beschaffungsstelle von Bad Hönningen im zweiten Halbjahr 2020 100.000 Blatt Papier sparen.

Insgesamt ist das Sitzungsmanagement- und Ratsinformationssystem more! rubin als zeitgemäßes Tool eine große Unterstützung für die Verbandsgemeinde. Es erleichtert Sachbearbeitern und Sitzungsdienst bei der Vor- und Nachbereitung der Sitzungen die Arbeit, spart Zeit, Papier und Versandkosten. Gleichzeitig haben Ratsmitglieder sowie Bürgerinnen und Bürger leichten Zugriff auf alle relevanten Sitzungsinformationen. Die digitale Gremienarbeit beschleunigt sowohl die Informationsverbreitung als auch die Verarbeitungsgeschwindigkeit und verbessert somit den Service im Gesamten.

Nadja Müller ist IT-Journalistin in Weinheim.

Profil

● **Verbandsgemeinde**
Bad Hönningen

Bundesland:
Rheinland-Pfalz

Landkreis:
Neuwied

Einwohnerzahl:
12.500

Bürgermeister:
Jan Ermtraud (parteilos)

Web-Präsenz:
www.bad-hoenningen.de



Das Projekt: Auf die Lösung more! Rubin wurde die VG Bad Hönningen durch deren Einsatz in den Nachbarkommunen aufmerksam. Vor der Bestellung informierte sich die Verbandsgemeinde direkt vor Ort beim Hersteller more! software in Montabaur.

Volldigital und effizient

Jessica Lux

Eine outgesourcte IT-Infrastruktur und der Ausbau von digitalen Prozessen und Services – diese Rahmenbedingungen machten für die Stadt Taunusstein einen Wechsel auf die neue Version ihres Ratsinformationssystems erforderlich.

Nach 19 Jahren Arbeit mit dem Ratsinformationssystem ALLRIS 3 hat sich die Stadt Taunusstein in Hessen entschieden, auf den Nachfolger ALLRIS 4 und somit eine modernere und leistungsfähigere Plattform umzusteigen. Im Rahmen des Digitalisierungsprozesses wurden die Server der Stadt Ende vergangenen Jahres ausgelagert. Spätestens zu diesem Zeitpunkt musste das Ratsinformationssystem (RIS) über den externen Server bei Software-Anbieter CC e-gov laufen.

Ziel war der Aufbau einer modernen Plattform im Hosting-Verfahren, die dem Anforderungsprofil einer modernen Gremien- und Verwaltungsarbeit Rechnung trägt. Dazu gehört unter anderem eine volldigitalisierte Gremienarbeit im Konzern Stadt Taunusstein mit und in einem modernen System, das umfassende Informationen – auch historischer Art – bereitstellt, auf welche die Nutzer zu jedem Zeitpunkt von überall aus Zugriff haben.

Wichtig sind außerdem einheitliche Daten. Der gesamte Stadtkonzern arbeitet in nur einem System. So ist es nicht nötig, auf mehrere Lösungen zuzugreifen, um einen aktuellen Überblick zu bekommen

oder Aktionen durchzuführen. Damit lässt sich das Risiko des parallelen und ineffizienten Arbeitens reduzieren. Hinzu kommt eine zentrale Datenhaltung für alle Gremien und Beteiligungen. Die Verfügbarkeit der Informationen an nur einer Stelle spart Speicherplatz und damit Kosten. Des Weiteren entfällt in der Regel die mehrfache Pflege von Daten, wenn sie neu angelegt, geändert oder gelöscht werden. Das senkt die Fehleranfälligkeit und führt zu einer höheren Datenkonsistenz.

Im neuen System der Stadt Taunusstein ist für Politik und Bürger zeitnah und in einem System ersichtlich, welche Sitzungen stattfinden und welche Themen aktuell in Bearbeitung sind. Auch gegenseitige Abhängigkeiten werden transparenter dargestellt. Ein weiteres Argument für die Umstellung auf ein modernes RIS ist die Kostenersparnis. Abhängig von der eingesetzten Software können Wartungs- und Lizenzkosten reduziert werden, da diese nur für ein System statt für mehrere anfallen. Aus demselben Grund sind bei einer integrierten Lösung niedrigere Anpassungs- und Upgrade-Kosten zu erwarten, als wenn eine große Zahl an Insellösungen nebeneinander betrieben wird.

Seit dem Jahr 2001 haben Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit in Taunusstein gute Erfahrungen mit dem Ratsinformationssystem ALLRIS gesammelt. Vor dem Wechsel hat die Verwaltung ihre Erwartungshaltung mit den Möglichkeiten und Funktionen von ALLRIS 4 abgeglichen. Seit 2013 sind die Mandatsträger mit Tablets ausgestattet, was die Akzeptanz und Verwendung von ALLRIS weiter gesteigert hat.

In ausführlichen Gesprächen mit CC-e-gov wurde ein Ablaufplan für die Umstellung auf die neueste Version entwickelt. Zentraler Bestandteil war die frühzeitige Einbindung der Gremienmitglieder und der Sachbearbeiter, um Vorbehalte gegenüber dem neuen System abzubauen und eine reibungslose Migration zu ermöglichen. Bereits im Sommer 2020 sollten die Gremienmitglieder mit der neuen Version eingeladen und alle Sachbearbeiter geschult sein. Die Corona-Pandemie hat diesen Plan durchkreuzt. Das Projekt musste zunächst gestoppt werden, um in der dynamischen Anfangsphase der Pandemie einen Überblick zu bekommen.

Die Auslagerung der Server zum Jahresende und die Kommunalwahl im März 2021 ließen sich allerdings



Digitale Schulung zum neuen Ratsinformationssystem in Taunusstein.

nicht verschieben. Schnell war klar, dass die Migration sowie die Schulungen komplett digital ablaufen mussten. Der Roll-out-Plan wurde in enger Zusammenarbeit mit CC-e-Gov angepasst, was dank der vorhandenen technischen Ausstattung, der digitalen Kompetenz vor Ort und dem Engagement aller Beteiligten gelang. Dennoch war der neue Zeitplan knapp bemessen und mit vielen Unsicherheiten behaftet. Mit dem Start der Umsetzung des Projekts im Oktober 2020 sollte ALLRIS 4 bis zum Jahreswechsel einsatzbereit sein. Die Projektphasen wurden in engmaschige Terminabschnitte unterteilt und eingehalten. Trotz einiger Hindernisse, wie sie wahrscheinlich in fast jedem Umstellungsprojekt auftauchen, gelang die Migration rechtzeitig mit der Server-Auslagerung zum Jahresende 2020.

Nach umfassenden digitalen Schulungen des Gremienbüros und der Mitarbeiter läuft das neue System seit Anfang Januar dieses Jahres. Es gibt viele positive Rückmel-

dungen seitens der Mitarbeiter und der Mandatsträger. Die Plattform ist übersichtlich und auf ein digitales und vor allem mobiles Arbeiten optimiert. Grundsätzliche Funktionen, wie beispielsweise die Abrechnung des Sitzungsgeldes, sind ähnlich geblieben.

Viele Prozesse gehen nun effizienter vonstatten: Die Vor- und Nachbereitung von Sitzungen und Vorgängen ist schneller möglich, viele Workflows laufen ohne digitale Brüche ab. Beispielsweise können Mandatsträger direkt aus dem System eingeladen werden, die Politik erhält mit einer E-Mail den Link zur Tagesordnung. Das spart nicht nur Zeit, sondern auch Papier. Außerdem können in ALLRIS 4 komplette Workflows digital abgebildet werden. Diese sind wesentlich übersichtlicher als in der Vorgängerversion. So ist beispielsweise die Abstimmung der Tagesordnung mit dem Vorsitz deutlich einfacher: Der notwendige Link wird aus dem Programm versendet und der oder die Vorsitzende gelangt im System di-

rekt auf die Tagesordnung. Die vorher notwendige Erstellung von Word- und PDF-Dateien und der Versand per E-Mail entfallen. Auch die finale Freigabe durch den Bürgermeister ist dank des komplett digitalen Workflows ortsunabhängig möglich. So können die Drucksachen bei Bedarf von unterwegs aus über die App freigegeben werden.

Ermöglicht wird dies insbesondere durch eine dezidierte Rechtevergabe. Einzelne Zugriffsrechte können passgenau den jeweiligen Sachbearbeitern zugewiesen werden, sodass Zuständigkeiten und Verantwortungen klar geregelt sind. Aber nicht nur die vorbereitenden Arbeiten funktionieren mit ALLRIS 4 reibungslos – auch die Beschlussverfolgung lässt sich künftig vollständig digital abbilden: Arbeitsaufträge, Anträge oder Anfragen gehen nach dem Protokoll automatisch ins Haus zur Bearbeitung. Für das Gremienbüro ist zudem jederzeit ersichtlich, auf welchem Stand die Bearbeitung ist. Anträge, die wegen Krankheit oder aus anderen Gründen unentdeckt liegen bleiben, kann es somit nicht mehr geben.

Insgesamt war die Umstellung auf ALLRIS 4 während der Pandemie eine Herausforderung, die sich gelohnt hat. Das neue System bildet jetzt viele Prozesse einheitlich digital ab, die zuvor mit unterschiedlichen Programmen oder Papier verbunden waren. Taunusstein ist damit einen weiteren großen Schritt in Richtung einer Volldigitalisierung der Gremienarbeit gegangen.

Jessica Lux arbeitet in der Abteilung Verwaltungssteuerung und ist Projektleiterin der Umstellung auf ALLRIS 4 bei der Stadt Taunusstein.

Nachhaltig denken

Benedikt Lorsch/Melanie Gegenheimer

Mit digitaler Gremienarbeit baut die Gemeinde Straubenhardt in Baden-Württemberg ihre Rolle als zukunftsorientierte und nachhaltige Kommune weiter aus.

Mit dem Umstieg auf einen digitalen Sitzungsdienst spart die baden-württembergische Gemeinde Straubenhardt im Nordschwarzwald wichtige Ressourcen ein. Gleichzeitig baut sie ihren Ruf als nachhaltige, zukunftsorientierte Kommune aus. Das passt gut in die Region: Der Schwarzwald steht für handwerkliches Können und Innovationen. Dort haben deshalb viele mittelständische Unternehmen und international agierende Konzerne ein Zuhause gefunden. Daneben ist die Region Vorreiter der Nachhaltigkeit. Denn was Raubbau an der Natur anrichten kann, haben die Schwarzwälder im Mittelalter erlebt. Damals nutzten Siedler Holz als Baumaterial und rodeten fast den gesamten Wald. Das ist glücklicherweise lange her. Wo früher Holz verbrannt wurde, stehen heute Windkraftanlagen – und Straubenhardt beweist obendrein, dass eine moderne Verwaltung ohne Papierstapel, Aktenberge oder endlose Archive funktioniert.

Die Kommune verknüpft dabei nachhaltiges Denken mit digitalen Lösungen. Das Ergebnis: Eine effizientere Verwaltung und die Schonung natürlicher Ressourcen. Realisiert werden konnte diese Entwicklung unter anderem durch den Umstieg auf den digitalen Sitzungsdienst SD.NET. Die Software des

Bielefelder Unternehmens Sternberg ermöglicht die digitale Organisation der Sitzungen, die Veröffentlichung von Beschlüssen sowie eine sichere und unkomplizierte Verteilung wichtiger Daten an die jeweiligen Empfänger. Auch eine digitale Recherche, Bearbeitung und Veröffentlichung von Dokumenten im geschützten oder öffentlichen Bereich ist über SD.NET machbar. „Der modulare Aufbau des Systems sowie ansprechende Anwenderlösungen waren weitere Argumente, die uns vom Nutzen der Software überzeugt haben“, erklärt Helge Viehweg, Bürgermeister der Gemeinde Straubenhardt.

Die Entscheidung für SD.NET fiel Ende Juli 2020. Gemeinsam mit Anbieter Sternberg wurde ein sportlicher Zeitplan für die Implementierung vereinbart. Das ehrgeizige Ziel: Ab Januar 2021 sollte der Gemeinderat komplett papierlos arbeiten. Die Systeminstallation wurde bereits im August durchgeführt. Gleichzeitig erhielten alle Ratsmitglieder und Verwaltungsmitarbeiter Tablets, über die sie die mobilen Anwendungen des Systems nutzen können. Die anschließende Schulung der Nutzer und die Integration der bestehenden Daten in das System legten schließlich die Basis für die erste digitale Gemeinderatssitzung am 2. Dezember 2020. „Dass

der enge Zeitplan eingehalten werden konnte, ist nicht nur der hervorragenden Projektplanung und -begleitung durch Sternberg in Zusammenarbeit mit unserer neu eingerichteten Stabstelle Digitalisierung, IT und Organisationsentwicklung zu verdanken“, betont Viehweg. „Auch die Aufgeschlossenheit und Flexibilität des Gemeinderats und der Belegschaft haben zum erfolgreichen Abschluss des Projekts beigetragen.“

Der Bürgermeister resümiert: „Allein der digitale Versand der Sitzungsunterlagen hat zu erheblichen Zeit- und Ressourceneinsparungen geführt. Vor allem in Kombination mit den mobilen Endgeräten und der Bürger-App bedeutet die Umstellung auf das System eine echte Arbeitserleichterung und wir haben zudem endlich eine Plattform, über die wir Bürger und Presse gleichermaßen transparent informieren können.“ Insgesamt füge sich SD.NET so nahtlos in die nachhaltige Zukunftsplanung der Gemeinde ein. „Das System ist ein schöner Beweis dafür, dass eine agile, bürgerfreundliche und nachhaltige Gremienarbeit möglich ist.“

Benedikt Lorsch ist Leiter, Melanie Gegenheimer ist Mitarbeiterin der Stabstelle Digitalisierung, IT und Organisationsentwicklung der Gemeinde Straubenhardt.

GKD Paderborn

Weitere Städte mit newssystem

Mit den nordrhein-westfälischen Städten Höxter, Steinheim und Borgentreich haben drei weitere Mitglieder der Gemeinschaft für Kommunikationstechnik, Informations- und Datenverarbeitung Paderborn (GKD Paderborn) ihre bisherige Finanz-Software durch Infoma newssystem ersetzt. Das meldet jetzt der Anbieter der Lösung, Axians Infoma. Der Full-Service-Dienstleister GKD ist langjähriges Mitglied der Infoma partnergroup und betreue nunmehr über 20 Kommunen und deren zahlreiche Tochterunternehmen vollständig beim Einsatz der Lösung von Axians Infoma.

www.gkdpb.de

KDO

Start von SAP S/4HANA

Das auf SAP ERP basierende Finanz-Management-Verfahren KDO-doppik&more startet in die neue Generation SAP S/4HANA. Nach umfangreicher Planung und Vorbereitung stehe nun der 6. Juli 2021 als Termin des Produktivstarts fest. Das gab jetzt die Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) bekannt. In den vergangenen Jahren sei viel Energie in die Weiterentwicklung von KDO-doppik&more auf Basis von SAP ERP investiert worden. Nun könne der Generationswechsel von SAP ERP auf SAP S/4HANA vollzogen werden, erklärt Annette Schimm, verantwortliche Produkt-Managerin bei der KDO. Im zweiten Halbjahr 2021 soll die Umstellung beginnen. Bis 2025 sollten alle Kunden sukzessive überführt werden, so Schimm.

www.kdo.de

DATEV

Bad Vilbel modernisiert

Die hessische Stadt Bad Vilbel modernisiert ihre Verwaltung mit Lösungen von DATEV für den Public Sector in den Bereichen Rechnungswesen, Haushaltplanung, Steuern und Kasse. Hierfür setzt die rund 35.000 Einwohner zählende Kommune auf das Anwendungspaket DATEVkommunal.

www.datev.de

CeyonIQ

nScale eGov 8.0 gelauncht

CeyonIQ Technology hat eine neue Version seiner speziell für den Public Sector konzipierten E-Akte-Lösung gelauncht. Die Software nScale eGov 8.0 hat nach Angaben des Herstellers im aktuellen Release umfangreiche Verbesserungen erfahren. Besonderes Augenmerk sei bei der Entwicklung auf die einfache Bedienbarkeit und die durchgängige Barrierefreiheit gelegt worden.

www.ceyoniq.com/egov

KRZN

Mehr Bandbreite

Das Kommunale Rechenzentrum Niederrhein (KRZN) hat die Verdoppelung seiner zentralen Internet-Anbindung auf den Weg gebracht. Den Nutzern soll künftig eine Bandbreite von zweimal 20 Gigabit in der Sekunde zur Verfügung stehen. Damit will der Verband für eine bessere Erreichbarkeit seiner Services und stabile Netze sorgen. Der Zweckverband sei nun für die zukünftigen Herausforderungen der Digitalisierung gerüstet, erklärte Verbandsvorsteher Andreas Coenen. Hintergrund der Aufrüstung sei der im Zuge der Corona-Pandemie sprunghaft angestiegene Bandbreitenbedarf, etwa durch die vermehrte Nutzung von Homeoffice-Arbeitsplätzen oder den Einsatz von Videokonferenzen. Um dies zu ermöglichen, hatte das KRZN unter anderem VPN-Zugänge für den heimischen Arbeitsplatz eingerichtet.

www.krzn.de

hannIT

Digitale Aktenführung

In der kommunalen Verwaltung der Region Hannover sorgen digitalisierte Fachbereiche und elektronische Akten auch im Homeoffice für eine strukturierte Arbeitsweise. Möglich ist das unter anderem durch den Einsatz des Dokumenten-Management-Systems (DMS) enaio des ECM-Spezialisten Optimal Systems. Für die Umsetzung sind die IT-Experten der Hannoversche Informationstechnologien (hannIT) verantwortlich. Seit einer Ausschreibung im Jahr 2008, die Optimal Systems für sich entschied, seien beispielsweise die Fachberei-

che Umwelt sowie Kfz-, Führerschein- und Ausländerstelle umgestellt worden. Darüber hinaus wurde ein Workflow für Rechnungsein- und -ausgänge etabliert. Im Jahr 2021 stehe für die hannIT unter anderem die Einführung von digitalen Posteingängen und der Allgemeinen Schriftgutverwaltung an. Papierdokumente würden digitalisiert und zusammen mit elektronischen Dokumenten zur Verfügung gestellt. Aktuell betreut die hannIT nach Angaben von Optimal Systems 18 Kunden mit enaio, insgesamt gebe es mehr als 5.000 enaio-User in der Region Hannover.

<https://hannit.de>

Vollstreckung automatisieren

Markus Ritzel

Das Forderungsmanagement ist für Kommunen häufig noch mit hohem Erfassungs- und Bearbeitungsaufwand verbunden. Mit durchgängig digitalisierten Abläufen können Innen- und Außendienst bei der Durchführung von Vollstreckungsmaßnahmen entlastet werden.

Die Corona-Krise treibt die Digitalisierung der Kommunen voran. Beschäftigte der Verwaltung arbeiten wann immer möglich aus dem Homeoffice, Ratssitzungen werden per Videokonferenz abgehalten, Anträge online abgewickelt. Einer aktuellen Umfrage des Branchenverbands Bitkom und des Deutschen Städte- und Gemeindebunds zur „Digitalisierung der Kommunen in der Corona-Krise“ zufolge steigt die Anzahl neuer Digitalisierungsprojekte. Mehr als die Hälfte der befragten Kommunen investiert in Hard- und Software, etabliert neue Prozesse und Services.

Hinzu kommt: Bund, Länder und Kommunen sind verpflichtet, ihre Verwaltungsleistungen bis Ende 2022 auch digital anzubieten. Durch das Onlinezugangsgesetz (OZG) soll die Interaktion mit Bürgern und Unternehmen auf der einen und innerhalb der Administration auf der anderen Seite in Zukunft deutlich schneller, effizienter und nutzerfreundlicher werden. Des Weiteren erleichtert die Umstellung auf elektronische Aktenführung, E-Laufmappen, die elektronische Vorgangsbearbeitung und die elektronische Behördenkommunikation auch den Beschäftigten der Verwaltung die Arbeit.



Kommunen müssen oft lange auf ihr Geld warten.

Gerade im Finanzbereich bieten integrierte und durchgängig digitalisierte Abläufe jede Menge Möglichkeiten, Ressourcen zu sparen und so Freiräume zu schaffen. Geschäftsprozesse und Finanzströme, die per Software abgebildet und medienbruchfrei bearbeitet werden, führen zu schlanken, transparenten und rechtssicheren Arbeitsabläufen. Sie verbessern die Abstimmungen innerhalb des Teams, entlasten Mitarbeiter von Routineaufgaben und unterstützen sie bei der qualifizierten Sachbearbeitung.

Essenziell für die Finanzausstattung einer Kommune sind neben Zuweisungen von Bund und Land die Einnahmen aus den selbst veranlagten Steuern, Gebühren und Abgaben. Allerdings: Städte und Gemeinden warten häufig lange auf ihr Geld. Der Bundesverband Deut-

scher Inkasso-Unternehmen schätzt die Gesamthöhe kommunaler Forderungen, die nicht fristgerecht beglichen wurden, bundesweit auf rund 24 Milliarden Euro. Für die Kommunen bedeuten diese Außenstände eine hohe finanzielle und personelle Belastung – zumal, wenn es sich um geringe Einzelbeträge handelt. Denn Vollstreckung und Forderungsmanagement sind in der Regel sowohl für den Innen- als auch den Außendienst mit viel manuellem Erfassungs- und Bearbeitungsaufwand verbunden. Informationen über Schuldner, Forderungen und Fälligkeiten liegen häufig dezentral und in Papierform ab. Für die Vollstreckung benötigte Dokumente müssen händisch zusammengetragen werden. Gleiches gilt für die Berechnung von Säumniszuschlägen und sonstigen Nebenforderungen sowie für das Controlling.

Dieses Prozedere ist nicht nur zeitaufwendig und fehleranfällig, es führt in vielen Fällen auch dazu, dass nicht alle an der Vollstreckung beteiligten Instanzen auf dem gleichen Stand sind: Die Abstimmung zwischen Innen- und Außendienst findet oft verzögert und nur auf Zuruf statt. So kann es passieren, dass ein Verfahren untergeht oder doppelt bearbeitet wird. Zudem sind die Mitarbeiter mehr mit dem Recherchieren und Abheften von Unterlagen beschäftigt als mit ihrer eigentlichen Aufgabe: dem Eintreiben von Forderungen.

Bereits 2009 hatte das Gutachten „Status quo und Perspektiven des kommunalen Forderungsmanagements in Deutschland“ der Prüfungsgesellschaft Rödl & Partner wichtige Potenziale für Kommunen aufgezeigt. Dazu gehören optimierte Geschäftsprozesse, das Verhältnis von Innen- und Außendienst, die Zentralisierung von Forderung und Vollstreckung sowie das Controlling. Bis heute gibt es in allen Bereichen erheblichen Nachholbedarf. Eine Fachanwendung ist zwar in den meisten Kommunen mittlerweile Standard, häufig wird sie aber nur für einzelne Funktionen genutzt – Papierakten sind noch immer das Hauptinstrument.

Das SAP Public Sector Kassen- und Einnahmemanagement (PSCD) ist im öffentlichen Sektor fast flächendeckend der Standard. Die Software bildet zwar einen Großteil des kommunalen Rechnungswesens und des kommunalen Kassenwesens ab, bietet aber nicht für alle technischen und funktionellen Herausforderungen eine Lösung. Als Ergänzung hat der SAP-Full-Service-Provider Nagarro ES daher das

Paket Suite4Public mit den Lösungen Suite4Doppik und Suite4KA entwickelt. Letztere unterstützt Kommunen dabei, Steuern, Gebühren und Abgaben zu veranlagern, kritische Vorgänge zu bearbeiten sowie Beitreibungen und Vollstreckungen durchzuführen. Damit ist eine ganzheitliche Bearbeitung aller Vorgänge entlang der gesamten Prozesskette in Echtzeit und in einem konsolidierten System möglich.

Das Modul Suite4KA Vollstreckung setzt auf den Mahnprozess in PSCD auf und führt die Bearbeitung der entsprechenden Belege nahtlos innerhalb des Systems fort. Es bietet Nutzern zahlreiche Funktionen. Dazu gehört zum Beispiel ein zentrales und transparentes Bearbeitungscockpit für Forderungen und Schuldner, die automatisierte Erstellung von Aktionen im Customizing sowie eine variable Bearbeitung nach fachlicher Erfordernis des konkreten Falls. Des Weiteren unterstützt das Modul die automatisierte Übernahme von fremden Amtshilfeersuchen und die Abwicklung von Zahlungsströmen. Auch die digitale Unterstützung und Abwicklung des gesamten erforderlichen Schriftverkehrs und eine elektronische Anbindung an das zentrale Amtsgericht Hagen sind Teil der Lösung. Spezielle Add-ons helfen den Mitarbeitern darüber hinaus bei der Bearbeitung von Insolvenzfällen, von Immobilial- und Zwangsvollstreckungen sowie im Handling bei Fällen von gesamtschuldnerischer Haftung.

Der große Vorteil von Suite4KA: Durch die vollständig in SAP integrierte, modifikationsfreie Lösung fallen Schnittstellen und verzögerte

Abgleiche der Finanzdaten weg. Informationen zu Forderungen, Schuldnern, weiteren Beteiligten im Vollstreckungsprozess, zur Planung und zum Status von Aktionen liegen stets in Echtzeit vor. Neue, für die Vollstreckung relevante Belege können problemlos hinzugefügt, bestehende Akten getrennt oder zusammengeführt werden. Die Bearbeitung kann durch die Integration eines speziellen Insolvenzmoduls vollumfänglich in einem System erfolgen. Die Zahlungsverteilung wird über die Letztempfängerfunktion in SAP automatisiert abgewickelt.

Die Software unterstützt sowohl den Innendienst als auch den Außendienst bei der Durchführung von Vollstreckungsmaßnahmen. Der Innendienst profitiert von der Unterstützung sämtlicher Arbeitsschritte und einer hohen Automatisierungsmöglichkeit durch IT. Durch den umfassenden Fokus kann alles in einem System erledigt werden, ohne dass mehrere Anwendungen oder manuelle Schritte benötigt werden. Der Zugriff auf Geschäftspartnerdaten und den Kontenstand in SAP PSCD erfolgt direkt und mit einem Mausklick. Der Außendienst wiederum profitiert von stets aktuellen Echtzeitinfos über den jeweiligen Status von Forderungen und Zahlungen sowie durch eine Außendienstabrechnung. Die von Nagarro ES gemeinsam mit Vertretern aus der Praxis konzipierte Lösung stellt so einen echten Mehrwert für die tägliche Verwaltungsarbeit und einen wichtigen Baustein auf dem Weg in eine digitale Zukunft dar.

Markus Ritzel ist Director Public Sector bei Nagarro ES.

Drucken aus dem Homeoffice

Christine Gerth

Dank einer intelligenten Software-Lösung kann der physische Briefausgang bei der Stadtverwaltung Wuppertal zentral gesteuert werden. Das entlastet die Mitarbeiter sowohl im Homeoffice als auch in den Verwaltungsbüros.

In Homeoffice-Zeiten stellt der Druck von Dokumenten häufig einen Hemmschuh dar. Insbesondere Kommunalverwaltungen, bei denen eine Masse an Ausgangspost aus dem Drucker rasselt, sind auf intelligente Lösungen angewiesen. Vor diesem Hintergrund erlebt die Zentraldrucklösung der Stadtverwaltung Wuppertal eine Renaissance. Eingerichtet wurde sie bereits vor knapp zehn Jahren vom Neusser IT-Dienstleister X-NRW. In die Stadtverwaltung eingeführt hat sie das Amt für Informationstechnik und Digitalisierung, das auch die Weiterentwicklung betreut. In dem Amt ist man heute froh, dass die Lösung den Kinderschuhen entwachsen ist. Denn die meisten Ämter und Einrichtungen der Metropole im Bergischen Land nutzen die Vorteile des Zentraldrucks. In der Pandemiezeit und unter der Anforderung des flexiblen Arbeitens ist so Druck auf Druck entstanden. Die Kurve der Ausgangspost ist im zurückliegenden Jahr exponentiell gestiegen.

„Wir sind als familienfreundlicher Arbeitgeber zertifiziert. Die Ange-

botsfülle an Homeoffice-Arbeitsplätzen spielt dabei eine wichtige Rolle. Hier sind wir breiter aufgestellt durch die Möglichkeiten, die uns das zentrale Drucken der Ausgangspost erschlossen hat“, sagt Judith Frankenbach, Projektleiterin im Amt für Informationstechnik



Zentraldruck verbessert Arbeitsqualität, weiß Julia von Heese.

und Digitalisierung. „Wir sprechen über eine Verwaltung mit rund 5.000 Beschäftigten und einem ausgehenden Briefvolumen von mittlerweile 40.000 Stück pro Monat“, ergänzt Julia von Heese, Projektlei-

terin für den verwaltungsweiten Roll-out des Zentraldrucks.

„Die Vorteile eines digitalisierten Zentraldrucks bei der Wuppertaler Stadtverwaltung liegen auf der Hand – sowohl für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Homeoffice am Telearbeitsplatz als auch für die Sachbearbeiter und Sachbearbeiterinnen in den Verwaltungsbüros“, berichtet wiederum Nicole Sommer, Leiterin des Competence Center E-Government der Stadt Wuppertal. „Es sind weniger Arbeitsplatzdrucker notwendig, kein Nachfüllen der Druckerpatrone, keine lästigen Reparaturen, weniger Portokosten, weniger CO₂-Ausstoß und Tonerstaubbelastung am Arbeitsplatz, kein zeitaufwendiges Kuvvertieren.“ Die Mitarbeitenden gewinnen Zeit für wichtigere Aufgaben, die Kommune spart Geld.

Insbesondere beim Erstellen von Postzustellungsurkunden entlastet der Zentraldruck Sachbearbeitende und die zentrale Poststelle. Die Errungenschaft: Postzustellungsurkunden werden automatisiert zum Bescheid erstellt.

Was früher die Sachbearbeitenden händisch ausfüllen mussten, macht nun ein Skript im Hintergrund. Der Vorgang ist dadurch weniger aufwendig und weniger fehleranfällig. Angestoßen wird er, wenn der entsprechende Versandservice beim Zentraldruck ausgewählt wird. „Diese wegweisende Entwicklung hat Kreise gezogen in fast alle Verästelungen unserer Verwaltung“, sagt Judith Frankenbach.

„Nach unserer Einschätzung haben sich die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Stadtverwaltung an den weitgehend papierlosen Vorgang und die schlanken Abläufe gewöhnt“, sagt Philipp Molitor, Leiter Solutions bei X-NRW. Der IT-Spezialist weiß, dass Papier für die Menschen mit Haptik, ja mit Emotionen verbunden ist. Aber Ärger mit dem Drucker, Papierstau oder Warnhinweise wie „Zu wenig Tinte“ habe niemand gerne. Zumal lieb gewordene Papiergewohnheiten im digitalen Zeitalter zunehmend durch Tablet, Notebook und Smartphone ersetzt würden. All dem entspreche der Zentraldruck.

„Die Qualität der Arbeit ist durch den Zentraldruck besser geworden“, stellt Julia von Heese fest und fasst zusammen: „Viele gehen motivierter zu Werke, weil sie sich auf das Wesentliche fokussieren können. Es sind lästige Aufgaben weggefallen und das schafft Freiraum für die anspruchsvolleren Tätigkeiten.“ Den Umgang mit dem Zentraldruck trainieren die Mitarbeitenden in Schulungen, das Handling ist dank eines Leitfadens übersichtlich, die Kommunikation stimmt.

Noch ist im Bergischen hier und da Luft nach oben, um den Zentraldruck zu 100 Prozent nutzbar zu machen. Denn Anwendung kann die IT-Lösung überall dort finden, wo die Unterschrift rechtlich nicht vorgeschrieben ist. Fehlerquellen sind so gut wie ausgeschlossen. Ist beispielsweise der Adressat nicht im Bereich des Sichtfensters für das Kuvert, erscheint eine Fehlermeldung.

Stehen alle Ampelphasen auf Grün, kann hingegen bedenkenlos der Druckauftrag erteilt werden.

Retour ist immer noch möglich, solange die technische Verarbeitung nicht aktiviert ist. Von einem Kontrollverlust durch den nachgelagerten Zentralausdruck kann also keine Rede sein. Keine Wahl haben die Sachbearbeitenden indes bei drei Faktoren: Das Papier stammt immer aus recycelten Beständen, es wird beidseitig und schwarz-weiß gedruckt. Nachhaltigkeit wurde direkt in die Prozesse integriert. Eine erforderliche Aktenkopie – zwingend, solange die digitale Akte noch nicht Realität ist – wird bei Bedarf direkt erzeugt.

Der Zentraldruck ist Baustein eines im Jahr 2018 initiierten Prozesses, wonach die Poststelle der Stadtverwaltung Wuppertal komplett digitalisiert sein soll. Er trägt dazu bei, indem Druckströme gebündelt und versandoptimiert eingetütet werden können – effektiv, umweltfreundlich, kostengünstig, schlank und schnell.

Christine Gerth ist Referentin für Vertrieb, Marketing und Kommunikation bei der Stadtverwaltung Wuppertal.

Anzeige

enaio®



OPTIMAL SYSTEMS
A KYOCERA GROUP COMPANY

Klimawandel am Arbeitsplatz? Wir machen das schon.

Bringt frischen Wind in die Verwaltung: Die Enterprise Content Management-Software enaio® von OPTIMAL SYSTEMS bietet für die Öffentliche Verwaltung das ganze Portfolio eines modernen Dokumentenmanagements – von der Schriftgutverwaltung nach Aktenplan bis hin zur Archivierung. Das setzt neue Energien frei und ist gut fürs Arbeitsklima. Garantiert nachhaltig.

Digitalisierung. Wir machen das schon.

optimal-systems.de/hannover

Software für Macher.

Alle Zahlen konsolidieren

Hans W. Krefeld

Mit der Doppik-Umstellung sind auch Eigenbetriebe in die kommunale Gesamtbilanz einzugliedern. Business-Intelligence-Technologie unterstützt dabei und ermöglicht eine genauere Planungs- und Haushaltssteuerung über den Konzern Stadt hinweg.

Die doppische Buchhaltung haben die meisten deutschen Kommunen mittlerweile eingeführt. Länderspezifische Unterschiede beim Tempo der Umstellung auf die Doppik einmal außen vor gelassen, ist auch die betriebswirtschaftliche Kostenrechnung in weiten Teilen Alltag. Werden beide Instrumente kombiniert, hat jede Verwaltung die Möglichkeit, ihre Leistungserstellung und deren Finanzierung umfassend zu steuern.

Mit der Einführung der Doppik ist den Verwaltungen eine neue Verpflichtung auferlegt worden: Sie müssen zusätzlich zum Einzelabschluss Gesamtabschlüsse erstellen, wie beim Konzernabschluss in der freien Wirtschaft. Kommunale Betriebe sind darin als Aktiva zu erfassen.

Knapp 14.000 öffentlich-rechtliche Betriebe und privatrechtliche Unternehmen sind den deutschen Kommunen angegliedert, statistisch kommt also auf jede Kommunalverwaltung ein Unternehmen. Dabei gilt: Je größer die Kommune, desto mehr Eigenbetriebe. Da viele von ihnen wiederum Tochter- und Enkelunternehmen ausgegründet

haben, entsteht ein regelrechter Konzern Stadt. In einer Konzernbilanz werden die einzelnen Jahresabschlüsse von Kernverwaltung und ausgelagerten Bereichen mit allen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zusammengeführt. Auch eine Gesamtergebnis- und Gesamtfinanzzrechnung sind aufzustellen.



Konsolidierte Finanzaufstellungen im Konzern Stadt.

Der Vereinfachung halber können kommunale Betriebe sich in Holdings zusammenschließen, um so gebündelt im Konzern Stadt abzuschießen.

Eine konsolidierte Konzernrechnungslegung ermöglicht es, die Wirtschaftspläne aller Beteiligten besser zu koordinieren. Sie dient als Informationsquelle für Abstimmungen im Risiko-Management und dazu, Geschäftsbeziehungen zwischen Kommune und Betrieben

besser zu steuern. Wie eine Aktiengesellschaft, so ist auch der Konzern Stadt verpflichtet, einen Bilanzanhang anzufertigen, der als Rechenschaftsbericht der wirtschaftlichen Lage der Kommune und ihrer Unternehmen dient.

Während kommunale Betriebe und andere Organisationsformen mit kommunaler wirtschaftlicher Betätigung eine Vollkonsolidierung nach Handelsgesetzbuch (§ 271 Abs. 2 HGB) durchführen müssen, schließen Verwaltungen nach dem Prinzip der kommunalen Doppik ab. Damit wartet die neue kommunale Konzernrechnungslegung mit einer kleinen buchhalterischen

Hürde auf. Denn die beiden Abschlussformen stimmen zwar zu 95 Prozent überein, die Doppik beinhaltet jedoch – anders als das HGB – neben der Ergebnisrechnung eine dezidierte Finanzrechnung als festen Bestandteil. Das bedeutet: Jedes Konto, das aufwandstechnisch gebucht wird, führt zu einem späteren Zeitpunkt zu einem Ausgabenkonto. Es wird also stets Aufwand gegen Finanzrechnung gebucht. So lässt sich genau prüfen, welcher Aufwand zu einer Ausgabe führt.

Wie die verschiedenen Prinzipien folgenden Abschlüsse von Kernhaushalt und kommunalen Betrieben konsolidiert werden, ist in den Bundesländern nicht einheitlich geregelt. In Nordrhein-Westfalen etwa wird eine gemeinsame Bilanz präferiert, die den Prinzipien des kommunalen Haushaltsrechts entspricht. Anderswo, beispielsweise in Hessen, werden die Buchwerte aus den Abschlüssen der Unternehmen übernommen; eine Umrechnung findet nicht statt. Ein Konzern Stadt benötigt deshalb erweiterte Analysemöglichkeiten und ein Berichtswesen, in dem die konsolidierten Unternehmen sichtbar werden. Das gilt auch für die Planung. Eine Business-Intelligence-Plattform, in der aktuelle Kennzahlen zusammenfließen, kann bei der Zusammenführung der Einzelbilanzen helfen – und damit kommunale Doppik und HGB harmonisieren. Sie erlaubt eine genaue Planungs- und Haushaltssteuerung über den gesamten Konzern Stadt hinweg.

Das Steuerungscockpit von Cosmo Consult beispielsweise ist be-

reits bei einer Reihe von Kommunalverwaltungen im Einsatz. Es baut auf dem doppelischen Rechnungswesen der einzelnen verbundenen Eigenbetriebe und der Kernverwaltung auf, harmonisiert die einzelnen Teilberichte und Planungen und stellt konsolidierte Analysefunktionen zur Verwaltungssteuerung bereit. In einem Web Front End fließen relevante Ist-Daten automatisch aus Vorsystemen (in der Regel die Finanz-Software) zusammen und können von dort von allen Fachbereichen eingesehen werden. Dies ermöglicht eine kontingente Haushaltsplanung, mit mehrmaligen unterjährigen Prognosen. Indem die zielorientierte Leistungserstellung einer Verwaltung mit den finanziellen Ressourcen verbunden wird, ist jederzeit auf einen Blick ersichtlich, was welche Maßnahme kostet. Die BI-Lösung basiert auf der Software Infor Business Intelligence oder wahlweise auf IBM Planning Analytics. Integriert sind außerdem ein Import-Tool (Talend Open Studio for Data Integration), ein SQL-Server, ein Microsoft Internet In-

formation Server sowie Microsoft PowerBI.

Natürlich kann man dieses Prinzip ausweiten und nicht nur Vorsysteme der kommunalen Kernverwaltung, sondern auch die der städtischen Betriebe per Schnittstelle an das Steuerungscockpit ankoppeln und somit die Daten konsolidieren. In der Regel wird es sich dabei um die jeweiligen Finanzsysteme handeln. Dies ist eine große Erleichterung, da der Steuerungsaufwand durch die Aufstellung des Gesamtabschlusses stark steigt. Zwar gibt es jetzt ein einheitliches Rechnungswesen, man braucht aber Einblick, wie sich die Konzernmitglieder im Hinblick auf die Zielerreichung verhalten. Das Steuerungscockpit unterstützt hierbei. Fehler reduzieren sich, da keine manuellen Anpassungen notwendig sind. Durch die flächendeckende Bereitstellung steuerungsrelevanter und aktueller Daten wird ein effizientes Controlling möglich.

Hans W. Krefeld ist Operationsmanager Data & Analytics bei Cosmo Consult.

Anzeige

Personalkostenhochrechnung? Reiseantrag?
SO FLOTT KANN'S GEHEN!

MACH®
Verwaltung macht Zukunft

Personalkosten kurz mal hochrechnen? Diverse Szenarien simulieren? Reise- oder Urlaubsanträge im Homeoffice verwalten? MACH Personal ist die anwendungsfreundliche HR-Software für die öffentliche Verwaltung; die MACH live! Selfservices bringen die Lösungen aufs Tablet oder Smartphone. Selbst Gelegenheitsnutzer:innen sind schnell „drin“.

Jetzt flott informieren:
www.mach.de/selfservice

MACH live!
SELF SERVICES
einfach für alle

Kleinkrämerei vermeiden

Beim kommunalen Gesamtabchluss gilt es noch einige Stellschrauben zu drehen, um dessen Aussagekraft zu erhöhen, sagt Matthias Breitenfelder, Geschäftsführer der hallobt! GmbH, im Kommune21-Interview.

Herr Breitenfelder, in Nordrhein-Westfalen erstellen die Kommunen bereits seit dem Jahr 2010 Gesamtabschlüsse. Wie ist Ihre Meinung als Hersteller einer weitverbreiteten Gesamtabchluss-Software: Ist der Gesamtabchluss ein Erfolgsmodell?

Wirtschaftlich gesehen für uns schon und für viele Wirtschaftsprüfungsgesellschaften erst recht. Für die Kommunen aber eher nicht. Überspitzt gesagt: Sie stecken viel Arbeit in ein Berichtswerk, mit dem niemand etwas anfängt. Denn schon zum Start der kommunalen Doppik im Jahr 2003 unterlag man bezüglich des Gesamtabchlusses einem fundamentalen Irrtum. Ohne nach dem Sinn zu fragen, wurde das übernommen, was man aus der Privatwirtschaft kannte. Nehmen Sie einen Konzern wie die Deutsche Bahn (DB) mit ihren weltweit rund 550 Konzern-

delsgesetzbuch vorgeschrieben. Nehmen Sie andererseits die Stadt Musterstadt mit ihren Stadtwerken. Nimmt irgendjemand diese als Teil des Konzerns Stadt Musterstadt wahr? Gibt es Aktionäre der Stadt, die sich dafür interessieren? Gibt es sonst jemanden, der mit einer konsolidierten Konzernbilanz und einer konsolidierten Konzern-GuV der Stadt Musterstadt irgend etwas anfängt?

Sollte man also das kommunale Konzernberichtswesen gänzlich abschaffen?

Ganz im Gegenteil. Der damalige Grundgedanke war ja richtig und wichtig: Die Kommune wird als ein Dienstleistungsunternehmen für die Bürgerinnen und Bürger gesehen. Selbstverständlich sollen die Kommunen offenlegen, wie sie diese Dienstleistungen organisieren, welche Ziele sie sich hierbei



Matthias Breitenfelder

Unterschied machen, ob die Verwaltungen selbst die Services erbringen oder ob sie diese Aufgaben in eigene Unternehmen auslagern.

Also ein kommunaler Konzern-Geschäftsbericht?

Das wäre schön. Schauen Sie sich beispielsweise den Geschäftsbericht beziehungsweise den integrierten

„Kommunen stecken momentan viel Arbeit in ein Berichtswerk, mit dem niemand etwas anfängt.“

töchtern. Die Aktionäre und die Öffentlichkeit sehen die DB als ein einziges Unternehmen und daher sollen sich ihre Bilanz, ihre Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) sowie ihr Lagebericht genau so darstellen. Das ist auch im Han-

setzen und mit welchen Maßnahmen sie diese erreichen wollen. Wichtige Messgrößen sind Kennzahlen, anhand derer sich beurteilen lässt, ob die Maßnahmen Erfolg haben und wie weit der Weg zum Ziel noch ist. Dabei sollte es keinen

Bericht der DB an. So etwas auf das kommunale Umfeld zu übertragen – das wäre toll. Davon sind wir allerdings noch weit entfernt. Momentan geht es erst einmal um einen aussagefähigen Beteiligungsbericht nach einem normierten Schema. In

Nordrhein-Westfalen ist Anfang April dieses Jahres das schon im November 2019 angekündigte verbindliche Muster für den Beteiligungsbericht erschienen. Trotz einiger Schwächen stellt es einen wichtigen, ersten Schritt in die richtige Richtung dar. Wir haben uns natürlich sofort an die Arbeit gemacht und unsere Lösung Doppik al dente!-Konzernreporting in Stellung gebracht. In 90-minütigen Web-Meetings zeigen wir, wie auf Basis dieses Musters mit geringstmöglichem Aufwand ein Beteiligungsbericht in erstklassiger gestalterischer Qualität entsteht. Er genügt allen vom Ordnungsgeber vorgeschriebenen Anforderungen

und kann leicht zu einem wirklich aussagefähigen Berichtswerk ausgebaut werden. Das Interesse bei den nordrhein-westfälischen Kommunen ist riesig.

Sie hatten Schwächen des Musters für den Beteiligungsbericht angesprochen – welche sind dies konkret?

Der Gesetzgeber in Nordrhein-Westfalen schreibt beispielsweise vor, dass die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen im kommunalen Konzern darzustellen sind. Das ist schön und gut – aber was macht das Muster daraus? Eine Matrix, in der zwischen jeweils zwei Unternehmen die gegenseitigen

Forderungen, Verbindlichkeiten, Aufwendungen und Erträge dargestellt werden. Aber wen interessiert es, ob eine Stadt gegenüber ihren Stadtwerken 7,8 Millionen Euro an Aufwendungen und 18,4 Millionen Euro Erträge hatte? Viel eher möchte ich doch wissen, wie die Energielieferungen der Stadtwerke zu Buche schlagen, wieviel Gewerbesteuer und wieviel Konzessionsabgabe die Stadtwerke gezahlt haben und wie hoch sich die Darlehen belaufen, welche die Stadt ihrem Tochterunternehmen gewährt hat.

Und wie wollen Sie diese Informationen aufbereiten?

Wir haben zahlreiche Gesamtabschlüsse unserer Kunden analysiert und daraus einen Beziehungskatalog entwickelt, der die typischen konzerninternen Finanz- und Leistungsbeziehungen in einer strukturierten Form aufzählt. Diesen nehmen wir – als alternative Option zum amtlichen Muster – als Grundlage für die Darstellung der Beziehungen im Konzern (siehe Grafik).

Was raten Sie Kommunen, die jetzt vor der Herausforderung Gesamtabschluss stehen? Wie sollten diese starten?

Sie sollten die Herausforderung annehmen und das Beste daraus machen. Erfahrungsgemäß entfallen mehr als 90 Prozent der anstehenden Arbeiten auf die Eliminierung konzerninterner Finanz- und Leistungsbeziehungen. Hier gilt es, Kleinkrämerei zu vermeiden und die großen Brocken zu identifizieren. Auch hierfür bildet unser Beziehungskatalog eine gute Grundlage.

Interview: Bettina Schömig

Finanz- und Leistungsbeziehungen in TEURO	Stadt Reportingen	Stadtwerke Reportingen AöR	Wohnungsbau GmbH	Verkehrsbetriebe GmbH	andere
A Vorgänge der laufenden Verwaltungstätigkeit					
A.1 Kommunale Steuern					
A.1.1 Gewerbesteuer					
Erträge	61	--	--	--	--
Aufwendungen	--	61	--	--	--
A.1.2 Grundsteuer					
Erträge	231	--	--	--	--
Aufwendungen	--	36	153	13	30
A.2 Kommunale Gebühren					
A.2.1 Abfallbeseitigung					
Erträge	--	1.012	--	--	--
Aufwendungen	315	--	559	2	136
A.2.2 Entwässerung (Oberflächen- und Schmutzwasser)					
Erträge	--	3.757	--	--	--
Aufwendungen	3.351	--	319	29	58
A.2.3 Straßenreinigung, Winterdienst					
Erträge	--	498	--	--	--
Aufwendungen	441	--	51	1	5
A.3 Konzessionen und Erlaubnisse					
A.3.1 Konzessionsabgabe (z.B. für Strom-, Gas-, Wasserversorgung)					
Erträge	2.087	--	--	--	--
Aufwendungen	--	2.087	--	--	--
A.3.2 Baugenehmigungen					
Erträge	86	--	--	--	--
Aufwendungen	--	--	69	--	18
A.4 Nutzungsentgelte					
A.4.1 Mieten für Büro- und Geschäftsräume					
Erträge	418	--	261	--	--
Aufwendungen	--	418	--	192	69
A.4.2 Mieten für Wohnraum					
Erträge	--	--	187	--	--
Aufwendungen	187	--	--	--	--
A.4.3 Mieten und Pachten für Infrastruktur					
Erträge	360	--	520	--	--
Aufwendungen	--	--	--	360	520
A.4.4 Nutzung von Schwimmbädern und Veranstaltungshallen					
Erträge	--	416	48	--	--
Aufwendungen	416	--	--	--	48

Der Beziehungskatalog von hallobt! strukturiert die Leistungen im Konzern Stadt.

Komfortabler arbeiten

Eva Sprockamp

Die nordrhein-westfälische Stadt Ennigerloh setzt im Finanzwesen seit Anfang vergangenen Jahres auf die Lösung Infoma newsystem. Das hat bereits zu spürbaren Verbesserungen in den Abläufen und messbaren Zeitersparnissen geführt.

Auf eine integrierte Finanz-Software mit innovativen Lösungen umstellen und sich damit für die fortschreitenden Anforderungen der Digitalisierung zukunftsicher aufstellen – so lauten die Ziele der nordrhein-westfälischen Stadt Ennigerloh. Einhergehend mit der Einführung eines neuen Systems sollten die Verwaltungsabläufe und somit der Arbeitsalltag optimiert werden. Bis dato waren in Ennigerloh drei verschiedene Programme für das Finanzwesen im Einsatz, die über Schnittstellen miteinander kommunizierten. Unter anderem deshalb fiel die Entscheidung für das Infoma newsystem Finanzwesen.

Denn das Verfahren gewährleistet mit seinen integrierten Möglichkeiten durchgängig digitale Prozesse für alle Verwaltungsaufgaben.

Vor allem der Blick auf die Umsetzungspflicht des Onlinezugangsgesetzes (OZG) bis Ende 2022 sowie die Neuregelung des Paragraphen 2b Umsatzsteuergesetz (UStG) veranlassten die Verantwortlichen der 21.000-Einwohner-Stadt im östlichen Münsterland zum konsequenten Handeln. Kämmerin Martina Lohmann registriert denn auch

seit dem Start in den Echtbetrieb am 1. Januar 2020 deutliche Verbesserungen in den Abläufen mit spürbaren Zeitersparnissen – zum Beispiel bei den nun auf Knopfdruck möglichen Umsatzsteuer-Voranmeldungen: „Vor dem Hintergrund der umfassenden Umsatzsteuerpflicht der öffentlichen Hand war es not-



Ennigerloh: Abläufe im Finanzwesen optimiert.

wendig, alle Zahlvorgänge zu überprüfen. Durch die Mitgabe des jeweiligen Steuerschlüssels bei jeder Buchung erfolgt nun die Verbuchung automatisch auf den jeweiligen Steuerkonten für Mehrwert- und Vorsteuer.“

Mit den Modulen Rechnungs- und Bestell-Workflow, Budgeterfassung und -planung sowie zentrale Adressverwaltung hat Ennigerloh weitere Grundlagen auf dem Weg in die effiziente digitale Arbeitswelt umgesetzt. Als besonders vorteil-

haft erweist sich die digitale Verarbeitung und Verbuchung von Eingangsberechnungen mithilfe des elektronischen Rechnungsworkflows. So helfen schnelle Zugriffs- und Bearbeitungszeiten den Mitarbeitenden bei der Bewältigung der Aufgabenvielfalt. Beispielsweise wird die im vorgeschalteten Bestell-Workflow bereits enthaltene Vorkontierung automatisch im Rechnungsworkflow vorgeschlagen.

Im Bereich Vollstreckung sind die Arbeitsabläufe ebenfalls komfortabler geworden. „Wir hatten bisher ein externes Programm für Vollstreckungen eingesetzt“, erläutert Martina Lohmann.

„Durch die integrierte Lösung entfallen nun die zeitaufwendigen Doppelerfassungen. Alle Maßnahmen werden automatisch erfasst und verbucht. Medienbrüche gibt es nicht mehr und die Daten zwischen Kasse und der Vollstreckung sind völlig konsistent und transparent.“

Nicht nur deswegen fällt das erste Resümee der Kämmerin positiv aus. Auch andere Arbeitsprozesse – darunter Mittelanforderungen, Planberatungen, Finanzstatusberichte, Anlagenbuchhaltung sowie

Jahresabschlussarbeiten – zeigen bereits die erwarteten Optimierungen auf.

Obgleich alle Beteiligten mit dem Status quo zufrieden sind, war der Umstellungsprozess eine größere Herausforderung. Zahlreiche neue Funktionalitäten mussten eingerichtet und Personal geschult werden. Martina Lohmann erinnert sich: „Durch das proaktive Handeln des Projekt-Teams haben wir rasch die Akzeptanz der Belegschaft für die neuen Funktionen und den Umgang mit den ungewohnten Prozessen erreicht und konnten plangemäß in den Produktivbetrieb starten. Die Finanzbuchhaltung hat ihre Arbeit pünktlich aufgenommen, alle Planansätze waren erfasst, die Workflows eingerichtet und das notwendige Equipment bereitgestellt.“

Außerdem hatten die Mitarbeitenden die Schulungen für die Nutzung des Rechnungsworkflows erfolgreich abgeschlossen und im Bereich Steuern und Abgaben konnten die entsprechenden Bescheide im vorgesehenen Zeitplan erstellt werden. Hier stehen übrigens schon die nächsten Aktivitäten an: Neben den klassischen Steuern und Abgaben sollen über das Modul künftig auch Erbbauzinsen erhoben sowie die Elternbeiträge für die Offene Ganztagschule abgerechnet werden.

Mit der Aktivierung der Module Budgeterfassung und -auskunft, Vollstreckung und Elektronische Akte für die Bereiche Steuern und Abgaben sowie Vollstreckung startete Ennigerloh reibungslos in den darauffolgenden Monaten. Zwischenzeitlich arbeiten rund 70 Mitarbeitende mit dem neuen Finanzwesen. Die Resonanz ist durchweg positiv.

Auch Martina Lohmann blickt überzeugt auf die Entscheidung für das Finanzwesen Infoma newsystem zurück. Als besonders innovativ empfindet sie die Einbindung der E-Rechnungen in den Workflow. Denn der dafür eingesetzte eRechnungs-Manager übernimmt nicht nur formatunabhängig die strukturierte Aufbereitung der E-Rechnungsdaten, sondern reichert diese zudem intelligent an und ergänzt sie durch inhaltliche Mehrwerte. „Über das lernende System sparen wir auf Dauer pro Buchungsvorgang sehr viel Zeit“, erklärt die Kämmerin. „Das Scannen entfällt und das Modul schlägt auf Basis der historischen Buchungsdaten eine Kontierung vor. Das ist alles sehr effizient.“

Ein Gewinn ist für Ennigerloh außerdem die automatisierte Erstellung von Aufträgen an die Dienstleister. „Durch den Bestell-Workflow sind Aufträge bereits ei-

nem bestimmten Budget zugeordnet. Das erleichtert der Finanzbuchhaltung die Kontierungsarbeiten enorm“, sagt Lohmann. Dass darüber hinaus die Unterlagen jederzeit auf Knopfdruck abrufbar sind und auf Dauer ein kostenaufwendiges, raumgreifendes Papierarchiv entfällt, zählt bei den Verantwortlichen zu den vielen weiteren Vorteilen des Programms. Dessen volle Integrationsfähigkeit wollen sie in Kürze auch für das bisher autonom genutzte Produkt FM-Tools – zwischenzeitlich im Liegenschafts- und Gebäude-Management von Axians Infoma aufgegangen – ausschöpfen.

Nach der Erfahrung von Martina Lohmann steht und fällt der Erfolg eines solchen komplexen Gesamtprojekts mit der Vorarbeit: „Das Projekt sollte vorab im Team mit allen Beteiligten besprochen werden, da die Module eng miteinander verzahnt sind. Nur wenn sich alle einbringen können, ist eine optimale Einrichtung möglich.“ Und dazu gehören ihrer Meinung nach vor allem auch qualifizierte und mutige Team-Mitglieder, die sich mit sachgerechten Ideen beteiligen – und so die Umsetzung der digitalen Verwaltung vorantreiben.

Eva Sprockamp ist freie Journalistin in Bad Wörlshofen.



**Folgen Sie
Kommune21
auf Twitter:**

twitter.com/kommune21

Zahlreiche Unternehmen bieten Lösungen und Dienstleistungen für den Public Sector an. Behalten Sie den Überblick und orientieren Sie sich bei Ihren Investitionsentscheidungen am IT-Guide von Kommune21. Die Marktübersicht finden Sie auch im Internet unter www.kommune21.de.

• E-Government	50
• CMS Portale / Spezial-Software	51
• Finanzwesen / Schul-IT / E-Procurement /	52
• Geodaten-Management / Dokumenten-Management	53
• E-Formulare / Personalwesen / Inventarisierung / RIS Sitzungsmanagement / E-Partizipation	54
• IT-Security / IT-Infrastruktur / Breitband / Consulting	55
• Komplettlösungen	55-57

Anzeige

D-0	 Ein Unternehmen der TELEPORT Gruppe	Govii UG (haftungsbeschränkt) Ansprechpartner: Michael Schmidt Herrenstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 773874-0 E-Mail: info@govii.de Internet: www.govii.de	Der Behördenbot Govii steht für moderne Kommunikation zwischen Verwaltung und Kunden. Er bedient sich bestehender Datenbestände und beantwortet Fragen zu behördlichen Themen, wie z.B. Personalausweis beantragen, Auto ummelden etc. Govii ergänzt Portale, Bürgerservice und Servicecenter. Govii ist modular aufgebaut und nutzt verfügbare (XÖV) Standards.
D-0	 Ein Unternehmen der TELEPORT Gruppe	TSA Public Service GmbH Ansprechpartner: Thomas Patzelt Herrenstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 773874-0 E-Mail: info@tsa.de Internet: www.tsa.de	TSA ist Ihr Partner für Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung. Bund, Länder, Kommunen und Dienstleister setzen auf unsere Lösungen und Know-how rund um Zuständigkeitsfinder, Bürgerservice, Servicecenter/ I15, Ideen- und Beschwerdemanagement, Integration von Verwaltungsdaten, I15-Datenbereitstellung und OZG-Umsetzung.
D-0	 PORTALLÖSUNGEN	brain-SCC GmbH Ansprechpartner: Sirko Scheffler Fritz-Haber-Str. 9 D-06217 Merseburg Telefon: +49 (0) 3461 / 25 99 510 Fax: +49 (0) 3461 / 25 99 511 E-Mail: info@brain-scc.de Internet: www.brain-scc.de	Die brain-SCC GmbH verfügt über umfassende Kompetenzen bei der Entwicklung und Betreuung von Portallösungen der öffentlichen Hand. Gestalten Sie Ihr Verwaltungs- und Geoportal mit dem leicht bedienbaren Content-Management-System brain-GeoCMS®, individuellem Design und zahlreichen Servicemodulen zur OZG-Umsetzung – nutzerorientiert und bürgernah.
D-2	 Governikus KG	Governikus GmbH & Co. KG Hochschulring 4 D-28359 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 204 95-0 Telefax: +49 (0) 421 / 204 95-11 E-Mail: kontakt@governikus.de Internet: www.governikus.de	Digitale Souveränität in einer komplex vernetzten Welt! Mit sicheren und innovativen IT-Lösungen sorgen ca. 200 engagierte Mitarbeiter:innen für den Schutz personenbezogener Daten. Sichere Identitäten, vertrauliche und rechtssichere Kommunikation sowie der Umgang mit schützenswerten Daten stehen hierbei im Vordergrund.
D-4	 Unternehmensgruppe	ITEBO GmbH Dielingerstraße 39/40 D-49074 Osnabrück Telefon: +49 (0) 541 / 9631-0 Fax: +49 (0) 541 / 9631-196 E-Mail: info@itebo.de Internet: www.itebo.de	Die ITEBO-Unternehmensgruppe ist Ihr Dienstleister für Kommunen und Kirchen. Wir bieten kompetente Prozess- und Organisationsberatung sowie die Vernetzung von Fachverfahren und Onlinediensten im Bürgerportal. Fundierte Basisdienste im Bereich der IT-Sicherheit, des Datenschutzes und unser ITIL konformes Rechenzentrum runden unser Portfolio ab.
D-7		cit GmbH Ansprechpartner: Andreas Mühl Kirchheimer Straße 205 D-73265 Dettingen/Teck Telefon: +49 (0) 70 21 / 95 08 58-0 Fax: +49 (0) 70 21 / 95 08 58-9 E-Mail: vertrieb@cit.de Internet: www.cit.de	cit intelliForm® – die Produktlinie mit Komponenten zur Erstellung von elektronischen Formularen und intelligenten Ausfüllassistenten, Formularmanagement sowie eine modellbasierte Entwicklungsumgebung für formularbasierte Workflows ist in vielen Bundesländern auf landes- und kommunaler Ebene im Einsatz.
D-7		Form-Solutions GmbH Ansprechpartner: Matthias Eisenblätter Bahnhofstraße 10 D-76137 Karlsruhe Telefon: +49 (0) 721 / 754055-0 Fax: +49 (0) 721 / 754055-17 E-Mail: info@form-solutions.de Internet: www.form-solutions.de	Neben einem umfassenden Sortiment rechtssicherer Antragsassistenten können im Handumdrehen eigene Webapplikationen mit intelligenter Verfahrenslogik selbst erstellt und medienbruchfrei in die behördliche Umgebung integriert werden. Bundesweit nutzen über 2.200 behördliche Kunden das Antragsmanagement 4.0.
D-8		S-Public Services GmbH Hauptstraße 27 a D-88699 Frickingen Telefon: +49 (0) 7554 / 97090-00 Fax: +49 (0) 7554 / 97090-09 E-Mail: info@s-publicservices.de Internet: www.s-publicservices.de	S-Public Services ist als Kompetenzzentrum E-Government der Sparkassen-Finanzgruppe erster Ansprechpartner für die öffentliche Hand sowie kommunalnahen Organisationen und Unternehmen. Mit Plug'n'Play-Lösungen rund um Payment-Services helfen wir gemeinsam mit den Sparkassen vor Ort bei der digitalen Transformation unterschiedlichster Bürgerservices.

E-Government

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. +49 (0) 7071.855-6770.

D-2	 DAS KOMMUNALE CMS iKISS	ADVANTIC GMBH Ansprechpartnerin: Katrin Wiese-Dohse Vierhörn 2 a-b D-23556 Lübeck Telefon: +49 (0) 451 / 609 72-0 Fax: +49 (0) 451 / 609 72-20 E-Mail: info@advantic.de Internet: www.advantic.de	Ob BITV oder OZG: Mit dem kommunalen CMS iKISS von Advantic ist Ihre Verwaltung bestens gerüstet. Advantic betreut über 350 kommunale Kunden – darunter jeden 5. Landkreis – in mehr als 700 Projekten. Profitieren auch Sie von der langjährigen Erfahrung, flexiblen Lösungen für Internet und Intranet und dem erstklassigen Kundenservice.
D-2	 ProCampaign®	c/o Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@procampaign.de Internet: www.procampaign.de/kommune	Bürger-Online-Formular-Management und Tourismus-/Bürger-Kommunikation sind die typischen Anwendungsfelder für die EuroPriSe-zertifizierte SaaS Private Cloud-Lösung ProCampaign®. Die DSGVO-konforme Automatisierung von digitalen Prozessen birgt Potentiale echte Effizienzsteigerung und hilft, Prozesse zu standardisieren und dabei die Kosten im Griff zu halten.
D-3	 NOLIS	NOLIS GmbH Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53 D-31582 Nienburg/Weser Telefon: +49 (0) 5021 / 88 77 555 Fax: +49 (0) 5021 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de	Bundesweit vertrauen Kommunen auf E-Government-Lösungen von NOLIS. Kompetente Ansprechpartner helfen bei allen Aufgaben rund um Stadt- und Serviceportal, CMS und Online-Services. Fachverfahren wie Bewerbermanagement, Kita-Platzvergabe, Web-GIS, Bürgertipps und viele weitere sind für den Einsatz in Kommunalverwaltungen optimiert.
D-4	 sitepark	Sitepark Gesellschaft für Informationsmanagement mbH Ansprechpartner: Thorsten Liebold Neubrückerstraße 8-11, D-48143 Münster Telefon: +49 (0) 251 / 48 26 55-0 Fax: +49 (0) 251 / 48 26 55-55 Internet: www.sitepark.com	Wissens- und Contentmanagement für Internet, Intranet, Bürgerbüro und D115. Fachanwendungen für die Virtuelle Verwaltung, Geschäftsverteilungsplan, Helpdesk Ticket System, internes Telefonbuch, Presseservice. Partnerprogramm für KRZs. Top-Referenzen: Landesverwaltung Saarland, Saarbrücken, Wiesbaden, Hannover, Dresden, Wuppertal, Duisburg, Bottrop.
D-7	 SEITENBAU	SEITENBAU GmbH Ansprechpartner: Dominik Kraus Seilerstraße 7 D-78467 Konstanz Telefon: +49 (0) 75 31 / 3 65 98-00 Fax: +49 (0) 75 31 / 3 65 98-11 E-Mail: kraus@seitenbau.com Internet: www.seitenbau.com	SEITENBAU unterstützt die digitale Transformation des öffentlichen Sektors seit 20 Jahren mit hochwertigen kundenspezifischen Softwarelösungen. Wir bieten unseren Kunden Konzeption, technische Realisierung und sicheren Betrieb von E-Government-Fachanwendungen, Verwaltungsportalen, Social Intranets und Mobilanwendungen für die moderne Verwaltung.
D-3	 KDN.SOZIAL Kommunale IT	KDN.sozial Eigenbetriebsähnliche Einrichtung des KDN Technologiepark 14 D-33100 Paderborn Telefon: +49 (0) 5251 / 132-2241 Fax: +49 (0) 5251 / 132-272241 E-Mail: info@kdn-sozial.de Internet: www.akdn-sozial.de	Seit über 40 Jahren sind wir einer der führenden Anbieter von Software für Sozial- und Jugendämter sowie Jobcenter. Wir unterstützen die ganzheitliche Sachbearbeitung bei der Berechnung und Zahlung von Sozialleistungen und beim Fallmanagement. Zudem bieten wir eine Office-Integration sowie die Anbindung für Finanz-, Einwohnermelde- oder Dokumentenmanagementsysteme.
D-3	 BARTHAUER	Barthauer Software GmbH Pillastraße 1a D-38126 Braunschweig Telefon: +49 (0) 531 / 23533-0 Fax: +49 (0) 531 / 23533-99 E-Mail: info@barthauer.de Internet: www.barthauer.de	Ressourcen bündeln, Effizienz steigern und damit Kosten minimieren: Wir bieten innovative Lösungen für das Infrastrukturmanagement von Ver- und Entsorgungsnetzen. Grundlage ist eine ganzheitliche Datenbankstruktur für die Planung, Verwaltung, Betriebsführung und Instandhaltung von Wasser, Abwasser, Gas, Kabel, Straße und weitere Infrastrukturanlagen.
D-7	 AIDA ORGA Geschäftsführungssysteme	AIDA ORGA GmbH Ansprechpartnerin: Sonia Welter Gültlinger Straße 3/1 D-75391 Gechingen Telefon: +49 (0) 7056 / 9295-0 Fax: +49 (0) 7056 / 9295-29 E-Mail: info@aida-orga.de Internet: www.aida-orga.de	AIDA ORGA bietet für kommunale Einrichtungen modulare, paßgenau abgestimmte Lösungen zur Zeitwirtschaft, Personaleinsatzplanung, Zutrittsberechtigung etc., sowie Bauhoflösungen mit bedarfsgerechten Anwendungen zur Produktzeiterfassung gemäß NKF/NKfR oder Arbeits- und Leistungserfassung im Bauhof mit Maschinen und Fahrzeugen.
D-8	 G&W	G&W Software AG Ansprechpartner: André Steffin Rosenheimer Straße 141 h D-81671 München Telefon: +49 (0) 89 / 5 15 06-4 Fax: +49 (0) 89 / 5 15 06-999 E-Mail: info@gw-software.de Internet: www.gw-software.de	CALIFORNIA von G&W – Ihre Software zur Optimierung der Prozesse und Kosten von Bau und Unterhalt in Kommunen und kommunalen Eigenbetrieben im NKF mit den Schwerpunkten Kostenplanung, AVA, Baucontrolling, Zeitvertragsarbeiten. Kosten senken durch integriertes Baumanagement. Kostenoptimierung bei und mit Rahmenverträgen.
D-9	 LogoData ERFURT GmbH Spezialist für Jugendamt-Weblösungen	LogoData ERFURT GmbH Ansprechpartner: Steve Purrotat Maximilian-Welsch-Straße 4 D-99084 Erfurt Telefon: +49 (0) 361 / 5661222 Fax: +49 (0) 361 / 5661223 E-Mail: info@logodata.de Internet: www.logodata.de	Seit über 30 Jahren entwickelt LogoData® Softwarelösungen für verschiedene Abteilungen der Jugendämter und freien Träger. Unsere Arbeit umfasst u.a. Installationen, Implementierungen, Schulungen, Weiterentwicklungen und den Support unserer Produkte. Wir sind Ihr zuverlässiger Dienstleister im Bereich Software und Beratung.

D-0		Saxess AG Ansprechpartner: Matthias Lehmann Grassstraße 12 D-04107 Leipzig Telefon: +49 (0) 341 / 355 238-0 E-Mail: fidas@saxess-ag.de Internet: www.saxess-ag.de	Webbasiertes Teilnehmungsmanagement mit Fokus auf zentrale Verwaltung von Stamm- und Finanzdaten, Teilnehmungscontrolling und Mandatsträgerbetreuung. Die Fachanwendung fidas wird deutschlandweit in Kommunen aller Größen eingesetzt und entlastet u.a. durch den Teilnehmungsbericht auf Knopfdruck und den automatischen Import von Finanzdaten.	Finanzwesen
D-2		xSuite Group GmbH Ansprechpartner: Torge Link Hamburger Straße 12 D-22926 Ahrensburg Telefon: +49 (0) 4102 / 8838-25 E-Mail: info@xsuite.com Internet: www.xsuite.com	Als Softwarehersteller der SAP-zertifizierten xSuite® bieten wir für Kommunen und Kernverwaltungen eine standardisierte, SAP-integrierte Lösung zur Rechnungseingangsverarbeitung. Angesprochen werden die SAP-Module FI, MM, PSM sowie PSCD und der DZ-Kommunalmaster. Es erfolgt die Verarbeitung von eingehenden XRechnungen.	
D-2		CloudIX c/o Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@cloudix.de Internet: www.cloudix.de/kommune	CloudIX bietet als zertifizierter Dienstleister führende SaaS-Lösungen. Eigene Videokonferenzen auf JITS Meet Basis, verschlüsselte Matrix + Element Messaging-Dienste und Nextcloud stehen zur Miete in ISO 27001-zertifizierten und KRITIS-konformen Rechenzentren in Bremen zur Verfügung. Compliance-konform sind alle Managed Server mit notwendigen AV-Verträge ausgestattet.	Schul-IT
D-3		H+H Software GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Inf. Michael Etscheid Maschmühlenweg 8-10, D-37073 Göttingen Telefon: +49 (0) 551 / 52208-0 Fax: +49 (0) 551 / 52208-25 E-Mail: info@hh-software.com Internet: www.hh-software.com www.netmanforschools.de	Als IT-Dienstleister und Softwarehersteller begleiten wir Bildungseinrichtungen seit über 30 Jahren auf ihrem Weg in die Digitalisierung. Unsere Schul-IT Lösung NetMan for Schools gewährleistet den sicheren IT-Betrieb im Schulnetz sowie einen verlässlichen Unterricht mit digitalen Medien. Wir betreuen Schulen von der Projektplanung über die Installation bis zum täglichen Betrieb.	
D-4		KRAFT Network-Engineering GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Ing. Karsten Kraft Eintrachtstraße 95 D-45478 Mülheim-Ruhr Telefon: +49 (0) 208 / 46959-60 Fax: +49 (0) 208 / 46959-70 E-Mail: info@KNE.de Internet: www.KNE.de	Die KNE GmbH setzt Maßstäbe für eine erfolgreiche Schul-IT. Mit der innovativen Softwarelösung School@min und dem leistungsstarken Betriebskonzept kann jedes Schulnetz auch stadtweit kosteneffizient gemanagt werden. Die volle Abdeckung jedes administrativen und pädagogischen Anforderungsprofils und die hohe Skalierbarkeit begeistern Anwender und Kostenträger.	E-Procurement
D-5		AixConcept GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Kfm. Volker Jürgens Wallonischer Ring 37 D-52222 Stolberg Telefon: +49 (0) 2402 / 38941-0 Fax: +49 (0) 2402 / 38941-30 E-Mail: info@aixconcept.de Internet: www.aixconcept.de	AixConcept liefert als Experte für digitale Bildung schlüsselfertige IT-Lösungen für Schulen. Mehr als 1.900 Institutionen erhalten Beratung, Konzeption und Umsetzung aus einer Hand. Aus der Zentrale in Stolberg bei Aachen und mit Partnern sorgt AixConcept deutschlandweit für den reibungslosen Betrieb der Schul-Netzwerke.	
D-1		DTVP Deutsches Vergabeportal GmbH Ansprechpartner: Lucas Spänhoff Sickingenstraße 70 D-10553 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 374343-810 Fax: +49 (0) 30 / 374343-822 E-Mail: vergabestellen@dtvp.de Internet: www.dtv.de	DTVP bietet eine umfassende E-Vergabe-Lösung für Vergabestellen und unterstützt diese bei der elektronischen Durchführung von Vergabeverfahren. Neben einem breiten Funktionsumfang und offenen Schnittstellen liegen die Besonderheiten des Portals u.a. in der intuitiven Benutzerführung, die ohne Einführungsprojekte verständlich ist.	E-Procurement
D-5		subreport Verlag Schawe GmbH Ansprechpartnerin: Daniela Hammami Buchforststraße 1-15 D-51101 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 985 78-28 Fax: +49 (0) 221 / 985 78-66 E-Mail: daniela.hammami@subreport.de Internet: www.subreportCAMPUS.de	subreport-Kunden greifen auf 98% aller öffentlichen Aufträge zu. subreport ELViS ist seit 2001 die eVergabe-Plattform mit über 75.000 Bietern, die ohne Schulungsaufwand sofort einsetzbar ist, anwenderfreundlich und selbsterklärend. Auf subreport CAMPUS tauschen Auftraggeber u.a. Erfahrungen aus, der Lieferantenpool vernetzt Auftraggeber und Unternehmen.	
D-7		TEK-SERVICE AG Ansprechpartnerin: Monika Schmidt Eisenbahnstraße 10 D-79541 Lörrach Telefon: +49 (0) 7621 / 914040 Fax: +49 (0) 7621 / 9140429 E-Mail: schmidt@tek-service.de Internet: www.tek-service.de	TEK-SERVICE AG ist das inhabergeführte Dienstleistungsunternehmen für E-Einkauf. Seit 2000 arbeiten wir bundesweit für Verwaltungen und Organisationen. Als lieferantenneutraler Dienstleister bieten wir webbasierte Technologie, umfassende Services, Helpdesk sowie branchenspezifische Beratung und Begleitung im operativen Tagesgeschäft des Einkaufs.	

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. +49 (0) 7071.855-6770.

Geodaten-Management • Dokumenten-Management

Anzeige

D-4	 GIS Consult GmbH Schuldenbusch 3 D-45721 Haltern am See Telefon: +49 (0) 2364 / 9218-11 Fax: +49 (0) 2364 / 9218-72 E-Mail: info@gis-consult.de Internet: www.gis-consult.de	GIS Consult ist Ihr Partner für anspruchsvolle GIS- und Datenbankprojekte, mit Standorten in Haltern am See und Erfurt. Mit Produkten im Infrastrukturmanagement, wie Straßen-, Baum-, Grün-, Spielplatzkataster auf Basis des WebGIS OSIRIS, bieten wir bis zu Portallösungen ein ganzheitliches Portfolio.
D-4	 con terra GmbH Martin-Luther-King-Weg 20 D-48155 Münster Telefon: +49 (0) 251 / 59689 300 Fax: +49 (0) 251 / 590 697 05 E-Mail: info@conterra.de Internet: www.conterra.de	con terra unterstützt Kommunen und Behörden mit geobasierten Lösungen auf dem Weg in die digitale Zukunft. Mit Informationsportalen, Partizipationsangeboten und aufgabenzentrierten Apps sowie einer zukunftssicheren Infrastruktur sorgen wir für Erkenntnisgewinn, Transparenz und zufriedene Nutzer.
D-0	 LCS Computer Service GmbH Gartenstraße 45 D-04936 Schlieben Telefon: +49 (0) 35361 / 350-300 Fax: +49 (0) 35361 / 350-100 E-Mail: egov@lcs-schlieben.de Internet: www.winyard.de	Die zertifizierte WINYARD Suite vereint Dokumenten-, Workflow- u. Identifikationsmanagement. Sie optimiert innerbetriebliche Prozesse u. reduziert Fehlerquoten. Zur Erfass-, Klassifizier- u. Bearbeitung von Dokumenten stehen zahlreiche Möglichkeiten zur Verfügung. Sie gewährt alle Funktionen der revisionssicheren Aufbewahrung.
D-3	 OPTIMAL SYSTEMS Vertriebsgesellschaft mbH Hannover Ansprechpartner: Jörg Huesmann Wöhlerstraße 42, D-30163 Hannover Telefon: +49 (0) 511 / 123315-0 Fax: +49 (0) 511 / 123315-222 E-Mail: hannover@optimal-systems.de Internet: www.optimal-systems.de/hannover	Die Verwaltungseffizienz zu steigern ist das Ziel und das Versprechen von OPTIMAL SYSTEMS. Mit der ECM-Suite enaio® erfüllt das Unternehmen nahezu alle Anforderungen moderner Verwaltungen und bietet u. a. Landkreisen, kreisfreien Städten, kreisangehörigen Gemeinden, Kirchen und Stiftungen eine solide Basis für ein ganzheitliches Informationsmanagement.
D-3	 Ceyoniq Technology GmbH Ansprechpartner: Alexander Dörner Boulevard 9 D-33613 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 9318-1000 Fax: +49 (0) 521 / 9318-1111 E-Mail: eGov@ceyoniq.com Internet: www.ceyoniq.com	Seit über 30 Jahren ermöglicht die Ceyoniq Technology GmbH als Spezialist für ECM Unternehmen und Verwaltungen einen einfachen und sicheren Umgang mit Informationen – durch digitale Lösungen, die Prozesse beschleunigen und optimieren. nscale eGov deckt von einem E-Akte-Basisdienst bis zur Schriftgutverwaltung alle Anforderungen der öffentlichen Verwaltung ab.
D-4	 Materna Information & Communications SE Ansprechpartnerin: Andrea Siwek-Schmidt Voßkuhle 37 D-44141 Dortmund Telefon: +49 (0) 231 / 55 99-82 92 Fax: +49 (0) 231 / 55 99-98 92 E-Mail: Andrea.Siwk-Schmidt@materna.de Internet: www.materna.de	IT-Dienstleister für den Public Sector seit fast 40 Jahren. Unser Portfolio für die digitale Transformation der Verwaltung umfasst umfangreiche Beratung und zahlreiche Lösungsbausteine für die medienbruchfreie Prozessgestaltung in der Kommunikation mit Bürgern und Unternehmen sowie für die zeitgemäße E-Verwaltungsarbeit.
D-4	 codia Software GmbH Edisonstraße 2 D-49716 Meppen Telefon: +49 (0) 59 31/93 98-0 Fax: +49 (0) 59 31/93 98 25 E-Mail: info@codia.de Internet: www.codia.de	Die codia Software GmbH ist ein im eGovernment-Bereich spezialisierter Anbieter von DMS-Lösungen mit fachverfahrensspezifischen Anbindungen für die öffentliche Verwaltung. Die eingesetzten d.gov I Lösungen werden auf Basis des d.3ecms der d.velop AG realisiert und basieren auf dem Organisationskonzept „Elektronische Verwaltungsarbeit“.
D-7	 comundus regisafe GmbH Ansprechpartnerin: Katja Benkenstein Heerstraße 111 D-71332 Waiblingen Telefon: +49 (0) 7151 / 96528-233 Fax: +49 (0) 7151 / 96528-999 E-Mail: k.benkenstein@regisafe.de Internet: www.regisafe.de	E-Government leicht gemacht – mit regisafe. Von Verwaltungsexperten entwickelt, bietet das DMS regisafe maßgeschneiderte Lösungen. Einführung der E-Akte, Anbindung von Fachverfahren, smarte Workflows, Ratsinformation, Onlineportale uvm. Wir begleiten öffentliche Verwaltungen ins digitale Zeitalter.
D-7	 GELAS Gesellschaft für elektronische Archivierungssysteme mbH Anton-Schmidt-Straße 3, D-71332 Waiblingen Telefon: +49 (0) 7151 / 9534-0 Fax: +49 (0) 7151 / 9534-1 E-Mail: info@gelas.de Internet: www.gelas.de	Seit 30 Jahren ist Questys ein zuverlässiger Partner der öffentlichen Verwaltung. In weit über 100 Städten und Kommunen ist Questys ein etablierter Standard für vollelektronische Archivierung im DMS. Questys sorgt für einen optimalen Verwaltungsablauf in allen Ämtern, für alle Finanzwesen mit Zugriff auch aus der Cloud.
D-9	 PDV GmbH Haarbergstraße 73 D-99097 Erfurt Telefon: +49 (0) 361 / 4407-100 Fax: +49 (0) 361 / 4407-299 Internet: www.pdv.de/kontakt	Die PDV GmbH zählt zu den leistungsstärksten ECM-Herstellern & Service-Anbietern in Deutschland. Zu den Kunden zählen Verwaltungen auf Bundes- und Landesebene, Steuer- und Finanzbehörden, Kirchen und Wohlfahrtsunternehmen, Städte und Kommunen, Gerichte, Staatsanwaltschaften, Polizei, aber auch privatwirtschaftliche Unternehmen.

Geodaten-Management

Dokumenten-Management

D-7	 DSV Service Vielfalt. Dynamik. Qualität.	DSV Service GmbH Ansprechpartnerin: Vera Knoop Am Wallgraben 115 D-70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 782 129-00 E-Mail: vera.knoop@dsv-service.de Internet: www.dsv-service.de	Die DSV Service GmbH ist Full-Service-Dienstleister für Formularanwendungen und bietet Kommunalverwaltungen und Landesbehörden einen breiten Katalog an Online-Formularen für die OZG-Umsetzung und andere E-Government-Vorhaben. Als Tochter des Deutschen Sparkassenverlags unterstützt sie mehr als 370 Sparkassen und Landesbanken.	E-Formulare
D-7	 Kohlhammer	W. Kohlhammer Deutscher Gemeindeverlag GmbH Heßbrühlstraße 69, D-70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 78 63-73 55 Fax: +49 (0) 711 / 78 63-84 00 E-Mail: dgv@kohlhammer.de Internet: www.kohlhammer.de	Der Kohlhammer Formularserver KoFoS ist eine zukunftsorientierte Lösung für das eGovernment. KoFoS erfüllt die hohen Anforderungen des Media@Komm-Projektes und stellt Ihnen damit, in Verbindung mit unseren aktuellen und rechtssicheren Formularen, eine zuverlässige technologische Lösung zur Verfügung.	E-Formulare
D-2	 rex systems	rex systems GmbH Ansprechpartner: Florian Walzer Süderstraße 75-79 D-20097 Hamburg Telefon: +49 (0) 40 / 890080-0 Fax: +49 (0) 40 / 890080-120 E-Mail: info@rex-systems.com Internet: www.rex-systems.com	rex systems bietet Software-Lösungen in den Bereichen Recruiting, Talent Management sowie Human Resources und überzeugt als ganzheitlicher Lösungsanbieter durch herausragende Effizienzsteigerung und zuverlässige Technik. Die einfach zu bedienende, hochskalierbare Software ist für Kunden jeder Größe und Branche geeignet.	Personalwesen
D-3	 NOLIS	NOLIS GmbH Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53 D-31582 Nienburg/Weser Telefon: +49 (0) 5021 / 88 77 555 Fax: +49 (0) 5021 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de	NOLIS Recruiting ist eine komfortable Bewerbungsmanagement-Lösung mit zahlreichen speziell auf die öffentliche Verwaltung abgestimmten Features. Mit Schnittstellen zu relevanten Stellenbörsen, CV-Parsing und einem individuellen Karriereportal wirken Sie dem Fachkräftemangel clever entgegen.	Personalwesen
D-7	 MHM MHM-HR.COM	MHM HR // MHM-Systemhaus GmbH Ansprechpartner: Steffen Michel Presselstraße 25 a D-70191 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 120 909-31 Fax: +49 (0) 711 / 120 909-11 E-Mail: welcome@mh-hr.com Internet: www.mhm-hr.com	MHM HR entwickelt Bewerbermanagement-Software für Profis. Mit MHM eRECRUITING können öffentliche Auftraggeber ihre Bewerbungen intelligent managen. Integrierte Zusatzfunktionen wie MHM MULTIPOSTING mit HR-ANALYTICS, CV-Parsing, FIRSTBIRD (Mitarbeiter-Empfehlungsprogramm) und diagnostische Testverfahren ergänzen das Angebot von MHM HR.	Personalwesen
D-5	 hallo Kai! Kann alles inventarisieren	hallobtf! gmbh Ansprechpartnerin: Yvonne Paris Breite Straße 28-30 D-50667 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 977 608-0 Fax: +49 (0) 221 / 977 608-20 E-Mail: info@hallobtf.de Internet: www.hallobtf.de	Kai: Marktstandard für die kommunale Inventarisierung. In mehr als 500 öffentlichen Verwaltungen im Einsatz. Erstfassung und laufende Bestandsführung im perfekten Zusammenspiel mit dem Anlagenbuch (u.a. SAP, INFOMA). Revisionssichere Inventur-Planung und Durchführung. Frei konfigurierbare Datenfelder. Barcode. Mobile Erfassung.	Inventarisierung
D-2	 CC e-gov GmbH www.cc-egov.de	CC e-gov GmbH Ansprechpartner: Kurt Hühnerfuß Tempowerkring 7 D-21079 Hamburg Telefon: +49 (0) 40 / 2271 99-0 Fax: +49 (0) 40 / 2271 99-71 E-Mail: info@cc-egov.de Internet: www.cc-egov.de	ALLRIS – Sitzungsmanagement der Premiumklasse. Sitzungsdienst, Gremieninformation und -kooperation, Bürgerbeteiligung. Komplettlösung inkl. Webhosting aus einer Hand. CC ECM – E-Akte, Workflow und Archiv für die ganze Verwaltung. Integration von Fachverfahren und Bürossoftware. Ihr Partner vom Konzept bis zur Umsetzung.	Sitzungsmanagement
D-3	 STERNBERG Sitzungsmanagement	STERNBERG Software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Jan-Christopher Reuscher Kerkmannstraße 1 D-33729 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 97700 0 Fax: +49 (0) 521 / 97700 99 E-Mail: info@sternberg24.de Internet: www.sitzungsdienst.net	STERNBERG bietet mit seinem Sitzungsmanagement SD.NET, dem Gremieninfosystem SD.NET RIM und den RICH SitzungsApps für iOS, Android und Windows eine Lösung für die digitale Verwaltungs- und Gremienarbeit. In Politik, Wirtschaft und Bildung arbeiten Sie so plattformübergreifend, nutzen Informationen gemeinsam und optimieren zahlreiche Prozesse.	RIS Sitzungsmanagement
D-5	 more! software mehr leistung • mehr service • mehr mensch	more! software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Dipl. Inf. Thomas Franz Aubachstraße 30 D-56410 Montabaur Telefon: +49 (0) 2602 / 838870 E-Mail: vertrieb@more-rubin.de Internet: www.more-rubin.de	more! rubin - Sitzungsmanagement und Gremieninfo - mobil, digital, sicher. Die professionelle Lösung für Sitzungsmanagement aus einer Hand. Langjährige Erfahrung im Bereich der digitalen Gremienentscheidungen und der schnellen, papierlosen Gremienkommunikation.	Sitzungsmanagement
D-6	 WER DENKT WAS	wer denkt was GmbH Ansprechpartner: Dr. Tobias Klug Robert-Bosch-Straße 7 D-64293 Darmstadt Telefon: +49 (0) 6151 / 6291550 Fax: +49 (0) 6151 / 6291551 E-Mail: kontakt@werdenktwas.de Internet: www.werdenktwas.de	Die wer denkt was GmbH bietet umfassendes Know-How aus Forschung und Praxis für Ihre erfolgreiche digitale Bürgerbeteiligung. Wir begleiten kleine und große Kommunen u.a. mit dem Mängelmelder, Bürgerbefragungen, Ideenkarten, Leitlinien, Vorhabenlisten und individuellen Lösungen. Referenzen: Bremen, Heidelberg, Wuppertal, Friedrichshafen, Bad Homburg.	E-Partizipation

D-3		Net at Work GmbH Ansprechpartnerin: Aysel Nixdorf Am Hoppenhof 32A D-33104 Paderborn Telefon: +49 (0) 5251 / 304 600 E-Mail: aysel.nixdorf@netatwork.de Internet: www.nospamproxy.de	NoSpamProxy von Net at Work ist eine umfassende Lösung für sichere E-Mail-Kommunikation ‚Made in Germany‘. Sie schützt besonders zuverlässig vor Spam, Malware und anderen Cyber-Bedrohungen, bietet eine praxistaugliche und rechtskonforme E-Mail-Verschlüsselung und wurde wiederholt zum benutzerfreundlichsten Produkt ausgezeichnet.	IT-Security
D-9		NCP engineering GmbH Ansprechpartner: Bernd Nüßlein Dombühler Straße 2 D-90449 Nürnberg Telefon: +49 (0) 911 / 9968-0 Fax: +49 (0) 911 / 9968-299 E-Mail: info@ncp-e.com Internet: www.ncp-e.com	NCP entwickelt seit über 30 Jahren universelle Software für die einfache und sichere Vernetzung von Endgeräten und Systemen über öffentliche Netze. Um Digitalisierungsinitiativen voranzutreiben, nutzen viele Ministerien und Verwaltungseinrichtungen NCP-Produkte mit BSI-Zulassung u.a. für flexible Homeoffice-Anbindung.	IT-Infrastruktur
D-2		ColocationIX GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@colocationix.de Internet: www.colocationix.de/kommune	Nach EN50600 Klasse 4 designt, mit Grünstrom betrieben und mit Geothermie gekühlt ist ColocationIX Deutschlands innovativstes Rechenzentrum für den Public Sector und KRITIS. Außerdem: ISO 27001 ISMS, Sauerstoff-Reduktion, 3-fach-Zutrittskontrolle, Anbindungen mit mehr als 2.000 Peers und Direktverbindungen zu DECIX, AMSIX und LINX.	Breitband
D-1		DNS:NET Internet Service GmbH Zimmerstraße 23 D-10969 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 66765-0 Fax: +49 (0) 30 / 66765-499 E-Mail: info@dns-net.de Internet: www.dns-net.de	DNS:NET als Experte für Breitbandausbau und Betreiber von Glasfaserringen investiert gezielt in unterversorgte Regionen und baut eigene Netzinfrastrukturen für HighSpeedInternet auf. Dabei wird auf regionale Kooperation gesetzt, Kommunen und Städte werden zukunftssicher mit Glasfaser erschlossen. Kontakt für Anfragen von Kommunen: glasfaserausbau@dns-net.de	Consulting
D-3		goetel GmbH Tüchmacherweg 8 D-37079 Göttingen Telefon: +49 (0) 551 / 384 88 0 Fax: +49 (0) 551 / 385 88 88 Hotline: +49 (0) 551 / 384 55555 E-Mail: info@goetel.de Website: www.goetel.de	Als regionaler Carrier versorgt die goetel GmbH seit 1998 private und Geschäftskunden aus Göttingen/Umgebung mit Tel. – und Internetprodukten versch. Bandbreiten. Durch den Ausbau des eigenen Netzes erweitert goetel kontinuierlich das Angebot und hat sich auf die Erschließung des ländlichen Raumes mit Glasfaserinfrastruktur spezialisiert.	Komplettlösungen
D-2		Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@consultix.net Internet: www.consultix.de/kommune	Digitale Transformation, Beratung und Betriebskonzepte für IT, webbasierte Kommunikation und zentrales Online-Formular-Management. ISO 27001/27018 und EuroPriSe-zertifizierte Plattformlösungen für das Management personenbezogener Daten. Rechtssicherheit und Compliance-Konformität aller bürgerzentrierten Lösungen dank eigener Rechenzentren in Deutschland.	
D-4		best practice consulting AG Ansprechpartner: Herr Pascal Gasch Albersloher Weg 11, D-48155 Münster Telefon: +49 (0) 163 / 6360760 Fax: +49 (0) 251 / 287798-1 E-Mail: Pascal.Gasch@bpc.ag Internet: www.bpc.ag	Über 20 Jahre Erfahrung in der IT-Beratung von Kommunen und unsere SAP S/4HANA Expertise sind die Basis unseres bpc S/4-Masters für Kommunen: Mit digitaler Haushaltsplanung, Drucklösung, mobilem Reporting und Fiori-basierter Prozessdigitalisierung begleiten wir Kommunen auf ihrem Weg zur intelligenten Verwaltung.	
D-0		Lecos GmbH Ansprechpartner: Peter Kühne Prager Straße 8 D-04103 Leipzig Telefon: +49 (0) 341 / 2538-0 Fax: +49 (0) 341 / 2538-100 E-Mail: info@lecos.de Internet: www.lecos.de	Die Lecos GmbH ist ein BSI-zertifiziertes Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen für den Einsatz von Informationstechnologien im kommunalen Umfeld. Wir unterstützen unsere Kunden seit 2001 bei der Gestaltung moderner Verwaltungsprozesse – von der strategischen IT- und Organisationsberatung bis hin zu operativen Rechenzentrums- und IT-Leistungen.	
D-0		procilon IT-Logistics GmbH Ansprechpartner: Andreas Liefeth Leipziger Straße 110 D-04425 Taucha bei Leipzig Telefon: +49 (0) 34298 / 4878-10 Fax: +49 (0) 34298 / 4878-11 E-Mail: info@procilon.de Internet: www.procilon.de	proGOV VPS – Die intelligente Middleware für den Öffentlichen Dienst – Sichere Kommunikation als virtuelle Poststelle (VPS) z.B. über OSCI, EGVF, De-Mail, autom. Archivbindung, Langzeitarchivierung gem. TR ESOR, Signatur, PKI, Fachverfahrensintegration, lückenlose Integration von Funktionalitäten des neuen Personalausweises – (nPA) in Online-Portale u.v.m.	
D-1		Telecomputer Gesellschaft für Datenverarbeitung mbH Ansprechpartnerin: Elke Wegener Wilhelm-Kabus-Straße 9, D-10829 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 1210012-0 Fax: +49 (0) 30 / 1210012-99 E-Mail: info@telecomputer.de Internet: www.telecomputer.de	Seit über 40 Jahren Partner für Kommunen: Als einer der Marktführer im Bereich Verkehrswesen bieten wir flexible, zuverlässige IT- und eGovernment-Lösungen mit einem hohen Maß an Integration und Interoperabilität. Unser Service umfasst die Beratung, Entwicklung, Integration, Schulung, Pflege und den Support in verschiedenen Ausbaustufen.	

Komplettlösungen (Fortsetzung)

Anzeige

D-2	 MACH[®] Verwaltung macht Zukunft.	MACH AG Ansprechpartner: Oliver Wunder Wielandstraße 14 D-23558 Lübeck Telefon: +49 (0) 451 / 70647-217 E-Mail: oliver.wunder@mach.de Internet: www.mach.de	Digitale Akten, Transparenz im Finanzhaushalt, effiziente Personalprozesse – die MACH AG unterstützt seit 1985 kommunale Verwaltungen bei Digitalisierungsvorhaben. Wir leben den Anspruch, digital zu denken und menschlich zu handeln. Mit Expertise und eigener Software stärken wir nachhaltig unsere Kunden – und damit Deutschland.
D-2	 KDO IT für Kommunen	Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) Ansprechpartnerin: Tina Thüer Elsässer Straße 66, D-26121 Oldenburg Telefon: +49 (0) 441 / 9714-0 Fax: +49 (0) 441 / 9714-148 E-Mail: info@kdo.de Internet: www.kdo.de	Als größter kommunaler IT-Dienstleister in Niedersachsen deckt die KDO das gesamte Anforderungsprofil öffentlicher IT ab: Individual- und Standard-Fachanwendungen, Hosting und zentraler Betrieb, Cloud- und E-Government-Lösungen, Datenschutz und vieles mehr. Wir sind Kompetenzzentrum für Kommunen – seit über 45 Jahren!
D-3	 GovConnect die IT-Spezialisten für Verwaltungen	GovConnect GmbH Jathostraße 11b, D-30163 Hannover Geschäftsstelle Oldenburg Ansprechpartner: Jörn Bargfrede Nadorster Straße 228, D-26123 Oldenburg Telefon: +49 (0) 441 / 97353-0 E-Mail: info@govconnect.de Internet: www.govconnect.de	Die GovConnect GmbH unterstützt den öffentlichen Sektor kompetent und zuverlässig bei der Verwaltungsdigitalisierung. Das Produktportfolio umfasst u. a. Lösungen aus den Bereichen Ordnungswidrigkeiten, Online-Bezahlverfahren, Datenschutz, Hund & Halter sowie einen umfassenden Modulbaukasten zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes.
D-3	 krz Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe	krz Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg / Lippe Ansprechpartner: Lars Hoppmann Am Lindenhaus 19, D-32657 Lemgo Telefon: +49 (0) 5261 / 252-0 Fax: +49 (0) 5261 / 252-200 E-Mail: info@krz.de Internet: www.krz.de	Das krz ist der bundesweit erste BSI-zertifizierte Informatik-Dienstleister für Kommunen. Als erfolgreicher Projektpartner und Integrator bietet die kommunale Einrichtung modernste Fachverfahren im kostengünstigen ASP-Betrieb für alle Kunden an und leistet seit mehr als 45 Jahren einen wesentlichen Beitrag zu einer dienstleistungsorientierten Verwaltung.
D-3	 ekom21	ekom21 – KGRZ Hessen Ansprechpartnerin: Gabi Göpfert Carlo-Mierendorff-Straße 11 D-35398 Gießen Telefon: +49 (0) 641 / 9830-1220 Fax: +49 (0) 641 / 9830-2020 E-Mail: ekom21@ekom21.de Internet: www.ekom21.de	ekom21 steht für das größte BSI-zertifizierte kommunale IT-Dienstleistungsunternehmen in Hessen und für den drittgrößten kommunalen IT-Dienstleister in Deutschland. Mit einem umfassenden Produkt- und Dienstleistungsportfolio betreut die ekom21 über 700 Kunden mit 30.000 Anwendern und hat sich auf Komplettlösungen für den öffentlichen Dienst spezialisiert.
D-3	 KID. Magdeburg	KID Magdeburg GmbH Ansprechpartnerin: Andrea Pape Alter Markt 15 D-39104 Magdeburg Telefon: +49 (0) 391 / 2 44 64-0 Fax: +49 (0) 391 / 2 44 64-400 E-Mail: info@kid-magdeburg.de Internet: www.kid-magdeburg.de	Die KID Magdeburg GmbH ist ein Systemhaus mit kommunalen Gesellschaftern. Zu ihnen gehören die Landeshauptstadt Magdeburg und weitere Kommunen über die Kommunale IT-UNION eG (KITU). Die Produkte und Dienstleistungen steuern die zentralen IT-Prozesse innerhalb der öffentlichen Verwaltung sowie in Unternehmen speziell des Public Sector.
D-4	 ab-data KOMMUNALE SYSTEMLÖSUNGEN	ab-data GmbH & Co. KG Kommunale Systemlösungen Friedrichstraße 55 D-42551 Velbert Telefon: +49 (0) 2051 / 944-0 Fax: +49 (0) 2051 / 944-288 E-Mail: info@ab-data.de Internet: www.ab-data.de	ab-data bietet als Marktführer webbasierter Finanzsoftware für Kommunen zukunfts- und investitionssichere Qualitätsprodukte an. Hierzu zählen auch webbasierte Systemlösungen und Services. Das ab-data Finanzwesen wird in allen Flächenbundesländern erfolgreich von Kleinstverwaltungen bis zu Landeshauptstädten eingesetzt.
D-4	 Prosoz	PROSOZ Herten GmbH Ewaldstr. 261 D-45699 Herten Telefon: +49 (0) 23 66 / 188-0 Fax: +49 (0) 23 66 / 188-111 E-Mail: info@prosoz.de Internet: www.prosoz.de	PROSOZ Herten hat sich in über 30 Jahren vom Softwarehersteller für Kommunen zum Komplettlösungsanbieter in den Bereichen Soziales, Jugend sowie Bauen und Umwelt entwickelt. Mit Software- und Beratungsdienstleistungen sowie BI-Lösungen begleitet Prosoz Kommunen auf dem Weg der digitalen Transformation.
D-4	 jccsoftware für den öffentlichen Dienst!	JCC Software Mendelstraße 11 D-48149 Münster Telefon: +49 (0) 256 / 294 539-99 E-Mail: info@jccsoftware.de Internet: www.jccsoftware.de	Besucherströme im Rathaus optimieren? Mit dem JCC-Besucherleit- und Terminvereinbarungssystem machen Sie den ersten wichtigen Schritt. Sie reduzieren die Wartezeit, steigern die Zufriedenheit von Mitarbeiter*innen und Besucher*innen und minimieren unerwünschten Begegnungskontakt in der Corona-Zeit. Jetzt kostenlose Demo anfordern.
D-5	 ALLGEIER ES is now nagarro ES	Nagarro ES Ansprechpartner: Dr. Norbert Rheindorf An der Schusterinsel 3 D-51379 Leverkusen Telefon: +49 (0) 611 / 71189202 E-Mail: info@nagarro-es.com Internet: www.nagarro-es.com	Nagarro ES ist ein führender deutscher IT-Full-Service-Provider für kritische Unternehmensapplikationen und komplexe ERP-Landschaften. Suite4Public: SAP-basierte Lösung für Städte, Landkreise und AöRs. Fit für die Zukunft mit Suite4Doppik – Abbildung des doppelischen, kommunalen Finanzwesens und Suite4KA – Veranlagung von Steuern.

Komplettlösungen (Fortsetzung)

Komplettlösungen (Fortsetzung)

Anzeige

D-5		Südwestfalen-IT (Kommunaler Zweckverband) Sonnenblumenallee 3, D-58675 Hemer St. Johann-Straße 23, D-57074 Siegen Telefon: +49 (0) 271 / 30321-0 Fax: +49 (0) 271 / 30321-1010 (Hemer) Fax: +49 (0) 271 / 30321-1020 (Siegen) Internet: www.sit.nrw	Verwaltungen müssen sparen und gleichzeitig immer bürgerfreundlicher werden. Die Südwestfalen-IT (SIT) hat sich dieser Herausforderung angenommen. Sie ist Anfang 2018 aus dem Zusammenschluss der Citkomm und KDZ Westfalen-Süd entstanden. Im Fokus ihres Strebens steht die kundenspezifische Optimierung von Verwaltungsprozessen.
D-5		Kommunix GmbH Ansprechpartner: Joseph Buntin Friedrich-Ebert-Straße 74 D-59425 Unna Telefon: +49 (0) 23 03 / 25 47 00 Fax: +49 (0) 23 03 / 400 49 E-Mail: info@kommunix.de Internet: www.kommunix.de	Organisationswerkzeuge für Behörden: Das Besucherleit- und Terminmanagementsystem TEVIS. Effiziente und komfortable Bearbeitung von Ausländerfachverfahren mit ADVIS. Vom Antrag auf die deutsche Staatsbürgerschaft bis zur Aushändigung der Urkunde mit EINBÜRGERUNG. Abwicklung von Verpflichtungserklärungen mit VISITVIS.
D-6		LORENZ Orga-Systeme GmbH Ansprechpartner: Christian Koch Eschborner Landstraße 75 D-60489 Frankfurt am Main Telefon: +49 (0) 69 / 7 89 91-900 Fax: +49 (0) 69 / 7 89 91-110 E-Mail: info@lorenz-orga.de Internet: www.lorenz-orga.de	Der Spezialist für kommunale Anwendungen in den Bereichen Archivierung, Dokumenten-Management und Workflow. Speziallösungen für KFZ-Wesen, Kasse, Steueramt, Bauaufsicht, Sozialwesen, Pass, Standesamt, Einwohner, Aktenplan-, Registratur- und Schriftgutverwaltung uvm. Verfügbar als Standalone- und Cloud-Nutzung.
D-6		OrgaSoft Kommunal GmbH Am Felsbrunnen 9 D-66119 Saarbrücken Telefon: +49 (0) 6 81 / 8 70 04-0 Fax: +49 (0) 6 81 / 8 70 04-90 E-Mail: vertrieb@o-s-k.de Internet: www.o-s-k.de	OrgaSoft Kommunal bietet mit KIS♦KRW den allumfassenden Lösungsansatz für das Rechnungswesen von Kommunen, Eigenbetrieben und Werken. Zahlreiche integrierte KIS♦Fachverfahren ergänzen das Angebot. KIS ist das Kommunale Integrierte System aus einer Hand – eine Eigenentwicklung mit der Erfahrung aus 40 Jahren kommunaler Datenverarbeitung.
D-7		ISGUS GmbH Ansprechpartner: Klaus Wössner Oberdorfstraße 18-22 D-78054 Villingen-Schwenningen Telefon: +49 (0) 7720 / 3 93-0 E-Mail: info@isgus.de Internet: www.isgus.de	ZEUS® Workforce Management von ISGUS beinhaltet die Module der Zeitwirtschaft, Personaleinsatzplanung, Betriebsdatenerfassung und Unternehmenssicherheit. Ganz individuell auf Ihre Anforderungen und Ihre Branche zugeschnitten. Unsere Kunden nutzen die Lösungen vollkommen wahlfrei On-Premise oder als Software as a Service.
D-8		AKDB - Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern Hansastraße 12-16 D-80686 München Telefon: +49 (0) 89 / 59 03-0 Fax: +49 (0) 89 / 59 03-18 45 E-Mail: mailbox@akdb.de Internet: www.akdb.de	Der Marktführer für kommunale Software: Die AKDB und ihre Partner bieten Entwicklung, Pflege und Vertrieb von IT-Lösungen für alle Bereiche der Kommunalverwaltung – inklusive Beratung und Schulung. Das Bürgerservice-Portal ist die bundesweit reichweitenstärkste E-Government-Plattform für Online-Verwaltungsdienste.
D-8		Kolibri software & systems GmbH Ansprechpartner: Thomas Dietrich Rudolf-Diesel-Straße 11 D-82205 Gilching Telefon: +49 (0) 81 05 / 37 60-0 Fax: +49 (0) 81 05 / 37 60-20 E-Mail: vertrieb@kolibri-software.de Internet: www.kolibri-software.de	Branchenspezialist für Grundstücksinformationssysteme, Liegenschaftsverwaltung und Gebäudemanagementsysteme (CAFM) und Bauverwaltungs-lösungen. Die modular aufgebaute Softwarelösung hat Schnittstellen zu allen gängigen GIS- / Finanz- und DMS-Anwendungen, hat Web Module und kann gehostet werden. Wir beraten und implementieren.
D-8		adKOMM Software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Dennis Böttcher Stadtweg 14 D-85134 Stammham Telefon: +49 (0) 8405 / 9286-0 Fax: +49 (0) 8405 / 9286-100 E-Mail: poststelle@adkomm.de Internet: www.adkomm.de	adKOMM E-Government-Lösung – Ihre Softwarelösung für fach- und ämterübergreifende Informationen. Einheitliche Basis für Daten und Informationen – eine Adressdatei, ein Bürgerkonto und medienbruchfreie Aktenführung. Durchgängige, digitale Geschäftsprozesse und eine einheitliche Oberfläche. E-Government. Einfach. Praktikabel.
D-8		Axians Infoma GmbH Ansprechpartnerin: Stephanie Eifert Hörvelsinger Weg 17-21 D-89081 Ulm Telefon: +49 (0) 731 / 1551-213 Fax: +49 (0) 731 / 1551-555 E-Mail: stephanie.eifert@axians-infoma.de Internet: www.axians-infoma.de	Axians Infoma ist führender Anbieter von Software-Lösungen und Dienstleistungen im kommunalen Markt. Mit der modularen Software Infoma newsystem steht eine einzigartige integrierte Komplettlösung für das Finanzwesen zur Verfügung, ergänzt um Fachverfahren und Lösungen rund um das Thema E-Government.
D-9		DATEV eG Ansprechpartner: Public Sector Paumgartnerstraße 6-14 D-90429 Nürnberg Telefon: 0800 / 0 11 43 48 E-Mail: public-sector@datev.de Internet: www.datev.de/public-sector	Die DATEV eG unterstützt Kommunen und öffentliche Einrichtungen mit Software und Dienstleistungen rund um Finanzwesen und Personalwirtschaft, mit Cloud-Lösungen sowie mit einem auf Prozesse abgestimmten Dokumenten-Managementsystem. Experten beraten bei Einführung effizienter Prozesse sowie Organisationsstrukturen und bieten Schulungen an.

Komplettlösungen (Fortsetzung)

Vorschau

Die nächste Ausgabe (8/2021) erscheint am 30.07.2021



Niedersachsen modernisieren

Zwei Jahre lang hat sich eine Regierungskommission damit beschäftigt, wie sich die Leistungsfähigkeit der niedersächsischen Landesverwaltung optimieren und dauerhaft sichern lässt. Das Ergebnis liegt nun vor.



Stadt der Zukunft

München hat in den vergangenen fünf Jahren innovative Smart-City-Lösungen erprobt, um Antworten auf Zukunftsfragen der Stadtentwicklung zu finden. Wertvolle Unterstützung bei der digitalen Daseinsvorsorge können die Stadtwerke bieten.



IT-Schwerpunkte im August

Mit dem neuen Geschäftsfeld Digitale Verwaltung will Prosoz die digitale Transformation vorantreiben. Weitere Themen in der Informationstechnik sind Lösungen für das Kita-Management und Fachverfahren für die Abwicklung von Ordnungswidrigkeiten.



E-Government im Vergleich

Wie sich die E-Government-Strategien Deutschlands und Dänemarks unterscheiden und inwiefern sich die Erfahrungen des Nachbarlands auf den deutschen Kontext übertragen lassen, hat das NEGZ untersucht.

Inserentenverzeichnis dieser Ausgabe

Advantic	5	Form-Solutions	13	MACH	45
AKDB	U4	hallobt!	15	Nolis	U2
CC e-gov	3	K21 media	17, 49	Optimal Systems	43
Druckerei Raisch	U3	KGSt	9	Branchenindex IT-Guide ...	50 - 57
ekom21	7	Kommunix	31, 33		

Impressum

Verlag und Herausgeber: K21 media GmbH
Olgastraße 7
72074 Tübingen
Telefon: +49 (0) 7071 / 855 - 6770
Fax: +49 (0) 7071 / 855 - 6773
E-Mail: info@k21media.de
Internet: www.k21media.de

Verantwortlicher Redakteur im Sinne des Presserechts und Chefredakteur: Alexander Schaeff
Olgastraße 7
72074 Tübingen
E-Mail: redaktion@kommune21.de

Redaktion: Bettina Schörmig (stellv. Chefredakteurin)
Verena Barth
Alexandra Braun (in Elternzeit)
Corinna Heinicke (Volontärin)
Dr. Helmut Merschmann (Freier Mitarbeiter)

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Heike Wolf
Olgastraße 7
72074 Tübingen
Telefon: +49 (0) 7071 / 855 - 6239
E-Mail: h.wolf@k21media.de

Seit dem 1.1.2021 gilt die Preisliste Nr. 21 der Media Information 2021.

Erscheinungsweise: monatlich
ISSN: 1618-2901
Einzelpreis Inland: 9,00 € (zzgl. Porto und Versand)
Jahresabonnement Inland: 104,00 € (Abonnement frei Haus)
Telefon: +49 (0) 7071 / 855 - 6770

Bankverbindung: Kreissparkasse Tübingen,
BLZ 641 500 20
Kontonr. 155 010

Layout: tebitron gmbh, Gerlingen

Druck: Druckerei Raisch GmbH & Co. KG
Auchterstraße 14
72770 Reutlingen

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Grafiken und Bilder wird keine Haftung übernommen. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Die Zustimmung zum Abdruck und zur Veröffentlichung wird vorausgesetzt. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung Online oder Offline sowie das Recht zur öffentlichen Zugänglichmachung im Internet ohne zusätzliche Vergütung. Honorare nach Vereinbarung.

Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Die ausschließlichen urheberrechtlichen Nutzungsrechte für angenommene und veröffentlichte Beiträge liegen bei dem Verlag. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache übertragen werden oder in eine andere Sprache übersetzt werden.

Artikel, die mit Namen oder Signet des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

© Copyright 2021 K21 media GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Bildnachweis:

akira_photo/stock.adobe.com (58), Axians Infoma (28), Birgit/stock.adobe.com (58), Coloures-Pic/stock.adobe.com (18), elvetica/123rf.com (34), FITKO (24), Gajus/stock.adobe.com (11), Gemeinde Prutting (32), hallobt! gmbh (46), Jakob Krechowicz/stock.adobe.com (26), joyfotoliad/stock.adobe.com (Titel, 44), Jürgen Altmann (3), Landeshauptstadt München/Dominik Parzinger (58), Looker_Studio/stock.adobe.com (16), Michael Obst (23), Negro Elkhah/stock.adobe.com (58), NicoElNino/stock.adobe.com (Titel, 4), Stadt Bruchsal (30), Stadt Ennigerloh (48), Stadt Taunusstein (37), Stadtverwaltung Wuppertal (42), studio v-zwoelf/stock.adobe.com (40), www.bamberg-gestalten.de (8)



MIT DRUCK KÖNNEN WIR SEHR GUT UMGEHEN.

Druckerei Raisch GmbH & Co. KG
Auchtertstraße 14 • 72770 Reutlingen
Tel. 07121 / 5679-0 • info@druckerei-raisch.de
www.druckerei-raisch.de

Raisch 
D R U C K T

»Also, ich sehe kommunale Software mit KI.«

Und was sehen Sie? Wir arbeiten schon heute an den KI-Lösungen für die digitale Kommune von morgen. Damit Sie eine Welt voller intelligenter Möglichkeiten sehen.

z.B. Automatisierungspotenziale nutzen

Kommunen brauchen intelligente Automatisierungslösungen für repetitive Vorgänge. Software-Roboter leisten einen sinnvollen Beitrag zur Verwaltungsdigitalisierung. Wir unterstützen Sie dabei, Effizienz und Bürgernähe zu steigern!

*Möglichkeiten
überall*

AKDB